

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: ...

Vorwärts

Die Inertions-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatige ...

Telegraphen-Adresse: ...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Dienstag, den 2. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Die Marionette der Junker.

Herr v. Moltke, ehemaliger Oberpräsident, der nach der Verlegung des Herrn v. Bethmann-Hollweg das Amt des preussischen Polizeiministers übernommen hat, galt eilichgen „Eingeweichten“ als Mann von liberalisierenden Neigungen.

Genosse Hirsch hatte am Sonnabend die ebenso nichtswürdigen wie thätlichen Verspottungsversuche der preussischen, speziell der Berliner Sozialdemokratie durch armselige Polizeikreaturen an den Pranger gestellt.

Auf dem gleichen Niveau verstofftehter junkerlicher Auffassung hielt sich die ministerielle Philippika gegen die „gewalttätige“ Sozialdemokratie.

Aber preussische Minister sind nun einmal die Gefangenen der preussischen Junkertaste!

beschränkt, obendrein eine Defensivde der bloßliberalen Position. Wenn der Liberalismus gleich den Junkern täglich und stündlich der Regierung zu verstehen gäbe, daß er auf den Block pfeift, daß er ebenso rücksichtslos seine liberalen Forderungen durchzusetzen suchen werde, wie das Junkertum seine reaktionären Forderungen vertritt, so würden auch die preussischen Minister einen anderen Ton anschlagen und den Umarmungen unserer Dittler nicht so widerstandslos erliegen!

Welch schwächliche Haltung aber immer der Liberalismus einnehmen möge: die Sozialdemokratie läßt sich durch junkerliches Pramarrbarrieren auch dann nicht einschüchtern, wenn sich ein Polizeiminister zu dessen Sprachrohr hergibt!

Ein Sozialistengesetz für Kiel.

Im Jahre 1891 gelang es der Kieler Sozialdemokratie zum ersten Male, zwei Vertreter in das Stadtparlament zu wählen. Die Dürft, sämtliche Stadtverordnetenreihe in wenigen Jahren an die Sozialdemokratie zu verlieren — und das wäre bei dem niedrigen Wahlschuss unabweisbar gewesen — trieb die bürgerliche Mehrheit zur Erhöhung des Wahlschuss.

Die zum Jahre 1892 waren alle männlichen Einwohner, soweit sie ein Jahr am Ort wohnhaft und im Jahr das 21. Lebensjahr vollendet hatten, wahlberechtigt, wenn sie zu einem Einkommen von nicht unter 600 M. veranlagt waren.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat allmählich die Verhältnisse von Grund auf geändert, die Sozialdemokratie begann den ausgezeherten Wahlschuss zu übersteigen, ein sozialdemokratischer Wahlsieg reichte sich an den anderen, und im November 1908 siegte die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie.

Das Bürgertum geriet aus dem Häuschen. Sämtliche bürgerlichen Kommunalvereine und der Bürgervereinsauschuss, in dem sich die Vereine zusammengelockt haben, berieten die Wahlrechtsfrage.

Da erfolgt plötzlich wie aus heilerem Himmel die Einberufung einer gemeinsamen Kollegienversammlung (in Schleswig-Holstein beraten

Magistrat und Stadtverordneten in gemeinsamer Sitzung; jedes Kollegium stimmt jedoch für sich ab, und eine Vorlage gilt nur dann als beschlossene, wenn sie in beiden Körperschaften die Mehrheit findet) mit der etwas dunklen Tagesordnung: „Abänderung der Wahlverfassung für den Stadtbezirk Kiel.“

Die Vorlage des Kieler Magistrats fordert den schlimmsten Wahlrechtsraub, den man sich denken kann. Mit einem Federstrich sollen für Kiel die freien Bestimmungen der schleswig-holsteinischen Städteordnung beseitigt, Tausende von Wählern zu Wählern dritter Klasse degradiert werden!

Der Kompromiß-Fötus.

Der aus den vier Abgeordneten Wiemer (frei.), Dr. Weber (natl.), v. Gamp (Rp.) und Dietrich (L.) bestehende Aufhandels-Unterausschuß der Finanzkommission hat in den letzten Tagen mit Aufbietung aller physischen Kräfte verhandelt und, wie einige Blätter melden, tatsächlich nach schweren Geburtswehen so etwas wie ein neues Steuerkompromiß zutage gefördert.

Wie es heißt, soll eine sogenannte Verständigung auf der Grundlage der Anträge Camp und Weber erfolgt sein. Das dürfte bedeuten, daß im wesentlichen der Vorschlag Camp akzeptiert und nur pro forma mit einigen national-liberalen Phrasen garniert worden ist. Nach einer Mitteilung des „Berliner Tageblatts“ soll nämlich das Kompromiß nur 50 Millionen Marktributarbeiträge vorschlagen (genau wie in der Regierungsvorlage), die restlichen 100 Millionen aber durch Besitzuern aufbringen wollen, die aber nicht das Reich, sondern die Einzelstaaten, und zwar vom Einkommen erheben sollen. Die Verteilung soll der Bundesrat bestimmen.

Nach anderen Meldungen soll man sich auch über eine Erweiterung der Erbschaftsteuer geeinigt haben; ja der Vertreter der Konservativen soll sich sogar — eine recht unwahrscheinliche Nachricht — mit einer mäßigen Besteuerung des Erbes der Kinder einverstanden erklärt haben.

Doch alle diese Meldungen sind noch recht unsicher; nur so viel dürfte schon jetzt als sicher feststehen, daß die Herren Biemer und Weber den Ansprüchen der Agrarkonservativen im weitesten Maße entgegengekommen sind. Ihre Opposition gegen das Merkantil-kompromiß entsprang nur der Befürchtung, daß der Block pleite gehen könnte; nun da diese Gefahr vorläufig abgewendet ist, sind ihre Hauptbedenken gegen die Merkantil-Vorschläge verschwunden. Willig geben sie, natürlich „schweren Herzens“, ihre Einwilligung zu Bestimmungen, die sich von den Merkantil-Plänen nur formell unterscheiden. So geht es auf der Bahn politischer Charakterlosigkeit immer weiter hinab.

Die Bergarbeiter marschieren auf.

Um gegen die Vergesetzgebung und gegen die geplante Kohlensteuer Stellung zu nehmen, waren für Sonntag, den 28. Februar, in allen Bergbezirken Deutschlands vom Bergarbeiterverbände Versammlungen einberufen worden. In ihrer Gesamtheit bilden die Versammlungen einen wichtigen Protest gegen die Mißachtung der berechtigten Arbeiterforderungen.

Uns liegen darüber folgende Berichte vor:

Die vom Bergarbeiter-Verband am Sonntag einberufenen Bergarbeiter-Versammlungen wiesen durchweg guten Besuch auf. Auf dem Schützenhof in Bochum sprach Abgeordneter Genosse Leinert vor mehr als 4000 Bergarbeitern. In Essen-West waren 1500 Bergarbeiter versammelt; ein Versuch der Christlichen, die Versammlung zu sprengen, mißlang völlig. Abgeordneter Emmel referierte in Dortmund vor 2000 und in Herne vor 1200 Personen. In der Versammlung in Brechten waren 450, in Raffen 350, Herlen 1000, Brackel 400, Baukau 600, Linden 500, Wemminghofen 500, Werden 500, Eichlinghofen 500, Lünen 650, Hombruch 500, Lütgendortmund 1000, Station Lütgendortmund 400, Deeren 600, Wengede 500, Bruchhausen 600, Wülheim 200, Durchholz 100, Krusel 500, Hofstede 200, Wattencheid 1000, Reiffen 400, Habinghorst 700, Wplerbeck 400, Hochheide 330, Recklinghausen 600, Niederronsfeld 90 Bergarbeiter anwesend. Von mehreren Versammlungen im Ruhrbezirk stehen Resultate noch aus. In Mitteldeutschland fanden in Bernburg, Sandersleben, Egeln, Staßfurt, Wernigerode, Warby, Calbe, Croppenstedt und Egelsehen Versammlungen statt, ferner in Teichenthal (Haller Becken). In Schraplau waren 400, in Clettwitz und Seufenberg je 200 Bergarbeiter erschienen. Weitere Versammlungen wurden abgehalten in Sinnigsen am Deister und Gronau. Im rheinischen Braunkohlenrevier fanden vier Versammlungen statt. Auch hier versuchten an einer Stelle Christliche die Versammlung zu sprengen. Der Erfolg war ein starker Liebertritt von Mitgliedern des christlichen Bergarbeitervereins zum Verband. Für das Rachenener Revier waren Versammlungen veranstaltet: in Rachen (300 Besucher), Schweller (200 Besucher), im pechschwarzen Buscheln (200 Besucher). Eine großartige Versammlung tagte in Altenburg (1500 Besucher). Eine Versammlung in Zeig war von 1600, in Jaborze (Ober-Schlesien) von 500 Personen besucht. In Waldenburg und Gottesberg wurden zwei Straßendemonstrationen veranstaltet. 6000 Personen füllten fünf Versammlungen.

Aus dem Königreiche Sachsen wird gemeldet, daß die Versammlung in Vorna 800 Besucher aufwies. Im Zwickauer Revier sprach Genosse Abg. Hue in zwei Versammlungen vor über 2000 Bergarbeitern. In Zugau 1000 Besucher, in Hohenfeld 1200. Nach Schluß der Versammlung demonstrierten die Bergarbeiter unter Hochrufen auf ein Reichsberggesetz vor der Wohnung des sächsischen Abgeordneten Jacius. Ueberall begeisterte Stimmung. Einmütig erfolgte die Annahme der untenstehenden Resolutionen gegen die drohende Kohlensteuer und für die Beschlüsse des Berliner Kongresses.

Die Versammlung spricht ihr volles Einverständnis aus mit den einmütigen Beschlüssen des Bergarbeiterkongresses, welcher vom 1. bis 3. Februar l. J. in Berlin tagte. Die Versammlung kann insbesondere nur in einer einheitlichen reichsgesetzlichen Regelung eines besseren Bergarbeitergesetzes und des Knappschaftswesens den einzig richtigen Weg zu besseren Zuständen im Bergarbeiterleben erblicken.

Die Versammelten können nur in völlig freigestellter, vom Staate bezahlter, von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte mittels geheimer Wahl gewählter sachkundiger Grubenkontrolloren ein wirksames Hilfsmittel sehen, wodurch es möglich wird, die ersärenden vielen Unfälle im Bergbau auf eine möglichst geringe Zahl zurückzuführen. Sängern solche vom Arbeitgeber abhängige, in Arbeit stehende Kontrolloren (Sicherheitsmänner genannt) können niemals den nötigen Einfluß gewinnen, um ersprießliches leisten zu können, so daß dieses System nicht im geringsten den erhofften Erfolg bringen wird.

Aus dieser Ueberzeugung heraus ersucht die Versammlung den preussischen Landtag dringend, die von dem Ministerium vorgelegte Vergesetzgebung vom 8. Februar l. J. abzulehnen und die preussische Regierung zu veranlassen, daß sie im Bundesrat der vom Reichstag kürzlich einstimmig beschlossenen Einführung eines Reichsberggesetzes endlich zustimmt, damit die Schichtzeit einheitlich auf acht Stunden beschränkt, die Grubenkontrolloren in obigen von den Versammelten gutgeheißenen Sinne für das ganze Reich eingeführt, das rigorose Strafwesen eingeschränkt und auch das Knappschaftswesen einheitlich geregelt werden.

So wie der Gotthaische Landtag kürzlich einstimmig beschlossen hat, die gotthaische Regierung solle im Bundesrat für Einführung eines Reichsberggesetzes stimmen, sollten auch der preussische Landtag und alle anderen Landesparlamente dieses Beispiel nachahmen. Um sie dieses nicht und stimmt der Bundesrat einer einheitlichen Regelung des Bergarbeitergesetzes wieder nicht zu, so sind diese Kreise allein verantwortlich, wenn im deutschen Bergbau die absonderlichen menschenverachtenden Mißstände fortbauern. Die neuesten Waffengräber von Grube Reden in Saarbrücken und Adob in Westfalen sollten doch alle Gesetzgeber zu durchgreifenden Maßnahmen zum Schutze der Bergarbeiter veranlassen. Die vorgekommenen 3612 tödlichen Unfälle im deutschen Bergbau in den letzten zwei Jahren sind eine Schmach, die das deutsche Ansehen beeinträchtigt.

Das in der genannten preussischen Vergesetzgebung vorgefallene System der Sicherheitsmänner ist und kann kein durchgreifendes Hilfsmittel sein, sondern wird sich als ein Schlag ins Wasser erweisen. Wo es bisher eingeführt wurde (Saarbrücken und Sachsen) ist es wirkungslos geblieben.

Die Versammelten machen es allen Parlamentariern und Politikern zur Pflicht, ungeläunt für einheitlichen Bergarbeiterchutz nach den Vorschlägen der Arbeiter zu sorgen.

Die Versammlung erklärt sich mit Entschiedenheit gegen den von agrarischer Seite gemachten Vorschlag, zur Befestigung des Reichsfinanzbudgets eine Kohlensteuer (30 Pf. pro verarbeitete Tonne) einzuführen. Wie die Machtverhältnisse in der Vergewerksindustrie heute liegen, würden die ganz außerordentlich stark lartifizierten und spezialisierten Betriebsbesitzer ohne Schwierigkeiten entweder durch Heraushebung der Kohlen-, Holz- und Breitenpreise oder durch Kohlenverwertungen die Kohlensteuer auf die Konsumenten oder auf die ohnehin jetzt schon mit Lohnkürzungen, Feiertagslohn und Entlassungen bedachten Grubenarbeiter abwälzen. Das ist übrigens schon von den Betriebsbesitzern organen unterhöflich angelündigt worden. Die Kohlensteuer würde also in Wirklichkeit nicht von den Betriebsbesitzern getragen werden, sondern sie wäre eine neue direkte Belastung des Volkes, die gerade dem ärmsten Haushalt am empfindlichsten träfe. Die Versammlung fordert den Reichstag auf, überhaupt alle den Lebensunterhalt der breiten Volksmasse weiter verteernden Steuern abzulehnen und nur solche zu bewilligen, die in direkter und für die Reichsbudgetbedürfnisse ausreichender Weise die bestehenden Volksschichten belasten.

Das Verhalten der Gewerkschaftsmitglieder ist im Interesse der Bergarbeiter nur zu bedauern. Gerade die Gewerkschaften hätten es notwendig, den Zentrumsabgeordneten zu Gemüte zu führen, daß die Bergarbeiter nun lange genug genarrt worden sind, denn an der Karriere hat die Zentrumsfraktion ihr gut Teil Schuld. Daß der Bergarbeiterchutz in Deutschland noch so weit zurück ist, daß die letzten Robellen nicht die gewünschten Fortschritte gebracht haben, das ist nicht zuletzt Zentrumsarbeit. Das sollte man nicht vergessen.

Die Wiedereröffnung des Reichsrates.

Aus Wien wird uns vom 27. Februar geschrieben:

Der Reichsrat, der am 5. Februar heimgeschickt worden ist, wird nun für den 10. März einberufen werden. Jüngstweils Freubigkeit ist bei der Regierung, da sie das Parlament versammelt, das sie ohne ausreichenden Grund geschlossen, nicht zu spüren. Es ist der Zwang der Notwendigkeit, dem sie sich nicht entziehen kann. Ursprünglich wollte sie die Einberufung auch bis Ende März verschieben und erst der entschiedene Einspruch der Sozialdemokraten, die sich gegen die zwecklose Verzögerung der Zeit wendeten, hat sie zu dem früheren Termine bestimmt. Wie wird es nun dem armen Abgeordnetenhaus in der neuen Session ergehen? Das ist die bange Frage, die sich alle stellen, denen die konstitutionellen Erregungszustände am Herzen liegen. Das Abgeordnetenhaus wird sofort vor befristete Aufgaben gestellt sein. Da ist erstens die Feststellung und Bewilligung des Referentenkontingents, zu der in Desierreich alljährlich ein Gesetz notwendig ist, dann die Vorlage wodurch die Verstaatlichung zweier großer Privatbahnen (Staatsbahngesellschaft und Nordwestbahn) herbeigeführt werden soll und für deren Vereinbarungen mit den Gesellschaften der letzte März der Schlußtermin ist; dann der Gesetzentwurf, wodurch die Amerikaner gesetzgeberisch genehmigt werden soll, und schließlich eine gesetzliche Ermächtigung an den Finanzminister, für 220 Millionen Schatzscheine (anstatt Rente) auszugeben, die zwar der Form nach für Eisenbahnen, Kanalbauten und ähnliche Dinge gebraucht werden, eigentlich aber die Beere der Rassen ausfüllen sollen, welche durch die „Vorschüsse“ auf die Kriegsrüstungen an der serbischen Grenze entstanden sind, die, wie es immer bestimmter heißt, schon den Betrag einer halben Milliarde Kronen verschlungen haben sollen. Daß zu diesen Dingen, die alle Eile haben, und deren Erledigung schon in Hinsicht des Einbruchs nach außen ohne größere Gegnerschaft geschehen soll, ein arbeitsfähiges Haus nötig ist, liegt auf der Hand.

Wie sieht es nun um die politische Situation? Jenes Mittel, dessen sich die Regierungen gegen die Obstruktion früher bebient haben, nämlich die Einbringung von Regierungsvorlagen als Dringlichkeitsanträge, kann die Regierung wiederum nicht wählen; aus dem einfachen Grunde, weil sie über die dazu notwendige Zweidrittelmehrheit nicht verfügt. Bleibt also der normale Weg der Tagesordnung, wo es wieder in doppelter Hinsicht hapert: erstens könnte es dabei auch herauskommen, daß Wienertisch auch die ganz gewöhnliche, nämlich die einfache Mehrheit nicht besitzt (was freilich das Wünschenwerte wäre, weil man diese hilflose und unfruchtbare Regierung rasch los wäre) und zweitens, weil dann die tschechische Opposition den Weg zur Tagesordnung mit Dringlichkeitsanträgen verbarrickadieren könnte. Doch ist es nicht unmöglich, und darauf beruht heute die Hoffnung, das Parlament werde aus der schweren Krise unversehrt herauskommen, daß die Tschechen und die Südslawen, die sich zu einer „Slawischen Union“ zusammengefunden haben, die Politik der Obstruktion, die nicht die Regierung trifft, vielmehr nur das Parlament verwickelt, verlassen und die Befestigung der Regierung mittels der Abstimmung versuchen werden. Dies um so mehr, als die Obstruktion gegen die militärische Staatnotwendigkeit ein gefährliches Spiel ist, das die auf Joghunzi ziemlich angewiesenen Nationalisten nicht riskieren werden wollen, und die Eisenbahnverstaatlichung wieder eine Sache ist, an der die Tschechen in hervorragendem Maße interessiert sind. Freilich wäre zur Bewältigung der Schwierigkeiten eine andere Regierung notwendig, als es die des Herrn v. Dienerich ist, die ohne Entschlußkraft und bar allen Scharfsinn die Dinge erwartet, die sie meistern sollte. Was die Sozialdemokraten dazu tun können, einestheils das Parlament vor seinen gewissenlosen Bedrängern zu schützen, andernteils es von der unzulänglichen Regierung zu befreien, wird sicherlich geschehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. März 1909

Kolonialpolitik in sozialistischer und kapitalistischer Beleuchtung.

Aus dem Reichstage, den 1. März. Ueber Mängel der Rechtspflege in den Kolonien führte der freisinnige Abgeordnete Abg. Klage, indem er eingehend nachwies, daß widergesetzlich Personen richterliche Funktionen zugewiesen wurden, ohne daß sie vom Reichskanzler, der allein das Recht dazu gehabt hätte, beauftragt worden seien. Der Staatssekretär D e r n b u r g versagte es sich, auf diese heikle Frage einzugehen. So kam Genosse R o s k e nach Ablauf sofort zum Wort. Er präziserte unsere Stellung zur Kolonialpolitik ganz treffend dahin, daß wir zwar das kapitalistische Kolonialwesen g r u n d s ä t z l i c h ablehnen, aber da wir als Minderheit dessen Durchführung nicht hindern könnten, uns wenigstens bemühen, reformerisch einzuwirken, insbesondere zugunsten der unterjochten Eingeborenen. Im Laufe der Debatte wollte später der Volksparteiler S t o r z aus diesen Worten einen Gegensatz zwischen Roske und Eichhorn rausdeuteln, obgleich Eichhorn genau die nämliche Stellung zur

Kolonialpolitik eingenommen hatte. Daß es Roske nicht eingefallen war, die Stellung eines bloßen „Kolonialreformers“ einzunehmen, ging aus seinen gesamten umfassenden Ausführungen hervor. Den Versuch der Gegner, die deutschen Arbeiter durch den Baumwollbau für die deutschen Kolonien zu fördern, wies er zurück durch die Feststellung, daß Baumwolle ein internationales Produkt sei, dessen Anbau in allen Weltteilen zunehme, und dessen Produktmenge und Preisbildung durch die winzigen Ergebnisse in den deutschen Kolonien noch auf Jahrzehnte hinaus gar nicht beeinflusst werde. Da die Regier zur Eigenkultur der Baumwolle vollkommen befähigt seien, sei der Plantagenbau durch Weize nach vorausgehender Unterjochung der Neger vollkommen überflüssig. Ostafrika insbesondere werde ein Negerland bleiben müssen. Im Anschluß daran forderte er Dernburg auf, seine angepriesenen zivilisatorischen Absichten dadurch zu betätigen, daß er endlich die Zwangsarbeit der Neger im Dienste der Weizen abschaffen möge. Er konnte an einem Beispiel nachweisen, daß die Neger jährlich 30 Tage Zwangsarbeit den Weizen zu leisten haben, widrigenfalls sie Kettenstrafen zu erleiden haben. Wie es sonst mit der zivilisatorischen Tätigkeit der Weizen aussieht, zeigte er an dem Beispiel des Hauptmanns Dominik, der selbst von einer Expedition in das Innere von Kamerun erzählt, daß er die Stadt Marua von seinen Trägern habe plündern lassen. Auch an den fürchterlichen Zuständen in Südwestafrika erläuterte er die zivilisatorischen Wirkungen der deutschen Kolonialverwaltung. Sagen doch die überlebenden Reste der Herero dem Aussterben entgegen, weil die Frauen keine Sklaven gebären wollten.

Nunmehr fühlte sich der Staatssekretär Dernburg gedrungen, auf Eichhorns und Roskes Kritik zu antworten. Im Vertrauen auf die Kolonialfreudigkeit der bürgerlichen Parteien, die er rühmend der schwarzheerischen Kritik der Sozialdemokraten gegenüberstellte, machte er sich die Antwort herlich leicht. Heikle Fragen, wie die nach dem Arbeitszwang und nach dem drohenden Aussterben der Herero vermied er sorgfältig, und warnte bloß vor „Uebertreibungen“ in der Kritik. Wie sehr er geneigt ist, selbst diesen guten Rat zu befolgen, bewies der Diamanten-Dernburg dadurch, daß er die Behauptung aufstellte, die einzigen Leute, die bisher von der deutschen Kolonialpolitik Vorteil gehabt hätten, seien die deutschen Arbeiter! Als ihm darauf Bedebour zurief, no, fragen Sie mal bei Tuppelstich an, besann er sich vergeblich auf eine Antwort und zog es vor, auf andere Dinge überzugehen. Mit besonderem Nachdruck betonte er dann, daß seine Auffassung von der Kolonialpolitik sich prinzipiell von der der Petersfreunde Arendt und Liebert nicht unterscheiden. Jene sahen die Sache ein bißchen mehr „national“, er ein bißchen mehr „kommerziell“ auf.

Kolonialstrome Reden hielt dann noch der konservative Abgeordnete Gans Adler Herr zu Putlitz und der Volksparteiler S t o r z. Letzterer brachte es fertig, in der Abweisung der Sozialdemokraten gegen die Kolonialwirtschaft einen Beweis dafür zu finden, wie außerordentlich glücklich man in Deutschland daran sei. Mit der Anpruchslosigkeit dieses süddeutschen Demokraten haben allerdings die Dernburg und Wilow ein leichtes Spiel. Wird ihnen das Fell über die Ohren gezogen, dann sind sie hoch erfreut, daß sie nicht geverteilt wurden.

Der Etat für Ostafrika wurde dann in den Einzelberatungen zu Ende gebracht. Morgen kommt Südwestafrika an die Reihe.

Wieder eine Kaiserrede.

Nach längerem Schweigen hat der Kaiser wieder eine Rede gehalten. Das preussische Kriegsministerium oder, wie es damals hieß, das Kriegsdepartement ist nämlich am 1. März 1899 entstanden; es feiert also heute sein hundertjähriges Bestehen. Bei dieser Feier, die im Kriegsministerium unter Teilnahme des Kaisers, des Personals des Kriegsministeriums, der Generalität usw. begangen wurde, hielt der Kaiser folgende Ansprache:

„Auf den Schlachtfeldern von Auerstädt und Jena hatte sich das Geschick Preußens erfüllt. In Tilsit hatte ein Friedensvertrag von grauamer Härte die Niederlage besiegelt. Zertrümmert war das Heer des großen Königs, aus unzähligen Wunden blutend lag Preußen am Boden, seiner Macht und seines Ansehens im Rate der Völker beraubt. Fast ohne Hoffnung war die Zukunft. Drückender denn je lastete um die Wende des Jahres 1808 das Joch des Eroberers auf dem verarmten Staate. Im Besitze der wichtigsten Festungen, stand der Feind in dem gemarterten, unter der Würde unerfüllter Kriegsauslagen zusammenbrechenden Lande. Noch war der Wiederaufbau des Heeres nicht zu Ende geführt, drohend erhoben sich neue Kriegswolken, die auch für Preußens Schicksal entscheidend werden konnten. In dieser Zeit tiefster Demütigung rief mein in Gott ruhender Herr Urgroßvater, weiland Königs Friedrich Wilhelm III. Majestät, das Kriegsdepartement mit der Bestimmung ins Leben, daß zu dem Geschäftskreis dieser Behörde alles gehören solle, was auf das Militär, dessen Verfassung, Erhaltung, und den von solchem zu machenden Gebrauch Bezug hätte. Ein Entschluß von unermeßlicher Tragweite: denn bisher hatte das Heer der einheitlichen Leitung und Verwaltung entbehrt. Würde die neue Schöpfung sich bewähren und dauern ihren Aufgaben gerecht werden können? Es gereicht mir zur wahren Genugtuung, heute, an dem Tage, mit welchem vor 100 Jahren das Kriegsministerium seine reich gegliederte Tätigkeit begonnen hat, ihm mit freudigen Worten bezeugen zu können, daß es mein und meiner erhabenen Vorgänger am Throne Vertrauen allerorten vollumfänglich gerechtfertigt hat, denn in unverbrüchlicher Treue und Hingebung, rastlos und ohne Ermüdung schaffend, hat es dem Heere die Rüstung bereitet und gestiftet, durch die dieses befähigt wurde, allezeit seine hohe Bestimmung zu erfüllen: des Vaterlandes starker und, so Gott will, unüberwindlicher Schirm und Hort zu sein und zu bleiben. Dafür sage ich ihm tief bewegt meinen königlichen Dank, und wenn diese Anerkennung allen gilt, die in dem Kriegsministerium für des Vaterlandes Macht und Ehre ihre ganze Kraft, ihr ganzes Wissen und Können eingesetzt haben, dann richtet sich mein Blick besonders auf die beiden größten unter ihnen, Scharnhorst und Moltke, die Waffenkammer, jener der Befreiung Preußens, dieser der Einigung Deutschlands. Den Gefühlen nie verlassenden Dankes für ihr unvergleichliches Wirken in dieser feierlichen Stunde von neuem Ausdruck zu geben, ist mir ein Herzensbedürfnis. Möchten alle aus diesen leuchtenden Vorbildern Kraft und Erhebung schöpfen für das eigene Schaffen! Möchte es und nie an Männern fehlen, die diesen in aufopfernder Treue und glühender Vaterlandsliebe nachstreben! Möchte die verhängnisvolle Zeit, in der das Kriegsministerium gegründet wurde, immerdar eine Mahnung bleiben, nie still zu stehen, nie zu rasten in der Arbeit für das Vaterland, kein Opfer für dessen Ruhm und Wohlfahrt zu groß oder zu schwer zu erachten! Dann wird der Segen des Allmächtigen für

alle Zukunft auf dem Rücken des Kriegsministeriums ruhen, dann wird Deutschland alle Stürme, die der Kaiserfluch der Vorsehung heraufführen mag, siegreich bestehen. Das wolle Gott!"

Die Rede hat nur insofern ein gewisses Interesse, als sie zeigt, wie stark die Auffassung des Kaisers durch die preussische Hofhistoriographie beeinflusst ist. Daß die traurige Lage Preußens zu jener Zeit vornehmlich durch die Feigheit und Beschränktheit des im Heer und der Verwaltung dominierenden preussischen Junkertums hervorgerufen ist, wird verschwiegen, und ebenso, daß es die schleichgelohnte Aufopferung des Volkes war, die Preußen und das Hohenzollernhaus vom Druck des „forsischen Parvenus“ befreite, nicht die Tüchtigkeit und die Genialität des neugeschaffenen Kriegsdepartements.

Die Reaktion in Hessen.

In Rühlheim am Main, einem Arbeiterorte von 6000 Einwohnern, sitzen 12 Genossen im Gemeinderat. Vor Jahren schon wurde der Sozialdemokrat Peter Jahn zweimal von der Gemeinde zum Bürgermeister-Beigeordneten gewählt, von der Regierung aber ebenso oft nicht bestätigt. Sie ernannte vielmehr einen Beigeordneten in der Person des Zentrumsmannes Schulz. Der Konflikt wurde akut, als im Sommer vorigen Jahres der Bürgermeister in die Ferien ging. Der ernannte Beigeordnete rief den Gemeinderat für den 21. August 1908 zu einer Sitzung. Von den 12 Genossen blieben elf der Sitzung ohne Angabe von Gründen fern. Einer war krank. Eine Tagung war unmöglich. Um die Verwaltungsfunktion nicht im Dreck stehen zu lassen, kürzte der Bürgermeister seinen Urlaub ab und übernahm die Geschäfte selbst wieder.

Am 23. September 1908 verhängte der Kreisaußschuß in Offenbach in nichtöffentlicher Sitzung über die elf „Reinlichen“ eine „Ordnungsstrafe“ von je 50 M., ohne die Verurteilten zu hören.

Gegen die Entscheidung des Kreisamtes wurde Rekurs beim Provinzialaußschuß der Provinz Starkenburg erhoben. Nachdem die Sache über Gebühr verschleppt worden war, kam sie endlich am Sonnabend zur Verhandlung.

Rechtsanwalt Dr. Judas als Vertreter der Verurteilten bestritt, daß die fragliche Einleitung ordnungsmäßig erfolgt sei, weil sie nicht vom Bürgermeister oder dessen Stellvertreter unterschrieben war. Es sei eine Beschränkung der Selbstverwaltung, die geradezu das freie Wahlrecht illusorisch mache, wenn die Regierung gegen den Willen der großen Mehrheit der Mitglieder einen Beigeordneten ernenne. Wollte man aber eine Übertretung als begangen annehmen, so siehe doch das Strafmaß in gar keinem Verhältnis dazu, denn die bestraften Gemeinderäte hätten als solche stets ihre Pflicht getan. Man dürfe zudem nicht die Verhältnisse in Rühlheim außer acht lassen; fraglich sei, ob außer Herrn Schulz in Rühlheim noch jemand gefunden worden wäre, der sich zum Beigeordneten hätte ernennen lassen.

Der ernannte Beigeordnete Schulz erklärte, er hätte das Amt nur deshalb angenommen, weil ihm von der Regierung gesagt worden sei, er brauche keine Sitzung zu besuchen.

Das Urteil lautete auf Verurteilung des Rekurses unter Verurteilung der Rekurrenten in die Kosten des Verfahrens sowie auf Verhängung eines Akzessionsbetrages von 55 M. (jeder 5 M.) unter solidarischer Haftung.

Damit ist die Angelegenheit vorläufig abgeschlossen.

Das Reich „spart“.

Bei der Oberpostdirektion Düsseldorf ist 160 Postunterbeamten zum 1. April gekündigt worden; davon in Düsseldorf 58, in Essen circa 50 usw. Es handelt sich um sogenannte Aushelfer, die die Briefträger in dem freien halben Tag, den sie in der Woche haben, vertreten. Die freien halben Tage werden dementsprechend eingeschränkt oder ganz abgeschafft. Auch die mittleren Beamtenstellen werden vermindert.

Ein „teurer“ Statthalter.

Am Umzugskosten wurden dem jetzigen Statthalter von Elbingerhagen 10 447,03 M. gewährt. Die „erforderlichen“ Ausfuhrungen im Statthalter-Palais in Stralburg kosteten 37 811,81 M., die Renovierung der Geschäftsräume 6620,20 M., zugleich wurden die Repräsentationskosten infolge der „Spartankeit“ beim Statthalterwechsel um 33 333,92 M. überhöht. Insgesamt macht das also 92 242,43 M. Also fast 100 000 M. muß das elbingerhagische Volk an einmaligen Ausgaben für den Statthalterwechsel leisten. Für Verbesserung der Arbeiterlöhne, der Beamten- und Lehrergehälter hat man nicht so schnell 100 000 M. bei der Hand.

Ein „erzieherischer“ und „wohlwollender“ Unteroffizier!

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen während der Ausbildung des Dienstes hatte sich dieser Tage der Unteroffizier Büchel vom Grenadierregiment Nr. 101 vor dem Dresdener Kriegsgericht zu verantworten. Der „Stellvertreter“ hatte eines Tages beim Exerzieren einem Grenadier, weil dieser angeblich nicht richtig im Giede stand, einen kräftigen Schlag vor die Brust versetzt, daß der Mann zurücktaumelte und Schmerzen an der getroffenen Stelle davontrug. Ueber die ihm zugefügte Mißhandlung weinte der Soldat und dadurch kam die Sache zur Kenntnis des aufsichtsführenden Offiziers. Kurz nach der Mißhandlung war die Kapitulation des Angeklagten abgetan; sie durfte aber infolge des gegen den Unteroffizier schwebenden Strafverfahrens nicht erneuert werden. Der Angeklagte wurde daher vorläufig entlassen. Man machte seine Wiedereinstellung von dem Ausgang des Prozesses abhängig. Der Hauptmann schildert den Angeklagten als einen „erzieherischen“, „wohlwollenden“ und „brauchbaren“ Unteroffizier. Der Anklagebetreuer hielt eine Mißhandlung für vorliegend, und wenn das Gericht ungeachtet der für den Angeklagten daraus entstehenden Konsequenzen der Rechtsprechung des Reichsmilitärgerichts folge, dann müsse Verurteilung wegen Mißhandlung eintreten.

Das Gericht nahm aber nur „vorschriftswidrige Behandlung“ an und erkannte auf — zwei Tage gelinder Arrest! Es habe sich, so führte es an, nicht zu überzeugen vermocht, daß der Angeklagte absichtlich geschlagen habe. Es liege eine „tätliche Korrektur“ vor, aber keine Mißhandlung.

Ein von preussischen Beamten bedrohter Bürgermeister.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Preussische Beamten lassen politische Störungen, Maßregelungen usw. meist ohne mit der Wimper zu zucken, an sich vollziehen. Geht es aber an den Geldbeutel, dann rebellieren sie. So trat der Bürgermeister v. Holtz gelegentlich einer Interpellation im Stadtverordnetenkollegium gegen die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der Reichs- und Staatsbeamten auf. Die Reichs- und Staatsbeamten machten darauf in großen Protestversammlungen, und der Herr Bürgermeister erhielt wegen seines Verhaltens allerlei Schmähbriefe, über die er sich in der letzten Stadtverordnetenversammlung erregt beklagte. Er müsse, erklärte er, sich schämen, zu sagen, daß preussische Beamte ihn mit Schmähungen des empfindlichsten Art überhäuft hätten.

Die Balkankrise.

Die Aktion Rußlands.

Herr Jewolski, der die unmögliche Aufgabe zu lösen sucht, die alte Rolle Rußlands auf dem Balkan aufrechtzuerhalten, trotzdem die Niederlage im japanischen Kriege und die Niedertreibung der Revolution alle staatlichen Machtmittel desorganisiert hat, hat der Welt wieder eine neue Lieberatsung bereitet. Statt sich der gemeinsamen Intervention der Mächte in Belgrad anzuschließen, ist die russische Regierung selbständig vorgegangen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet darüber:

Das neue serbische Kabinett hat der russischen Regierung eine Mitteilung zugehen lassen, in der die serbische Regierung ihre aufrichtige Friedensliebe, das Fehlen jeglicher aggressiver Absichten und ihre feste Entschlossenheit versichert, sich aller provozierenden Handlungen zu enthalten, sowie die Verurteilung der durch die gegenwärtige Krise berührten Bedürfnisse und Interessen Serbiens den Großmächten anheimzustellen. Als Antwort auf diese Mitteilung hat die russische Regierung den Gesandten in Belgrad angewiesen, der serbischen Regierung den freundschaftlichen Rat zu erteilen, ihren von der russischen Regierung mit aufrichtiger Bemühtung aufgenommenen Entschluß betreffend die Beobachtung einer friedlichen Haltung ausdrücklich zu erhalten. Das Petersburger Kabinett sei überzeugt, daß ein solcher Entschluß bei der gegebenen politischen Lage den Lebensinteressen Serbiens entspreche. Gleichzeitig sei dem Kabinett bekannt, daß eine Erklärung Serbiens über territoriale Erwerbungen bei den Mächten weder Sympathie noch Unterstützung finden würde und daß Serbien ihre Zustimmung nicht erhalten könne, wenn es auf den erwünschten Forderungen nicht bestände, die einen bewaffneten Konflikt mit Oesterreich-Ungarn hervorrufen könnten. Im Hinblick auf die von der serbischen Regierung ausgesprochenen Absicht, den Wünschen der Großmächte Rechnung zu tragen, rufe ihr Rußland, kategorisch zu erklären, daß sie auf Territorialforderungen nicht bestände und in allen auf der Tagesordnung stehenden Fragen sich vollständig auf die Entscheidung der Mächte verlasse.

Die russische Regierung hat damit allerdings nur getan, was die Mächte gemeinsam tun wollten. Sie mußte ihren Einfluß in Serbien geltend machen, weil sie sonst offen als Unterstützerin der serbischen Ansprüche und damit als Störerin des europäischen Friedens sich demaskiert hätte. Krieg führen kann aber Rußland nicht wegen seiner militärischen und finanziellen Zerrüttung, und kann es um so weniger, als die französische Regierung mit allem Nachdruck ihren Einfluß im Sinne des Friedens geltend gemacht hat. Denn für Frankreich, das circa zwölf Milliarden Frank in russischen und noch mehr in Balkanwerten angelegt hat, bedeutete ein Balkankrieg, in den Rußland verwickelt ist, eine finanzielle Katastrophe schlimmster Art.

Daß aber Rußland allein vorgegangen ist, geschieht aus zwei Gründen. Einmal wollte es auch jetzt betonen, daß es sich für Serbien hält, auf dem Balkan eine besondere und bevorzugte Stellung einzunehmen. Dann aber behält sich Rußland, indem es dem Druck der Mächte nur so weit nachgibt, Serbien den Verzicht auf die territorialen Forderungen anzuraten, in allen übrigen Punkten die Freiheit seines Handelns vor. Es ist so in der Lage, seine Unterstützung der wirtschaftlichen Forderungen Serbiens viel nachdrücklicher zu gestalten, immer wieder als Anwalt der Serben aufzutreten und dem verhassten Rezentralismus neue Schwierigkeiten zu bereiten auf Kosten des ruhebedürftigen Europas, das der Balkanhändel nun wirklich herzlich überdrüssig geworden ist.

In Wien ist man sich dieser Schwierigkeiten auch durchaus bewußt. Nur muß man konstatieren, daß die Politik Behrentshals selbst einen guten Teil der Schuld trägt. Hätte die österreichische Regierung sich nicht gar so unumschreiblich gezeigt und die wirtschaftlichen Zugeständnisse, die sie Serbien zu machen bereit ist, den Mächten belamtgegeben, so wäre das selbständige Vorgehen Rußlands nicht so leicht gewesen. Jetzt antwortet die österreichische Regierung auf das russische Vorgehen mit der Erklärung, daß, wenn die russischen Vorstellungen in Belgrad Erfolg hätten, es Sache der serbischen Regierung sein werde, der österreichischen formelle Erklärungen abzugeben und sie um die Mittelung der wirtschaftlichen Konzessionen zu ersuchen. Die weiteren Verhandlungen würden dann direkt ohne Einmischung einer fremden Macht zwischen Oesterreich und Serbien geführt werden. Man ersieht aus dieser Erklärung sofort, welche große Schwierigkeiten noch zu überwinden sind. Serbien wird auf den russischen Beistand bei den Verhandlungen nicht verzichten, Rußland seine Mitwirkung bei der schließlichen Regelung nicht aufgeben wollen. Es wird der ganzen Energie der Bundesgenossen Oesterreichs und Rußlands bedürfen, um den Gegensatz zwischen diesen Staaten nach wie vor innerhalb der Schranken des diplomatischen Intrigenspiels zu halten. Das gemeinsame Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs hat hier noch eine wichtige Aufgabe zu leisten.

Friedliche Erklärungen.

London, 1. März. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der serbische Geschäftsträger dem auswärtigen Amt eine Note überreicht des Inhalts, daß Serbien beschlossen habe, die Entscheidung der Großmächte abzuwarten, und alles mögliche tun wolle, um den Frieden zu bewahren.

Belgrad, 1. März. Ein offizielles Communiqué besagt, die serbische Regierung vertraue, gestützt auf die bisherige von Europa anerkannte vollkommen korrekte Haltung, unentwegt auf die Gerechtigkeit und das Wohlwollen Europas, da die Regierung überzeugt sei, daß Serbien durch seine Haltung den Erwartungen Europas entspreche. Gleichzeitig erwarte die serbische Regierung von der Bürgerschaft, daß sie mit vollkommener Zurückhaltung die verschiedenen herübergehenden Nachrichten, welche oft sehr verdächtigen Quellen entstammen, aufnimmt. Serbien habe bisher mit Oesterreich-Ungarn korrekte Beziehungen gehabt und wünsche dies auch in Zukunft zu tun. Von jedermanns Haltung wird erwartet, daß die serbische Regierung in den gegenwärtigen ersten Augenblick in jeder Hinsicht durch eine vollkommene Mäßigkeit unterstützt werde.

Rumänische Mobilisierung.

Paris, 28. Februar. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Bukarest hat Rumänien als Vorsichtsmaßregel vorbereitende Schritte für die Mobilisierung des Armeekorps in dem an Serbien grenzenden Bezirk angeordnet.

Oesterreich-Ungarn.

Die Reaktion in Ungarn.

Die Verfolgungswut des Koalitionskabinetts gegen die Arbeiterschaft zeigt wahre Orgien: Die Partei- und Gewerkschaftspressen sind mit zehntausenden Prozessen bedrückt, die Redakteure mit hohen Geldstrafen und vielen Monaten Kerker bestraft, die Organisationen verurteilt der Auflösung. In der Provinz tritt die Polizei mit immer größerer Brutalität auf, jenseits denn je verhöhnt sie Gesetz und Recht. Wie die allmächtigen Stuhlsrichter in der Provinz, so die Zentralgewalt. Nach den in der Provinz massenhaft aufgelösten

Ortsgruppen kamen die Organisationen der Hauptstadt an die Reihe. Kaum waren die Ortsgruppen des Landarbeiterverbandes aufgelöst, erfolgte die Suspendierung der Fackelzügen der Bauarbeiter und hierauf wurden fast wöchentlich andere Gewerkschaften aufgelöst. Nach diesen kleineren Mädelereien kam der große Einbruch. Die Suspendierung der Zentrale des Eisen- und Metallarbeiterverbandes und dessen sämtliche Ortsgruppen, ferner die Fackelzüge der Fischer Budapest haben die Reihe der ungeschicklichen Eingriffe noch immer nicht abgeschlossen. Trotzdem die Arbeiterschaft der Hauptstadt mit dem zuständigen Massenstreik und den zahllosen Versammlungen den Häkern die würdige Antwort gab, scheint dies nicht genug, und so hat der Minister des Innern vergangenen Freitag die Organisationen der Fuhrwerker und Kaffeegeschäftshilfen suspendiert.

Wenn die Regierung aber glaubt, daß sie jemals der Arbeiterbewegung Herr werde, so täuscht sie sich ebenso sehr, wie ebendies die Gewalthaber in Deutschland, als sie das Schandgesetz gegen die Sozialdemokraten schufen. Sind auch die Organisationen zertrümmert, die Solidarität der Klasse ist stark genug und sie wird nur noch mächtiger entfalteten im Kampfe gegen die Unterdrückung — alle Hindernisse zu überwinden.

An Stelle der straffen Zentralverbände werden die losen freien Organisationen mehr aufgebaut, aber die Partei und Gewerkschaft schon heute verfallt. Diese werden nicht angemeldet, brauchen keine Genehmigung und ihre Beschlüsse werden nicht insgeheim gefaßt und vollzogen. Einen ganz neuen Ausweg aber haben die Fuhrwerkerarbeiter gefunden, indem sie ihre neue Organisation unter den Schutz des Privateigentums stellten. Damit wird es der Regierung unmöglich gemacht, die neue Organisation zu Grunde zu richten. Alles einfließende Geld ist das Eigentum des Herausgebers des Fachorgans der Fuhrwerkerarbeiter, „Der Kampf“, der über das Geld frei verfügen kann. Der Herausgeber kann den Abonnenten viel mehr Vorteile bieten als der Fachverein. Statt der bisher 7 Kronen betragenden Arbeitslosenunterstützung gibt der Herausgeber von nun an 10 Kronen.

Ferner zahlt der Herausgeber außerordentliche Unterstützungen und Begrüßungsbeiträge. Den wöchentlich Abonniierenden wird das Recht gewährt, im Wege von Delegierten an jedem ersten Sonntag des Monats in die Häuser der Staatunternehmung Einsicht zu nehmen.

Die Abonnenten, also die Arbeiter — der gleichfalls abonnierende Minister des Innern auf keinen Fall — haben bei der demokratischen Unternehmung des Herausgebers das volle Recht, Kontrolle zu üben. Das ist eben der Unterschied zwischen der alten und neuen Organisationsform, daß in ersterer der Minister des Innern alles beschließen konnte, während bei der neuen Organisation das Ministerium — obgleich dasselbe ganz gewiß abonniert — kein anderes Recht hat, als das Wort zu lesen.

Dem Beispiel der Fuhrwerker wollen auch die Kaffeegeschäftshilfen angeheften und andere folgen. Auf keinen Fall wird es der Reaktion gelingen, die Arbeiterklasse gänzlich niederdzudrücken, so sehr sie auch wütel und die Gesetze mit Füßen tritt.

Belgien.

Eine Aktion der belgischen Partei für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit.

Brüssel, 28. Februar. (Fig. Ver.)

Bekanntlich hat seinerzeit die belgische Kammer das Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit im Bergbau beraten und votiert; durch die damalige Demissionierung der Regierung ist jedoch das Gesetz annulliert worden und das Parlament erlebte gegenwärtig eine sehr ausgedehnte Neuauflage der alten Neben, die diesmal noch weniger Deputierte in den Beratungskreis zogen, als sonst. Allgemein ist dabei, zumal für das Prinzip eine Majorität vorhanden ist, der Wunsch, mit der allgemeinen Debatte raschstens zu enden und jene Punkte durchzuberaten, zu denen Amendements vorliegen.

In Ermüdung dieser Umstände geht auch die Parteimeinung auf eine Beschleunigung der Beratung und Vortierung, vorwiegend auch aus dem Grunde, um im Anschluß an das Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit im Bergbau eine solche für die anderen Industrien herbeizuführen, wofür bereits zwei Entwürfe, der des Genossen Vertrand und der des Ministers Delpeutere vorliegen.

Mittwoch hat die parlamentarische Gruppe der Partei mit einer aus der Gewerkschaftskommission gewählten Delegation eine Beratung zu dem Zwecke abgehalten, um eine wirksame Aktion für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in allen Industrien herbeizuführen. Der parlamentarischen Gruppe lag eine Adresse der Gewerkschaftskommission vor, worin die Meinung ausgesprochen wird, daß eine allseitige Ausdehnung der Debatte über das Vergesetz eine wahrscheinliche Hinausschiebung der Beratung über das Prinzip der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit in den anderen Industrien bis ins nächste Jahr hinein bedeute. Da aber offensichtlich ein solches Gesetz auf Widerstand in der Kammer stoßen wird, ist eine eifrige Vorarbeit vonnöten und die parlamentarische Gruppe mit Material zu versehen. Es werden daher an die angeschlossenen Gewerkschaften Fragebogen ausgesendet werden, um Auskünfte über die Dauer der Arbeitszeit, Wünsche usw. zu erlangen. Ferner wird die Kommission in den großen Industriestädten, in Brüssel, Gent, Antwerpen, Lüttich, Charleroi, Huy, Mons, Namur, Verbiers usw., Meetings veranstalten, wo die Vertreter der großen Industriegruppen das Problem der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit besprechen werden. Die entsprechenden Petitionen werden dann der Kammer zugehen.

In der Diskussion stellte Vanderbeide das Einverständnis der parlamentarischen Gruppe mit der Gewerkschaftskommission in dieser Frage fest. Die Beratung ergab außerdem den Beschluß, von der Kammer den Schluß der Generaldebatte über das Vergesetz noch für diese Woche zu verlangen, damit alsdann die Beratung der verschiedenen Projekte über die Regelung der Arbeitszeit in den anderen Industrien in Angriff genommen werde. Die Versammlung faßte dann noch einige Beschlüsse über die Indoversehung der Arbeiter und wählte auch die parlamentarischen Berichterstatter für die verschiedenen Industrien.

Türkei.

Gegen die Offizierspolitik.

Konstantinopel, 28. Februar. Das Amtsblatt veröffentlicht einen Nikarabefehl des Kriegsministers an alle Kommandobehörden, in dem der Minister auf die von Offizieren seit Herstellung der Verfassung beobachtete Haltung aufmerksam macht, welche die Disziplin und die Ordnung kompromittiere. Der Befehl verbietet die Zugehörigkeit zu Vereinen, welche offiziell nicht anerkannt sind und Aufnahme von Militärklub und Kasino, ferner die Beschäftigung mit Politik, die Befolgung politischer Ziele, die Teilnahme an Versammlungen, öffentlichen Reden, die Veröffentlichung von Artikeln in Zeitungen über dienstliche Angelegenheiten, reglementswidrige Handlungen und den Besuch von Konzerten und Theateraufführungen durch Militärschüler.

Perrien.

Die Verfassungskämpfe.

Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Konstantinopel hat das dortige persische revolutionäre Komitee dem persischen Vorkämmerer schriftlich mitgeteilt, daß es ablehne, mit ihm in Verhandlungen zu treten; der Schah müsse mit den Revolutionären in Teheran direkt unterhandeln.

Die Kämpfe der letzten Tage sind für die Revolutionäre durchwegs erfolgreich gewesen. Der Schah setzt seine letzte Hoffnung auf ein bewaffnetes Einschreiten Russlands, zu dem die panslawistische Presse unausgesetzt auffordert.

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

(25. Sitzung, 1. März.)

Die Beratung wird bei dem Titel Materialien und Arbeiten zur Unterhaltung der Telegraphenlinien fortgesetzt. Bereits in der Sonnabend-Sitzung war gewünscht worden, daß die Reichspostverwaltung den Mitgliedern der Kommission den Inhalt der Postverträge mitteilt. Das hatte der Staatssekretär mit der Begründung abgelehnt, daß er dazu ohne Zustimmung des anderen Teiles nicht berechtigt sei. Auf diese Erklärung kam der Abgeordnete Erzberger heute zurück und verlangte die Vorlegung dieser Verträge, auf welche die Kommission nach dieser Weigerung erst recht bestehen müsse. Auch liegt das sehr im Interesse der Postverwaltung, damit nicht die Meinung aufkommen könne, als handele es sich um eine Art Tippekriegsvertrag. Nachdem noch andere Redner sich im gleichen Sinne ausgesprochen hatten, wurde beschlossen, diese beiden Positionen vorläufig auszusehen.

Zur Bewachung der Telegraphenlinien sind 460 000 M. angelegt. Auf Antrag Singer wird der Posten um die Hälfte gekürzt; gänzlich gestrichen wird die Mehrforderung von 150 000 M. bei dem Posten „sachliche und vermischte Ausgaben“. Unter diesem Posten ist eine indirekte Unterstützung der Schulgebiete enthalten, denn es sollen hieraus die Beurlaubung des Familienhauptes der besitzlosen Familienangehörigen Reisebeihilfen gewährt werden, wie das bei den Gouvernementsbeamten heute schon der Fall ist.

Vom Titel „Schreibgebühren, Feuerung, Gerätschaften, Drucksachen“, in Höhe von 24 700 000 M. wird eine Million abgestrichen und allgemein der Wunsch geäußert, daß dieser hohe Posten in mehrere einzelne Posten zerlegt werden solle. (Für Drucksachen sind allein 8 573 522 M. ausgegeben worden.) Abg. Singer regt an, die Reichspost möge bei diesem Bedarf eine eigene Druckerei errichten, was zu einer wesentlichen Verbilligung führen würde. Gleichzeitig wurde Auskunft verlangt, über die Verteilung der von der Reichspost vergebenen Druckaufträge, worauf ein Regierungsvertreter mitteilte, daß hieran 12 Druckereien beteiligt seien. Desgleichen wurde Auskunft darüber verlangt, in welcher Weise die Postämter beim Ankauf von Fahrrädern, Schreibmaschinen und bei Bestellung von Briefkästen verfahren. Die Antwort lautete: Die Vergabe erfolge im Wege öffentlichen Ausschreibens; nähere Angaben sollen der Kommission demnächst gemacht werden.

Beim Titel: Vergütung an auswärtige Postbehörden, Eisenbahn- und Schiffsgesellschaften kommt zur Sprache, daß die Reichspost für das Kilogramm Briefe den transatlantischen deutschen Schiffahrtsgesellschaften 5 Francs bezahlt, während dafür nach dem Weltpostvertrag nur 4 Francs zu zahlen sind. — Tatsächlich zahlen auch die Amerikaner nicht mehr, so daß wir für dasselbe Quantum Briefe von Deutschland nach Amerika 25 Proz. mehr zahlen müssen, als die Amerikaner für ihre gleich schwere Sendungen nach Deutschland an dieselbe deutsche Gesellschaft bezahlen! Es wurde von einer Seite gewünscht, daß die Regierung ernstlich versuchen solle, diese

Benachteiligung Deutschlands durch deutsche Gesellschaften

auszuheben und es eventuell auf einen Kampf ankommen zu lassen, indem sie vorübergehend ihre Postsendungen via Antwerpen oder Havre expedieren. Staatssekretär Kraetke machte keinerlei Zusagen; er schien es ganz in der Ordnung zu finden, daß wir beispielsweise dem Lloyd mehr bezahlen, gerade weil es eine deutsche Gesellschaft ist.

Der außerordentliche Etat wurde bis auf den Posten für Fernsprechanlagen, welcher mit 45 000 000 M. eingestellt ist, glatt erledigt. Nur für den Neubau eines Postgebäudes in Herne i. W. wurden von den veranschlagten 455 000 M. 30 000 M. gestrichen.

Nächste Sitzung: Dienstag, Fortsetzung der Beratung des Postetats.

Gewerkchaftliches.

Nachmal's Hyänen des Schlachtfeldes.

Ein Mitglied des Köpferverbandes schreibt uns zu diesem in unserer letzten Sonntagsnummer angeführten Thema:

„Das Verhalten der sogenannten Anarcho-Syndikalisten in der Pankower Parteistreitfrage ist für den, der das Gebaren und die Taktik auf jener Seite schon seit Jahren zu beobachten Gelegenheit hatte, nichts Neues mehr. In der deutschen Köpferbewegung — und nicht nur in dieser — wird diese auf Berührung gerichtete Tätigkeit schon seit Jahren kultiviert. Überall, wo irgendwelcher tatsächlicher Maßnahmen des Gesamtverbandes wegen sich bisher eine gewisse Opposition geltend machte, und vor allem ist dies wohl stets und in allen Verbänden nach Verbandstag beschließen der Fall, da erschienen auch die „unentwegten“ Anarcho-Syndikalisten auf dem Plan, indem sie aus ihrer Berliner Sudelküche die opponierenden Verbandsfilialen mit ihren Flugblättern „beglücken“. Sogar in den Zeiten dieser fürchterlichen Krisis, die besonders auch im Waageverbe verheerend wirkt, hielten es diese Marobure für angebracht, unsere gesamten Verbandsfilialen mit Flugblättern zu übersättigen, worin selbstverständlich auf die mehr und mehr einwirkende „Versumpfung“ in der Partei sowohl wie den Zentralverbänden hingewiesen und zum Beitritt zum allein seligmachenden anarcho-syndikalistischen Glauben aufgefordert wurde. Also ausgerechnet in einer Zeit der bittersten wirtschaftlichen Krisis, die gebieterischer denn je den festen Zusammenhalt der Arbeiter erfordert, da erachtet es diese professionierten Persplitterer der Arbeiterbewegung für notwendig, die angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Zustände teilweise eingerissene Unzufriedenheit zu benutzen und in die Arbeiterbewegung wenn möglich einen Keil zu treiben! Ihre Werbungen bringen sie auch nie bei Unorganisierten an, ihre Tätigkeit erschöpft sich lediglich darin, Bestehendes auseinanderzureißen und damit die Arbeiterbewegung zu schwächen. — Allerdings war bisher das Resultat der gesamten Persplitterungsversuche in der Köpferbewegung gleich Null. Die anarcho-syndikalistische Bewegung geht den Krebsgang „unbeirrt“ weiter. Auch der neuerlich in Pankow unternommene Galvanisierungsversuch wird daran nichts ändern.“

Deutsches Reich.

Christlicher Terrorismus.

In Neumarkt i. O. hat die Firma Drechslinger mehrere christlich organisierte Arbeiter entlassen, nachdem diese Christlichen andere Arbeiter unter Androhung von Mißhandlungen zum Beitritt zum christlichen Verband zwingen wollten. Unter diesen christlichen Terroristen befindet sich einer, der demnächst auf einige Monate das Gefängnis beziehen muß, weil er seinen leiblichen Bruder mit dem Messer mißhandelt hat.

Die Arbeitslosenzählungslegende, so berichtet man uns aus Halle a. S., wird dem Magistrat noch manche trübe Stunde bereiten. Bei der Würdigung des Polizeimaterials hat man festgestellt, daß gelegentlich einer amtlichen Personenstandsaufnahme im Oktober v. J. noch mehr Arbeitslose gezählt worden sind als im Januar d. J. durch das Gewerkschaftsamt. Dadurch fällt die den Zählern des Statistikamtes angedichtete Uebertreibung in sich selbst zusammen. Der Magistrat wird nun in der nächsten Stadtverordnetenversammlung von unseren Genossen dahingehend interpelliert werden, auf welche Weise der Schmäherartikel gegen die Arbeitslosen in das Amtsblatt gekommen ist. Inzwischen hat man hier schon wieder eine neue „soziale“ Tat vollbracht. Der Finanzaußschuß des Stadtverordneten-Kollegiums bewilligte zum Einpflanzung einiger englischen Geißeln, die hier einige Stiftungen besichtigen wollen, 3000 M. — für die Zählung der Arbeitslosen 300 M. und für einige englische Geißeln 3000 M. — Und dann sind die begehrlichen Arbeiter immer noch nicht zufrieden.

Vom Kohlenarbeiterstreik in Kiel.

Mitten in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit haben, wie schon kurz berichtet wurde, die Kieler Kohlenimporteure die Arbeiter in den Streik getrieben. Die Kohlenhandels-Gesellschaft, die Organisation der Importeure am Plage, die ausschließlich gegründet worden ist, um den Preis der Kohlen möglichst hoch zu halten, und die das auch bisher gründlich bedacht hat, will ihren Profit noch durch bedeutende Abzüge am Lohne der Arbeiter machen, und dazu ist ihr die Zeit der größten Arbeitslosigkeit gerade recht. Weil sie in Kiel keine Arbeitswilligen aufreiben konnten, haben sie sich durch die bekannte Streikbrecherfirma K. A. W. Müller in Wandsbeck solche aus Hamburg kommen lassen. Auf den Herbergen, den Kippen und der Landstraße zusammengepackte Lumpenproletarier, schlecht genährt und schlecht gekleidet, für die schwere Arbeit nicht geeignet, aber als Raubvögel für die Kohlenproben im Augenblick gut genug. In Hamburg wurden die Streikbrecher auf der Hüttenwache, dem städtischen Arrestlokal, die Nacht vor der Abreise einquartiert, am anderen Morgen nach den Passagierhallen der Hamburg-Amerika-Linie gebracht, hier auf den Dampfer „Virgo“ verladen und nach Kiel transportiert. Der Dampfer „Virgo“ dient hier in Kiel als Streikbrecherschiff, wo die nützlichen Elemente essen und schlafen, um ja nicht mit den Streikenden in Berührung zu kommen. Im Hafen liegen augenblicklich die Dampfer „Korona“ und „Albert Feld“, auf denen die Streikbrecher mit Lösen der Kohlen beschäftigt sind. Die Polizei ist natürlich eifrig für das Unternehmerinteresse tätig. Eine ganze Schutzmanschenabteilung ist im Hafen aufgestellt, die ängstlich darüber wacht, daß kein Unberufener die Kais betritt. Bis jetzt ist es den Streikenden gelungen, von 138 eingetroffenen Arbeitswilligen 80 abzuschließen. Wie unerschämmt das Vorgehen der Kohlenproben, die Löhne der Arbeiter herunterzudrücken, ist, geht aus der Preisdifferenz der Kohlen im Groß- und Kleinhandel hervor. Drei Kt. kosten beste schottische Kohlen im Großhandel die Tonne 14 M. oder 100 Kilogramm 140 bis 150 M. Im Kleinhandel kosten 100 Kilogramm 270 M. Da die Kleinändler fast ausschließlich in der Nacht der Kohlenimporteure sind, diktieren ihnen natürlich diese die Preise und man kann daran ersehen, daß der tiefste Anteil der Preisdifferenz im Groß- und Kleinhandel den Importeuren zufällt.

Der Hungertampf der Eisengebirgsweber.

Den Webern und Weberinnen der Firma: Vereinigte Duntwoberei, vormals W. Neugebauer Söhne und Carl Postpischil in Langenbielau ist ein Kampf aufgebrochen worden, der von der gesamten Arbeitererschaft dieses Betriebes mit seltener Energie und Opferfreudigkeit durchgeführt wird. Es streiken zurzeit 312 Weber und Weberinnen. Die Hilfsarbeiter, wie Spuler, Scherer und Andreherinnen müssen feiern, da keine Arbeit für sie im Betriebe vorhanden ist. Die Kündigungstermin der letzteren läuft am Sonnabend, den 6. März 1909, ab. Dann stehen rund 600 Arbeiter im Kampfe. Und warum das alles? Weil eine Anzahl Familien der besitzenden Klasse glauben, ihre Lebenshaltung trotz der Krise standesgemäß fortsetzen zu müssen. Dagegen haben zwar die Arbeiter nichts einzuwenden, aber es darf nicht auf Kosten einer ausgehungerten Arbeiterschaft geschehen. In diesem Betriebe haben sich 10 Familien zusammengesetzt, mit einem Stammkapital von 1 Million Mark. Aus den 600 Arbeitern wollen sie nun ein erkleckliches Sümmchen herauswirtschafte, damit „Sie“ keine „Rot“ leiden brauchen. An Kapital haben eingebracht: Gustav Postpischil: 40 000 M., Reinhold Postpischil: 40 000 M., Bruno Postpischil: 37 000 M., Karl Postpischil: 40 000 M., Joseph Fröhlich: 43 000 M., Witwe Anna Neugebauer: 248 000 M., Alfred Neugebauer: 133 000 M., Bernhard Neugebauer: 133 000 M., Elionore Fischer geb. Neugebauer: 143 000 M., Herbert Neugebauer 143 000 M. Selbstverständlich wird auch der Gewinn der eingezahlten Summe entsprechend verteilt. Nun wollen die Postpischilschen Familien doch auch nicht zu kurz kommen, und es ist speziell Herr Gustav Postpischil mit nur 40 000 M. Einlage, der den Hungertarif durchdrücken will. Zu diesen 10 Partiziparierfamilien gesellen sich neben den anderen gutbezahlten Beamten noch zwei Direktoren. Es sind dies Herr Betriebsdirektor Koch mit 14 000 M. Jahresgehalt und Herr Kontordirektor Lange mit 12 000 M. Jahresgehalt. Das alles muß von diesen wenigen Arbeitern herausgeholt werden. Die Weber haben sich im Jahre 1908 circa ¼ Jahr bei 4½ tägiger Arbeitszeit durchgehungen, in der Hoffnung, daß eine baldige Besserung eintreten werde. 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie verließen im Jahre 1908 Langenbielau, um in einem anderen „Vaterlande“ eine bessere Heimtat zu suchen. Zum Neujahr 1909 wurde wieder volle Arbeitszeit eingeführt. Alles atmete auf. Hatten doch oft Mann und Frau zusammen nicht mehr als 7—10 M. in der schweren Zeit der Krise verdient. Da kam die Fusion Neugebauer-Postpischil zustande, deren erste Tat der sogenannte Kochtarif (nach Direktor Koch genannt) war. Dieser neue Tarif brachte Lohnabzüge von 15—30 Proz. Durch Verhandlungen wurden einige Verbesserungen erreicht. Immerhin beträgt der Lohnabzug noch 1—3 M. pro Woche.

Wo die Frauen mit auf Arbeit gehen müssen, werden für zwei Kinder 6—7 M. als Pflegegeld bezogen. Durch schlechtes Saug- und Bettmaterial wird der Verdienst der Weber noch ganz erheblich verschlechtert. In 20 Jahren hat die Firma 14 Direktoren verbraucht. Jeder neue Direktor brachte neue Anstalten, neue Einrichtungen mit. Besser wurde es aber nicht. Am 15. Februar 1909 traten nun, da die Firma weitere Zugeständnisse nicht machte, die Weber und Weberinnen in den Ausstand. Bis auf eine Weberin haben sich alle, auch die Unorganisierten, die Aufseherfrauen und sogar die Mitglieder der katholischen Fraktion dem Streik angeschlossen. Eine Einmütigkeit, wie sie noch nie zu verzeichnen war. Trotz der Hundekälte stehen täglich 144 Personen je eine Stunde Streikposten. Die Geschäftsteile in der Nähe der Fabrik unterstützen die Streikposten mit warmem Kaffee, Gebäck, Wurst, Würstchen, warmem und kaltem Korn, Zigarren usw. Gleich nach

Beginn des Streikes bezog eine Abteilung Polizeibeamte in einer Stärke von 4—5 Mann die leerstehende alte Schule neben der Fabrik. Diese Leute haben aber nichts zu tun. Nur die Fäße frieren ihnen beim Patrouillieren.

Kaum hatte sich das Fabrikator am 15. v. M. hinter den Streikenden geschlossen, wurde den Webern, die eine Fabrikwohnung inne hatten, diese Wohnung gefündigt. Am anderen Tage erschien am Fabrikator folgender Anschlag:

Verantwortung.

Die Weber und Weberinnen, die am 15. d. M. die Arbeit ohne Kündigung verlassen haben, können sich am Donnerstag, den 18. d. M. ihren rückständigen Lohn, die Invalidenarten und ihre Entlassungen holen.

Langenbielau, den 16. Februar 1909.

Unterschrift.

Alle diese Schreckschüsse haben bei der Arbeiterschaft nicht verfangen. Es wurde auch dem Arbeiterauschuss bei der Verhandlung gesagt, daß die Arbeiter Kontraktbruch begangen hätten. Hier liegt jedoch Kontraktbruch nicht vor. Die Arbeiterschaft hatte den neuen Lohnarif einstimmig abgelehnt und die Arbeit nur solange fortgesetzt, wie der alte Lohnarif in Kraft war. Unter dem neuen Tarif hat überhaupt noch kein Arbeitsverhältnis bestanden. Die Firma sucht sich in der Öffentlichkeit rein zu waschen durch folgende Notiz, die sie in die „Schlesische Zeitung“ anfertigt hat:

Werbekausland in Langenbielau. Fast alle Weber der Vereinigten Duntwoberei von W. Neugebauer Söhne und Carl Postpischil sind heute gegen 11 Uhr in den Ausstand getreten, obwohl ihnen auf den neu einzuführenden, ortsbüchlichen Reichsbader Lohnarif eine erhebliche Aufbesserung zugestanden worden war.

Man kriegt es fertig, aus horrenden Lohnabzügen erhebliche Aufbesserungen zu machen. Es ist unerhört, wie auf diese Weise die öffentliche Meinung zu ungunsten der armen darbedenden Arbeiterschaft beeinflusst werden soll.

Der Reichsbader Tarif ist weder in Langenbielau „ortsüblich“ noch ist er in einer Fabrik außerhalb Reichsbads in Kraft. Der Reichsbader Tarif enthält den sehr wichtigen Passus:

„Wo bisher höhere Löhne gezahlt wurden, als der Tarif vorsieht, bleiben dieselben bestehen.“

Wenn die „Vereinigte Duntwoberei“ diesen Zusatz ebenfalls in ihren Tarif aufnehmen würde, könnte eine Verständigung herbeigeführt werden. Inzwischen haben nun sämtliche Hilfsarbeiter, wie Spuler, Scherer, Andreher, sowie das Personal der Färberei und Appretur zum Austritt am 6. März 1909 gekündigt bekommen, wodurch die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten sich auf 600 erhöhen wird. Die Verhandlungen, welche Herr Gewerberat Töpfer-Reichenbach veranlaßt hatte, sind wegen der ablehnenden Haltung der Firma ergebnislos verlaufen. Die Weber wollen ihren alten Lohnarif hochhalten, sie sind hoffnungsfroh und erwarten von auswärts nichts als strengste Solidarität. Das Langenbielauer Gewerkschaftsamt hat bereits 800 M. zu außerordentlichen Unterhaltungsarbeiten flüssig gemacht, und wird außerdem noch eine freiwillige Sammlung vornehmen lassen. Binnen Kurzem wird der Betrieb ganz stillstehen, wenn sich die Firma nicht noch eines Besseren besinnt.

Die Begeisterung, mit der dieser Kampf, der im wahren Sinne des Wortes ein verzweifelter Hungertampf ist, begonnen hat, hat hoffentlich für die Arbeiterschaft den gewünschten Erfolg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bülow's Dank.

Berlin, 1. März. Heute Abend fand beim Reichskanzler ein Mahl zu 60 Gedecken statt, zu dem die Minister v. Bethmann-Hollweg, Freiherr v. Rheinbaben, Delbrück, Weseler, v. Treitschke, v. Arnim, v. Wolffe, Sydow und die drei Präsidenten des Abgeordnetenhauses, der Vorsitzende und die Mitglieder der verstärkten Budgetkommission, die Vorsitzenden aller Fraktionen und Mitglieder aller Parteien dieses Hauses Einladungen erhalten hatten. Während des Mahles erhob sich der Reichskanzler und richtete an die Anwesenden etwa folgende Worte: Meine Herren! Ich habe den lebhaftesten Wunsch gehabt, mit den Herren Reformministern und ihren Mitarbeitern das Präsidium des Abgeordnetenhauses, die Herren Fraktionsvorsitzenden, den Vorsitzenden und die Mitglieder der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bei mir zu begrüßen. Ich wollte Ihnen auch meinerseits in diesem historischen Räume den Dank und die Anerkennung der königlichen Staatsregierung aussprechen für die Arbeit, die sie in den letzten Monaten mit Hingebung geleistet haben. Als die Staatsregierung dem Landtage der Monarchie die Besoldungsordnung und die Vorlagen zur Regelung der Deckungsfrage vorlegte, war sie sich wohl bewußt, daß sie an die Arbeitskraft, den Gemeinfinn und die Sachkenntnis der Parlamente starke Anforderungen stellen mußte. Sie haben das Vertrauen der Staatsregierung und des Landes gerechtfertigt. Dafür gebührt Ihnen aufrichtiger Dank. Dieser Dank gebührt in erster Linie der verstärkten Budgetkommission, die mit ihrem bewährten Vorsitzenden, Freiherrn v. Erffa, trefflich geleistet hat. Der Dank gebührt auch dem Hause, das einmütig die großen Gesichtspunkte vorangestellt und das Trennende zurückgestellt hat. Dadurch ist ein schönes Beispiel gegeben, von dem ich hoffe, daß es zum Wohle des Vaterlandes in allen großen Fragen Nachahmung finden möge. Ich begrüße Sie herzlich und leere mein Glas auf das Wohl der Herren Präsidenten, der Herren Fraktionsvorsitzenden und der Herren Mitglieder der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Wahl eines Sozialisten.

Paris, 1. März. (R. L. B.) Im Departement Finistère wurde anstelle des verstorbenen republikanischen Deputierten de Kerjegu der sozialistische radikale Rouder gewählt.

Unterschlagungen bei der Eisenbahn.

Ludwigshafen, 1. März. (W. S.) Geleier wurden durch die richtige Igl. Eisenbahndirektions-Hauptkasse, Ludwigshafen, große Unterschlagungen und Bächerfälschungen zum Nachteil der früheren Pfälzischen Eisenbahnen entdeckt. Die unterschlagene Summe beläuft sich auf etwa 85 000 M. Einer von den an den Unterschlagungen beteiligten Beamten namens Sebastian hat sich heute freiwillig vergist. Er war 86 Jahre bei der Eisenbahndirektion bedienstet.

Der Triester Eizug unter einer Schneelawine.

Graz i. Steiermark, 1. März. (W. S.) Gestern wurde der Triester Eizug bei Maria Elend in Kärnten von einer Lawine verschüttet und konnte erst nach sechs Stunden ausgehauert werden. Zwischen Rosenbach und Gaal ist der Verkehr unterbrochen.

Der Schnee.

Halberstadt, 1. März. (W. S.) Im ganzen Harz herrscht harter Schneefall, der Schnee hatte teilweise eine Höhe von einem Meter erreicht.

Reichstag.

216. Sitzung vom Montag, den 1. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dernburg.

Die Beratung des Etats der Schutzgebiete (mit Ausnahme von Kiautschou) und des Reichskolonialamtes wird fortgesetzt.

Abg. Werner (Antif.): Wir freuen uns, daß der Staatssekretär nicht am grünen Tisch geblieben, sondern selbst nach Afrika gegangen ist, um die Verhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen; Potentilische Dörfer wird er sich dort nicht haben zeigen lassen. Eine vernünftige Kolonialpolitik wird zunächst den Kolonien, dann auch dem Mutterlande zugute kommen. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Abg. Wlasch (freif. Sp.): Der schon in der Budgetkommission erwähnte Fall des Distriktschefs Rabe gibt mir Veranlassung, die Frage aufzuwerfen, inwieweit denn überhaupt die mit der überaus wichtigen Rechtspflege in den Kolonien beauftragten Beamten wirklich richterliche Funktionen ausüben. Diese Rechtspflege wird nicht von einem einzigen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende etatsmäßig angestellten Richter ausgeübt, sondern von Hilfsrichtern, die nur widerwillig angestellt sind und jederzeit abberufen werden können! Herr Rabe hat durch alle Instanzen bis zum Reichsanzler hinauf keine Aufklärung darüber erhalten können, ob das Verfahren gegen ihn überhaupt ordnungsmäßig oder unter Außerachtlassung des gesetzlichen Weges eingeleitet sei; man verschänzte sich dahinter, daß man in ein säuberndes Verfahren nicht eingreifen könne, und umging so die Verantwortung der eigentlichen Frage. Nun stellte die „Frankfurter Zeitung“ die Rechtslage in einem ausgezeichneten juristischen Artikel dar. Darauf hat der Staatssekretär in der Budgetkommission erklärt, der Reichsanzler sei ermächtigt, seine Befugnis zur Anstellung richterlicher Beamten auf ihn zu delegieren, und er habe sie weiter delegieren können! Zunächst seien die amtlichen Akte der Beamten, welche mit der richterlichen Tätigkeit beauftragt seien, zu respektieren. Das ist gerade so, wie wenn man Amtshandlungen des Hauptmanns von Mopenid so lange zu respektieren hätte, bis rechtskräftig festgestellt wäre, daß er ein Recht zum Tragen der Uniform nicht hatte. (Heiterkeit.) Sind die Richter nicht ordnungsmäßig angestellt, so darf keine Rechtsbehörde ihm Akte, zumal auf dem schwebenden Gebiete der Strafjustiz respektieren. Mit einer geordneten Rechtspflege hat ein solches Verfahren nichts zu tun. Die erste Voraussetzung einer solchen ist, daß die richterlichen Beamten ordnungsmäßig berufen werden. Ich bitte den Staatssekretär, diese Frage noch einmal zu prüfen und dafür zu sorgen, daß das ganze richterliche Verfahren in den Kolonien einwandfrei eingerichtet wird. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Gans Eder zu Putz (L.): Wir sind dem Staatssekretär dankbar, wenn er in den Kolonien auf Ausdehnung der Gegenseitigkeit wirkt. Es geht aber nicht, die 25 Aufstände unter dem früheren Gouvernemen auf das Konto des früheren Systems zu setzen. Bei aller Anerkennung der jetzigen Fortschritte dürfen wir doch nicht ungerecht gegen die koloniale Vergangenheit sein. (Beifall rechts.)

Abg. Koste (Soz.):

Wie auf so vielen anderen Gebieten wird auch auf dem kolonialpolitischen die Wichtigkeit der von der Sozialdemokratie vertretenen Ansichten erwiesen. Auch in die Kolonialpolitik wird der Sozialismus eindringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Anzeichen für diesen Umschwung sind schon vorhanden. Es ist unfraglich, daß das neue System von der von unserer Seite geleiteten Kritik Gebrauch gemacht hat. Selbstredend ist von einem radikalen Wechsel keine Rede, aber es sind Symptome der Besserung vorhanden, die auch wir gern begrüßen, wenn es auch noch keineswegs an bösen Schottenfeinden fehlt.

Begleitend ist das Schwindeln der hurratriotischen Kolonialbegeisterung, mit der man vor zwei Jahren in den Wahlkampf zog. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der einzige Optimist in der diesjährigen Debatte war der Kollege Arning. Der Optimismus

des Staatssekretärs hat gerade von kolonialpolitischer Seite die schärfste Kritik erfahren. Wenn er im übrigen das Kapital zu ermuntern sucht, in die Kolonien zu gehen, so soll uns das gleich sein; besser ist es, die Kapitalisten werden ihr Geld daran, als daß die deutschen Steuerzahler herangezogen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alle Sanierungsversuche des Staatssekretärs sind durchaus nicht von Erfolg begleitet gewesen: ich erinnere an die bedenkliche Forderung für Kaugummi. Eine finanzielle Besserung ist zu konstatieren, man darf sie aber nicht überschätzen. Vergesse man nicht, daß z. B. zu dem Reichszuschuß für die unter der Verwaltung des Staatssekretärs stehenden Kolonien der Akquisitionszuschuß für das unter der Marineverwaltung stehende Kiautschou tritt.

Verfleinerungen

spielen auch sonst mit; z. B. befinden sich, wie ich heute erst in der Budgetkommission erfuhr, Ausgaben für die Kolonien im Postetat! (Beifälliger Jubel des Abg. Erzberger.) Wir haben alles in allem einen Fehlbetrag für die Kolonien von 80 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Lange Jahrzehnte noch werden wir daran zu traben haben. (Sehr wahr!) Die Ausgaben für die Kolonialinvaliden erreichen in diesem Etatsjahre schon bald fünf Millionen (Hört! hört!) und haben wieder eine Steigerung um 700 000 Mark erfahren! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst in diesem Jahre sind 541 Invaliden aus Südwestafrika zurückgeführt. Wir verwerten natürlich alle Versuche etwaiger Rentenversicherung; da jedoch die meisten Invaliden noch junge Leute sind, so steht bei dem langen Leben, das wir ihnen wünschen, auf 30—40 Jahre Rentenzahlung an diese Invaliden in Aussicht.

Von verschiedenen Seiten hat man uns — besonders seitens des Abg. Latmann — zu provozieren gesucht, indem man uns Wandel in der Kolonialpolitik vorwirft. Ich gebe zu, daß Kamerun und andere Gebiete nicht wertlos sind; es mag auch sein, daß die riesigen auf Südwestafrika verwandten Ausgaben schließlich eine gewisse Steigerung der Kulturfähigkeit bedeuten. Aber noch heute ist es einfach unmöglich, die Frage: Haben die deutschen Kolonien irgendwelchen Wert für die Nationen von uns vertretenen Arbeiter? im bejahenden Sinne zu beantworten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von dem „neuen Deutschland“, das in den Kolonien, speziell in Ost- und Südwestafrika erträumt wurde, ist es jetzt mühenlos geworden. (Sehr richtig!) Was bleibt, wenn man die Beamten und Offiziere abrechnet, an deutscher Bevölkerung in dem Südwestafrika, in welchem man erst durch Zuzug von Tausenden von Hereros und Hottentotten Platz gemacht hat? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die größten Optimisten, wie Dr. Arning, sprechen nur noch von einer Einwandererziffer, die einfach bedeutungslos sein würde; denn was bedeutet eine koloniale Einwandererziffer von 1/10 Million — selbst wenn sie erreicht wird — bei der 80 Millionenbevölkerung Deutschlands? Es ist doch bezeichnend, daß von kleinen Leuten, die in den Kolonien in die Höhe gekommen sind, noch keine Rede gewesen ist. (Sehr wahr!) Man zeige uns die 6000 W.-Männer, die es zu etwas gebracht haben? Der Staatssekretär selbst bezeichnet ja jetzt 50—55 000 W. als das Minimalanalogat. Ich wiederhole übrigens, daß es uns gleich ist, ob deutsche Kapitalisten ihr Geld an die Kolonien wenden wollen oder nicht. Man schweige uns aber vom Interesse der Arbeiter an den Kolonien. (Sehr wahr!)

Von verschiedener Seite, darunter auch vom Kollegen Erzberger, ist mein Parteifreund Eichhorn wegen seiner Ausführungen über die vierberufenen Diamanten angegriffen worden. Die Angriffe beruhen aber auf einem Mißverständnis. In keiner Weise hat Eichhorn sich über die gefundenen Diamanten „geäußert“. Ganz im Gegenteil! Nichts wäre uns angenehmer als wenn recht viel Gold und Diamanten in den Kolonien gefunden würden. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Damit wäre der Reichschatz und somit auch den deutschen Steuerzahlern, die zum großen Teil von uns vertretenen Industriearbeiter sind, sehr gedient. (Heiterkeit und erneutes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir „ärgern“ uns also keineswegs über die „gefundenen“ Diamanten; wir haben nur gewisse bescheidenen Zweifel darüber, ob sie wirklich gefunden sind, Ausdruck verleihen wollen. (Sehr wahr! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Arning hat am Sonnabend auf

die „Entwicklung unseres Handels in den Kolonien“ hingewiesen, der von fast 47 Millionen Mark im Jahre 1898 auf 130 Millionen im Jahre 1907 gestiegen sei. Unsere Gesamthandelsziffer im Jahre 1898 war aber 8 900 000 000 W. und im Jahre 1907 15 600 000 000 W. Was will die Steigerung des Kolonialhandels in 10 Jahren um 83 Millionen gegenüber dieser riesigen Steigerung des Gesamthandels um 6700 Millionen bedeuten? Auch bei dem entragertesten Kolonialpolitiker kann gar kein Zweifel bestehen, daß die Wüste des deutschen Handels und der Industrie auch in Zukunft nicht von der Zufuhr aus den Kolonien abhängen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Exportindustrie besteht in immer mehr sich verfeinernden Industrieprodukten. Die wachsenden Ansprüche der Arbeiter kann sie nur befriedigen, wenn sie sich von der billigen Grundproduktion abwendet.

Interessant war mir, daß Dr. Arning darauf hinwies, daß die schwarzen Schönen sich mit billigen indischen Stoffen bekleideten. Ich halte es nicht wie er für einen Fehler, daß solche billigen Waren nicht aus Deutschland bezogen werden. Die Textilarbeiter meines Wahlkreises würden sich schon bedanken, solche billigen Grundprodukte herzustellen. Sie müssen qualifiziertere Ware herstellen, um gute Löhne zu erhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man legt Gewicht darauf, daß die Kolonien in steigendem Maße Rohstoffe ausführen. Auch wir verlieren nicht, daß die Arbeiterklasse daran interessiert ist, daß kein Mangel an Baumwolle, Kautschuk und anderen Rohstoffen eintritt. Aber es ist eine alte Beobachtung, daß mit dem wachsenden Bedarf der Anbau dieser Rohstoffe in allen Ländern der Welt zunimmt. Herr Arning suchte uns grandlich zu machen, daß für Deutschland die Zufuhr an Baumwolle abgeknitten werden könnte. Natürlich würde das die Textilarbeiter und auch alle anderen Arbeiter sehr schwer treffen. Das ist aber nur ein Scharfgepenk, denn überall in der Welt nimmt die Baumwollproduktion zu und auch der Baumwollverbrauch, wie ja Herr Arning selbst anführte, daß nur noch die Regier Baumwolle verbrauchen. Freilich wollen sich Herr Arning und seine Freunde nicht damit begnügen, den Regier zu Kulturbedürfnissen zu erziehen, sondern daneben wünschen sie noch angebehrte Plantagen. Für einige riesige Spinnereien wäre ein Anbau von Baumwolle in Ostafrika gewiß vorteilhaft, sie könnten dann leichter ihre kleineren Konkurrenten überbieten, was sie dann nicht abhalten wird, bei den Wahlen Flugblätter zu verbreiten, in denen gejamert wird, die Sozialdemokraten vernichten den Mittelstand. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn übrigens in den Kolonien im stärkeren Maße Baumwolle gebaut wird, so hat Deutschland davon noch gar keinen Vorteil; denn der Kolonialkapitalist wird sich den Teufel darum kümmern, ob gerade die deutsche Industrie seine Baumwolle kauft. Er verkauft sie genau wie es der deutsche Kapitalist mit seinen Produkten auch tut, an jedermann, vor allem an den, der ihm das meiste Geld dafür gibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten bekennen uns als Gegner jeder Ausbeutung, und in den Kolonien haben wir weit mehr Anlaß, der Ausbeutung entgegenzutreten, als etwa in den Zeitungen zum Ausdruck kommt. Der Staatssekretär bezeichnete am Freitag die noch vor zwei Jahren getriebene Kolonialpolitik als eine Politik der Ausbeutung, des Zwanges, der Unterdrückung, der Vernichtung. Das ist sie aber auch heute noch, daran hat sich gar nichts geändert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär versicherte, er wolle eine

Politik der „Zivilisation“

treiben. Wir würden nicht ansehen, ihn darin zu unterstützen. Heute aber kann in den Kolonien noch gar keine Rede davon sein. Daß der Staatssekretär sich dagegen sträubt, den Sklaventreiber für die Plantagenbesitzer abzugeben, erfüllt uns mit Genugtuung. Herr Arning hat am Sonnabend zwar bestritten, daß die Plantagenbesitzer eine zwangsweise Zuführung von Arbeitern wünschen. Im amtlichen Bericht wird aber ausdrücklich mitgeteilt, daß jeder Erwachsene 24 Tage bei den Europäern zu arbeiten hat, widrigenfalls er zu öffentlichen Arbeiten herangezogen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es, daß viele der Eingeborenen sich dieser Arbeit entziehen suchen und daß sie deshalb mit Kettenstrafen belegt sind.

Das rafft sich aus des Lebens Schüssel Und nimmt sich, ohne lang zu schauen, Und will nicht erst ästhetisch launen Und trägt die Seligkeit im Nüssel.

Und was auch andre sagen mögen — So einfach ist ihr ganzes Wesen! Sie wünschen ohne Federleien Allein zu sein an vollen Trögen.

Nichts von Ideen, Interessen! Nichts in das Allgemeine schweifen, Nichts Unbegreifliches begreifen, Rein weiter nichts, als einfach fressen.

Und steht das Futter bis zum Rande, Beginn's wohl einem aufzustehen, So nebenbei ein Wort vom großen, Von unserm teuren Vaterlande. (Peter Schlemihl im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Die Marbes-Ausstellung wurde am Sonntag in der Sezession eröffnet. Der bereits vor 20 Jahren in Rom gestorbene Künstler, der seit der Berliner Jahrhundert-Ausstellung größere Bedeutung fand, ist hier fast mit seinem ganzen Werke vertreten. Man kann sich Wesen und Streben von den ersten Schritten an bis zu dem letzten nicht zum Abschluß geführten Ringen um einen eigenen, monumentalen Ausdruck verfolgen. Eine eindringlichere Betrachtung wird schlußfassend haben, was Marbes gemollt und was er nicht erreicht hat, und ob seine Anregungen uns in die Zukunft zu einer großen festlichen Kunst hinzuzuführen vermögen, wie der Bestreber Prof. Wölflin und auch anderer meinen.

— Im Kunstgewerbe-Museum gelangt vom 2. März ab eine Sammlung japanischer Klein Kunst zur Ausstellung. Sie ist ein Teil der großen Kollektion, die Konrad Mosié während eines langen Aufenthalts in Japan zusammengebracht hat. Die besonders an Schwebeluhnen, Farbarbeiten und Holzschmitten reiche Ausstellung gibt eine gute Vorstellung von der Höhe des japanischen Kunstgewerbes.

— Hauptmann-Pause. G. Hauptmanns neues Drama „Griseida“ wird am Sonnabend im Lessing-Theater die erste Aufführung erleben. Die Billetpreise sind erhöht, so daß ein Parkettplatz 10 M. kostet. Eine Hauptmann-Premiere scheint danach mehr als gesellschaftliches denn als literarisches Ereignis eingeschätzt zu werden, wie die großen Abende in der Königl. Oper, die Vorkündigung und Weihe von Ausstellungen u. dergl.

— Richard Strauß scheint an dem hysterisch-verderben Solome und Eleotrofil mit seinen Nachschüssen vorläufig genug zu haben (sonst würden wahrscheinlich auch die Bühnen genug davon haben). Er brachfältig nach einem Text von Hoffmannsthal eine dreitägige, fomiische Oper, die in Wien spielen soll, zu komponieren.

Kleines feuilleton.

Lola Montez über ihren König. Im Pariser „Temps“ wird ein bisher unbekannt gebliebener Brief veröffentlicht, den Lola Montez im ersten Jahre ihres Münchener Aufenthalts an einen Pariser Freund geschrieben hat. Das Schreiben ist an Pierangelo Fiorentino, einen Pariser Theaterkritiker, gerichtet, der als Mitarbeiter Dumas' beim Grafen von Monte Cristo bekannt ist. Es trägt das Datum München, 5. Dezember 1846; nach einigen Komplimenten für den Theaterkritiker verlangt Lola Nachrichten von Paris und fährt fort: „Sie haben gewiß von meinem glücklichen Schicksal gehört. Was jetzt eingetroffen ist, habe ich stets geträumt. Als „Härende Dame“, lieber Fiorentino, habe ich Paris im Juni verlassen und heute stehe ich davor, den Titel Gräfin zu empfangen. Ich habe ein schönes Vestium, Pferde, Diener, kurz alles, was eine Maitressen an Titro eines Königs verlangen kann. Die vornehmen Damen verfolgen mich mit Günstbezeugungen, ich gehe überall hin, ganz München antichambriert bei mir, Minister, Generäle, vornehme Damen, und ich erkenne mich als Lola Montez kaum wieder. Der König liebt mich leidenschaftlich; er hat mir eine lebenslängliche Rente von 50 000 Fr. ausgezahlt und schon mehr als 200 000 Fr. für mein Vestium ausgegeben, usw. usw. Ich mache hier alles. Der König bezehrt mich öffentlich seine große Liebe. Er geht mit mir spazieren, er geht mit mir aus. Jede Woche habe ich große Soiree mit Ministern usw. usw., zu der er kommt und mich mit Günstbezeugungen überhäuft. Ich weiß, lieber Fiorentino, daß Sie mir immer wohlgefühlt waren, und daß diese Nachricht Sie erfreut. Deshalb schreibe ich Ihnen, denn wenn auch von allem Ruhm und allen Ehren unartig und von den ehrgeizigsten Hoffnungen erfüllt, träume und denke ich doch oft an Paris. Liebes Paris! Das wahre Glück liegt wirklich nicht in der Größe. Es gibt da große Heider, vielviel Irrigen. Man ist gezwungen, immer die große Dame zu sein, jedem gegenüber die Worte abzumägen. Ach, mein fröhliches Leben in Paris! Aber mein Entschluß ist gefaßt. Ich werde diese Sphäre nicht verlassen, wo ich wie durch ein Wunder erhöht worden bin. Der König fährt für mich eine wahre leidenschaftliche Liebe. Er hat vorher niemals Geliebte besessen. Aber mein Charakter hat ihn gefallen. Er ist ein Mensch von außerordentlichem Talent. Ein wahres Genie und einer der elegantesten Dichter, die es jetzt in Europa gibt. Keine kleinste Kaprice ist ihm Pflicht, und ganz München ist konfiteriert. Man weiß nicht mehr, was man sagen soll. Er liebt mich so sehr, daß alle Leute, die mir gefallen, sofort in Günst leben.“

Wenn auch manche Einzelheiten und Urteile nicht stimmen mögen (so waren z. B. Ludwigs Dichterleistungen unfreiwillig falsch), so bildet dieser Brief doch einen interessanten Beitrag zur Psychologie von Fürstengunst und Mätressenwirtschaft.

Ueber das radiologische Institut in Heidelberg macht der künftige Direktor Lenard in der „Deutschen Revue“ eingehende Mitteilungen. Das Institut, das bereits Ostern 1909 eröffnet werden wird, ist das erste dieser Art, das wirklich ins Leben tritt, während in Wien und London solche „Radiuminstitute“ erst geplant sind. Für Berlin ist eine solche Anstalt ebenfalls wenigstens ins Auge gefaßt. Das Institut wird zunächst in probatorischer Weise, jedoch bereits mit circa 300 Quadratmetern Bodenfläche, im Friedrichsbau der Universität eröffnet, also in demselben Gebäude wie das Physikalische Institut, damit Austausch und Ergänzung der Hilfsmittel und Zu-

sammenwirken des gesamten Personals zu günstiger Ausnutzung aller vorhandenen Mittel ermöglicht werden. In einer technischen Abteilung wird besonders die praktische Verwendung der Radiologie am Krankenbette erforscht werden, wozu die Professoren der medizinischen Fakultät Egerm und Krehl ihre Mitwirkung zugesagt haben. Dank einer Stiftung sind genügend Geldmittel vorhanden, um das Institut mit den besten Apparaten auszustatten, die gegenwärtig die Wissenschaft angeben und die Technik auszuführen imstande ist. Die in Kreuznach aus den Quecksilbermenten hergestellten Radiumpräparate werden für die klinischen Studien dem Institut zur Verfügung gestellt werden.

Theater.

Lustspielhaus: „Im Klubfessel“, Lustspiel von Karl Böhler und Ludwig Heller. Zwei Exemplare jener Menschensart, die nicht lächeln noch erntet, aber dafür vom lieben Herrgott, der die Säer und Sämitter nur die länglichste Notdurft finden läßt, aufs opulenteste versorgt wird, sind die mit zahn gebührender aber stellenweise ganz anständigem Humor gezeichneten Helden des Lustspiels: die beiden Grafen Letz-Kannath, Vater und Sohn. Im Vertrauen darauf, daß sich die Welt für Leute ihres Schlages auch schließlich als die beste aller möglichen erweisen werde, nehmen sie die Verstärkung ihres Stammsitzes durch die ungeduldigen Gläubiger in heiterer Gelassenheit auf. Eine kleine Enttäuschung, die das Glück schon wieder reparieren wird. Eine schwerhörige alte Lante, die die schwarzgekleideten Kautschuker für aristokratischen Versuch hält, macht ihnen mehr zu schaffen als die Frage, was nun werden soll. Im Notfall heiratet man eben reich. Eine junge hübsche Millionärin ist Jungferverständnis gleich zur Stelle. Nur wer das Opfer seiner Jungferlichkeit bringen soll, Vater oder Sohn, verurteilt Kopfzerbrechen, da das Fräulein unparteiisch mit gleicher Leidenschaft für beide, die ausgewandene und die werdende Glage, schwärmt. Die in England puritanisch erzogene Tochter des Grafen, die plötzlich mit dem Programm angeteilt kommt, den Herrn Papa zu einem ordentlichen Mitglied der Gesellschaft umzuwandeln, entdekt nach einigem Hin und Her gleichfalls ihr Kannath-Hera. Die väterliche Logik, daß, wenn es einmal Richter, Gerber, Tapezierer usw. gibt, die die Klubfessel herstellen, es doch auch Leute geben muß, die sich darauf bequem machen, und daß die Kannath jaß hierfür vom Schicksal auserwählt sind, leuchtet ihr unwillkürlich ein. Außer durch die Heirat — der Alte geht als unheimlicher Sieger aus der Wahl hervor — ist durch ein paar Millionen, die die Tochter aus England mitbringt, Vorkehrung getroffen, daß Vater und Sohn jene tiefgründige Lebensweisheit noch weiter werden praktizieren können.

Das Stück fand freundliche Aufnahme. Die Herren Schönfeld und Schindler wollten das edle Paar mit einer Liebenswürdigkeit, der man die Unwiderstlichkeit beim Kampf um Damenherzen gern glaubte. Sehr amüsig war Fräulein Cerigioli im letzten Akt als Tochter. Impektion interessiert als Vorfühler und Naturarzt durch eine deolig-charakteristische Maske.

Humor und Satire.

Die Agrarier.

Schimpft sie mir nicht! Ich mag sie leiden. Die sind so gar nicht angefeindet, Sie sind robust und fettergefeindet, In jeder Hinsicht zu beneiden.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Möge eine der nächsten zivilisatorischen Maßregeln des Staatssekretärs darin bestehen, diesen Arbeitswahn zum Verschwinden zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das der Staatssekretär den Gouverneur v. Rechenberg gegen die Angriffe, die gegen seine Politik der Menschlichkeit und Souveränität gerichtet wurden, gedankt hat, billigen wir, aber die Siedelungspolitik besteht lediglich in der Verdrängung der Eingeborenen. Die Ansiedler wollen sich doch nicht auf schlechtem Lande niederlassen, sondern auf dem besten, und gerade dieses bemühen die Eingeborenen oder werden es doch bald brauchen. Ich würde es geradezu für ein Unglück halten, wenn Herr Arendt mit seiner Prophezeiung Recht behielte, daß in zehn Jahren in Deutschsüdafrika 100 000 Weiße leben werden. Es leben dort 10 Millionen Neger, ein solches Land muß eben ein Negerland bleiben; selbst wenn man die Meinung dazu hätte, wäre eine so massenhafte Abschichtung der Neger doch nicht möglich. Ostafrika wird also nur als ein Negerbauernland eine Zukunft haben, nicht als ein Land deutscher Plantagen.

Man hat hier von der Gefahr von Aufständen gesprochen. Unseres Erachtens muß die Regierung jede Reibungsmöglichkeit verhindern, und der freie Neger, der als Bauer auf seiner Scholle sitzt, wird gewiß friedlich sein. (Zustimmung v. d. Sozialdem.) Herr Schwartze hat auch auf

die drohende äthiopische Gefahr

hingewiesen und gemeint, daß Afrika schließlich den Negern gehören wird. Dann wäre doch die logische Folge, daß wir die Finger davon lassen, damit wir sie uns in Zukunft nicht verbrennen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir aber das nicht tun wollen, so müßte man sich doch zum mindesten klar machen, daß Millionen heillosen Neger ein weit stärkeres Moment zur Vergrößerung der äthiopischen Gefahr sind, als Millionen freier besitzender Neger. (Lebhafte Zustimmung.) Auch der frühere Gouverneur der Schutztruppe in Kamerun, General Müller, ist vor kurzem in einem Vortrage in Berlin energisch für die Freiheit der Neger eingetreten. Daß die Neger kulturfähig sind, zeigen uns die amtlichen Berichte sehr deutlich. So wird aus Kamerun berichtet, daß die Eingeborenen dort große Farmen anlegen. Wozu braucht man sie also von ihrer Scholle zu vertreiben, auf der sie selbst die Stoffe erzielen, deren die Industrie bedarf? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Erberger wünschte eine stärkere Unterdrückung der Missionare. Meines Erachtens paßt für den Kulturzustand der Neger das Christentum nicht. Im übrigen muß aber Religion Privatangelegenheit sein. Herr Erberger weist auf die Unterstützung des Christentums gerade auch im Hinblick auf die äthiopische Gefahr hin. Nun, die Hereros waren Christen. Bei solchen Zusammenstößen wie dem Hererosausstand kommt es nicht auf die Religion an, sondern hier steht die Rasse gegen die Rasse, hier steht der christliche Neger mit dem mohammedanischen zusammen gegen den jüdischen Eingeborenen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielfach ist die Unterstützung von Missionen sogar als die Hauptaufgabe unserer Kolonialpolitik hingestellt. Da ist es interessant, daß nach den Berichten die Fortschritte der Missionen doch nur sehr gering sind. Auch gereicht es der Missionstätigkeit nicht zu besonderem Ruhme, wenn, wie z. B. aus Logo berichtet wird, in einem Dörfchen von ein paar hundert Einwohnern die verschiedenen Konfessionen sich Konkurrenz machen.

In Südwestafrika sollte die Verwaltung es sich angelegen sein lassen, das schwere Unrecht, das der einheimischen Bevölkerung angetan ist, wieder gut zu machen. Nach der Verurteilung der rassistischen Ausrottungspolitik durch den Staatssekretär kann man ja wohl für die Hereros sprechen, ohne fürchten zu müssen, wie schwer heruntersinken zu werden. Wir Sozialdemokraten haben auch früher recht gehabt: ich wünschte, der Staatssekretär würde über die Bedingungen wiederholen, unter denen die Waffenniederlegung von Simon Noyper vor sich gegangen ist. Er ist eigentlich diese glänzende Rechtfertigung unserer Haltung und der des Zentrums im Dezember 1906 dem Zentrum und uns schuldig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch nach dem Friedensschluß wäre es richtig gewesen, so zu verfahren, wie wir vorge schlagen haben. 1907 ist hier eine sozialdemokratische Bewegung entstanden, wonach der Reichstanzler Anordnungen treffen sollte, daß den Eingeborenen so viel Land zurückgegeben würde, daß sie ihren Lebensunterhalt daraus gewinnen können. Der Reichstanzler hat ja Millionen und Abermillionen für die Ansiedler ausgeben, halte ja für die Eingeborenen nicht viel übrig. Aber die Verwaltung müßte doch bemüht sein, die zusammengehörige Bevölkerung wieder aufzurichten, und der Staatssekretär hat ja in seinem Vortrag selbst davon gesprochen, daß hierfür keine Mittel gespart werden dürfen. Aber ganze 50 000 Mk. sind zur Hebung der Eingeborenen in den Etat eingereicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist erklärlich, denn vor allem sollen die Ansiedler nicht geschädigt werden. Um eine Reihe von Ansiedlern, die sich mit genügenden Mitteln angesiedelt haben, vor dem Bankrott zu bewahren, werden die Eingeborenen gezwungen, unter den unmenslichsten Verhältnissen zu arbeiten. Dabei besteht die Gefahr, daß die Hereros zugrunde gehen, wird doch auch berichtet, daß die Frauen der Hereros nicht mehr gebären wollen, weil sie keine Sklaven zur Welt bringen wollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den Missionsberichten wird zum Teil Grauenhaftes über

die Lage der Eingeborenen

berichtet. So berichtet die römische Mission, daß auch die Kinder in der schamlosesten Weise ausgebeutet und der Schule völlig entzogen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die „Windhuker Nachrichten“ verlangen, die Distriktsbehörde solle ihren Einfluß geltend machen, daß die Eingeborenen ihr Land verlassen und dann bei den Weißen arbeiten; sie mögen für Vermehrung der Arbeiterbevölkerung sorgen, anstatt selbständig zu bleiben, sagt der Artikelschreiber. Ist ein brutalerer Egoismus möglich? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Insofern ist ja eine Wendung eingetreten, als man nicht mehr wagt, die brutale Ausbeutungspolitik ganz offen zu predigen. Alle Redner haben hier gesagt, sie wollen dem Neger helfen. Das ist eine sehr lobenswerte Theorie. In der Praxis sieht es aber ganz anders aus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Liebert sagte, daß keine Kolonialstände mehr vorhanden sind, und auch Herr Berner freute sich darüber. Ach, meine Herren, der Tag würde nicht ausreichen, um alle Kolonialstände der letzten Tage zu besprechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus Kamerun wird berichtet — ich halte mich hier immer an amtliches Material — daß die Händler förmliche

Raubzüge

organisieren, um den Negern ihr Eigentum zu nehmen. Der Staatssekretär sprach von einer Herozeit. Wenn sie in Räuberzügen der Händler und Karawanen besteht, danken wir dafür. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Heißt vor dem Leben der Neger ist bei unserer Verwaltung noch sehr gering. Wenn der Gouverneur in Kamerun so lange auf seinem Posten bleibt wie Herr v. Liebert, so werden wir nicht 25, sondern 50 Aufstände dort haben. Daß bei der Unterdrückung derselben bei den sogenannten Strafexpeditionen solche Verwüstungen vorkommen, wie wir sie in den letzten Wochen gehört haben, begreife ich, nachdem ich das Buch des Hauptmanns Dominik kennen gelernt habe, eines wirklichen Kenners von Kamerun. Er schildert, wie seine Träger, die sich während des Gefechts, während die Eingeborenen mit Maschinengewehren niedergeknast wurden, feige versteckt hielten, nach dem Geißel pfländen wollten. Der deutsche Kulturträger hinderte sie daran nicht, sondern er schildert, wie er sein Lager sicherte und sagt dann wörtlich: „So konnte ich Radmittag einen Teil der Neger töten.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er schildert dann weiter, wie köstlich er sich amüsiert hat, als die mit Beute beladenen Neger sich im Lager herumtrieben, wie er mit seinem Kameraden, dem Leutnant v. Alkom, dabei das schöne Lied sang:

Herr Gott, wie ist das Leben nett! Weiter schildert er, wie sie sich bei dem Weitermarsch trennten mit dem Gruß:

Waidmannsheil!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß deutsche Soldaten mit diesem Ruf auseinandergehen, um nicht Tiere, sondern Menschen zur Strecke zu bringen, ist so schändlich, daß es gar nicht auszudenken ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Von der Selbstverwaltung hat man hier sehr viel gesprochen. In der Hüttensteuer hat man den Negern große Beiträge abgenommen, die die Beamten im Interesse der Eingeborenen verwenden sollten. Aber in der letzterfüllten Weise ist das Geld im Interesse der Ansiedler und Beamten verwendet. In Zukunft sollen sie nicht mehr 50, sondern nur noch 25 Proz. der Hüttensteuer bekommen. Aber kein Pfennig dürfte von diesen Erträgen ihnen gegeben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man schon zu einer Selbstverwaltung übergehen will, sollte man den Negern das Recht geben, mit zu bestimmen über die Verwendung des von ihnen eingebrachten Geldes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Neger ist dazu sehr wohl imstande. Ich sage ja nicht, daß man ihnen gleich das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht geben soll. (Weiterkeit.) Aber mitbestimmen und mitbestimmen muß er bei seinen vitalen Angelegenheiten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen wird er mit höheren Lasten belastet als der Weiße. Der Neger muß arbeiten, und der Weiße hat das Recht, die Ämter in der Gemeinde zu besetzen. Für diese Art, Zivilisation zu verbreiten, danken wir. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, den Neger nicht schlechter zu stellen, als er im englischen Gebiet steht. Die Engländer haben ihm das Wahlrecht gegeben, nicht etwa aus Humanität — das traue ich den Engländern nicht im geringsten zu —, aber sie tun es in ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse. Auch in der Justizverwaltung ist eine durchgreifende Reform nötig. Die Verfügungen des Staatssekretärs über die Zunahme der Strafen müssen geradezu ein Gefühl der Verschämung erwecken. Auch in der Justizpflege gilt das Leben des Schwarzen nicht viel. Ein Weißer, der drei Schwärze getötet hatte, erhielt im ganzen 2 1/2 Jahre Gefängnis, ein Schwarzer dagegen, der einen Weißen tötete, wurde zum Tode verurteilt und erhielt gleich noch vier Kameraden dazu.

Die Prügelstrafen

zeigen, daß immer von 20 erwachsenen Männern einer geprügelt wird! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da wundere ich mich nur, daß nicht schon längst wieder ein Aufstand ausgebrochen ist. Mit diesem Prügel in der Rechtsprechung müßte ein Ende gemacht werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind noch weit davon entfernt, daß die deutsche Kolonialpolitik als eine lediglich zivilisatorische angesehen werden kann. Wir werden auch in Zukunft darauf hinarbeiten, daß unsere Forderungen durchgeführt werden, namentlich daß die Eingeborenen auch als Menschen behandelt werden. Unsere grundsätzliche Stellung zur Kolonialpolitik kann durch unsere Erfahrungen nicht erschüttert werden. Ausbeutung, Unterdrückung und Ausrottung sind die Folge dieser Politik für die Eingeborenen. Die bisher lehnen wir auch in Zukunft die Verantwortung für eine solche Kolonialpolitik ab. (Lebhafte Weisung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dernburg:

Der Vorredner hat eine Reihe Mißstände aus den Kolonien zur Sprache gebracht. Selbstredend gibt es in den Kolonien noch viel zu verbessern. Im Mutterlande ist es aber auch nicht anders; zu diesem Zweck ist ja das Parlament 6—7 Monate im Jahre versammelt. (Weiterkeit.) Der Herr Vorredner hat aber alles durch die ihm durch seine Vorstellung aufgenötigte schwarze Brille gesehen. (Zust. v. Bloch.) Herr Roske hat aber vergessen, daß, wenn man etwas beweisen will, man sich vor Uebertreibungen hüten soll. (Zustimmung des Abg. Ledebour.) Ja, Herr Ledebour, das gilt für mich, das gilt für Sie, das gilt aber auch für den Abg. Roske. (Weiterkeit.) Ganz besonders hat Herr Roske bei der Schilderung der kolonialen Rechtspflege übertrieben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) In dem einen Falle exzessiver Grausamkeit handelt es sich um Geistesgestörtheit des Verurteilten. (Aha! bei den Soz.) Wenn jetzt wieder vorgebracht wird, daß Hauptmann Dominik hat früher schon einmal der Abg. Webel zugeben müssen, daß er sich geirrt hat. (Zust. des Abg. Ledebour.) Herrn Roskes Rede zeugte immerhin von einem fleißigen Studium der amtlichen Denkschriften. Die Sozialdemokraten sollten doch dankbar sein, daß wir ihnen Material für ihre Reichstagsreden geliefert haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Redner polemisiert weiter gegen die Abgeordneten Eichhorn und Roske, wobei er eine ausführliche Inhabung des Lustspiels „Der zerbrochene Krug“ gibt, die den Bloch sehr erheitert. — Die Kapitalisten und Plantagenbesitzer haben keinen Vorteil von den Kolonien gehabt; die einzigen Leute, die Vorteil von den Kolonien gehabt haben, sind die deutschen Arbeiter. (Schallende minutenlanges Lachen bei den Sozialdemokraten.) Abg. Ledebour: Und Sie behaupten, nicht zu übertreiben? Sturm. Zustimmung und erneute Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Redner gibt die Polemik auf mit dem Schlusssatz: die sozialdemokratische Partei und Fraktion seien in bezug auf Kolonialpolitik zwei verschiedene Dinge. Redner polemisiert nunmehr gegen den Abg. Arnim, dem er bedauerliche Schwäche im Kopfrechnen vorwirft. Herrn Arnims Vorschläge über die Behandlung der Indier waren dankenswert, aber unausführbar. (Erneute Weiterkeit.) Redner stellt aus dem Stenogramm ausdrücklich fest, daß er Liebert nicht für die bekannten 25 Aufstände unter seinem Gouvernament habe verantwortlich machen wollen. Die Sozialdemokraten haben geglaubt, Kapital aus den Meinungsverschiedenheiten zwischen den Herren v. Liebert und Arendt auf der einen und mir auf der anderen Seite schlagen zu können. Ich konstatiere aber, daß in 90 von 100 Fällen das ganze Haus mit Ausnahme der Sozialdemokraten über die Kolonialpolitik einig ist. Alle Fortschritte, die in der Kolonialpolitik gemacht worden sind, sind gegen die Sozialdemokratie gemacht worden. (Schallende Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Es gibt eigentlich nur zwei kolonialpolitische Parteien in diesem Hause: eine, die für Kolonialpolitik ist und zu der sämtliche bürgerliche Parteien gehören, und die andere, die gegen Kolonialpolitik ist, die Sozialdemokratie. In der großen kolonialpolitischen Partei sind verschiedene Schattierungen vorhanden: die einen wünschen mehr eine kommerzielle, die andere mehr eine nationale, die dritten eine mehr kulturelle Politik. In den einzelnen Fraktionen selbst sind verschiedene Schattierungen vorhanden. Es soll meine Aufgabe sein, ausgleichend auf die Meinungsverschiedenheiten zu wirken und eine zugleich nationale, kommerzielle und kulturelle Kolonialpolitik zu treiben. (Lebhafte Weisung beim Bloch und Zentrum.)

Abg. Storz (süd. Sp.): Die deutsche Kolonialpolitik bringt den Negern Befreiung von ihren einheimischen blühigen Tyrannen. (Große Weiterkeit bei den Soz.) Den Sozialdemokraten geht es wie den französischen Emigranten: sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. (Erneute Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Auf der anderen Seite liegt eine gewisse Uebertreibung darin, daß der Staatssekretär behauptete, die Arbeiter seien die einzigen, die Vorteile aus der deutschen Kolonialpolitik gezogen haben. Redner polemisiert breit und ausführlich gegen die sozialdemokratischen Redner, denen er Uebertreibungen usw. vorwirft. Die Verhältnisse in den deutschen Kolonien sind relativ glänzende. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Eine Petition, Bahnbauten in Ostafrika betreffend, wird nach Besprechung durch den Abg. Arnim (nall.) und unter Zustimmung des Staatssekretärs Dernburg zur Veräußerung überwiegen.

Eine Reihe Kapitel und Titel des Etat für Ostafrika werden debattiert. Der Etat für Ostafrika wird debattiert.

Beim Titel „Rücklage in den Erneuerungsfonds der Nambarabahn“ tadelt Abg. v. Strombeck (Z.) die Haltung

des Vertrages, der dem Reiche kein genügendes Aufsichtsrecht gegenüber der Gesellschaft gebe.

Beim Kapitel Militärverwaltung, Titel „Anwerbung farbigen Personals außerhalb der Kolonie“ warnt

Abg. Dr. Arnim (nall.) vor der Gefahr der äthiopischen Bewegung und bittet um Wiederherstellung der von der Kommission bei diesem Posten getrichtenen 20 000 Mk.

Staatssekretär Dernburg bittet um Annahme dieses Antrages.

Abg. Erberger (Z.) weist darauf hin, daß die Verwendung kameruner Eingeborenen in Ostafrika sich nicht bewährt habe.

Der Antrag Arnim wird mit Blockmehrheit angenommen. (Obwohl die bei den Sozialdemokraten und im Zentrum, da die Blockparteien schwach vertreten sind.)

Der Rest der Ausgaben wird bewilligt, ebenso die Einnahmen und der außerordentliche Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet nach den Beschlüssen der Kommission.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberechtigung auf Dienstag, 3 Uhr. (Ruherdem Rechnungsachen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom Montag, den 1. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Nolffe.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs über die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an die unmittelbaren Staatsbeamten. Da hierzu nachträglich noch zahlreiche Änderungsanträge eingebracht sind, geht die Vorlage an die Budgetkommission zurück.

Dann wird die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Inneren fortgesetzt.

Abg. Lufensky (nall.) bespricht den Fall Schäfer: Wenn der Abgeordnete v. Pöschel gesagt hat, durch sein Vorgehen gegen diesen Beamten habe der Minister die Autorität der Beamten untergraben, so muß doch auf darauf hingewiesen werden, daß die Autorität des Ministers untergraben wird, wenn er gegen Beamte, trotzdem er es für notwendig hält, nicht mehr einschreiten darf.

Abg. Febr. v. Jedlich (sels.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für die Gemeindeförperschaften. Der Abg. Hirsch hat sich auf das anerkennende Zeugnis des Oberbürgermeisters Juch in Kiel berufen; da berührt es eigenartig, daß gerade jetzt

der Kieler Magistrat

das Wahlrecht zur Stadtverordnetenversammlung abändern will, um einer Ueberflutung durch die Sozialdemokratie vorzubeugen. (Stürmisches Hört! hört! rechts.) Und was die Bürger einer anderen Stadt gedacht haben, als die Gefahr bevorstand, durch die Sozialdemokratie vergrößert zu werden, daß haben Sie an

Rigdorf

sehen können. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Dort haben die Gemeindevorsteher aller bürgerlichen Parteien sich auf einen Beschluß geeinigt, der das Wahlrecht nach der Richtung verbessert, daß die Sozialdemokraten, die selbst keine Steuern zahlen, nicht über die Steuern der anderen verfügen können. (Lebhafte Weisung rechts.)

Juruf v. d. Presl.: Wir haben diese Wohnnahme des Rigdorfer Magistrats gemißbilligt! Das mag sein, ich weiß auch, daß Sie theoretisch für das Reichstagswahlrecht auch zu den Gemeindeförperschaften eintraten. Aber

in der Praxis handeln die Freisinnigen ganz anders. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Wenn es sich darum handelt, zu verhindern, daß die Sozialdemokraten die Macht über eine Stadt in die Hand bekommen, dann haben bisher immer noch die bürgerlichen Parteien zusammengestanden. (Lebhafte Bravo! rechts.) Die Sozialdemokraten sagen, sie wollen gesellschaftlich bleiben, wenn ihre Gegner es auch bleiben. Das heißt nichts anderes, als daß sie gesellschaftlich bleiben wollen, wenn die bürgerlichen Parteien bereit sind, ihnen die Macht in die Hand zu geben, und so dumm werden wir niemals sein. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.) Dann würden Sie die Gewalt an die Stelle der Gerechtigkeit treten lassen, und wir fürchten uns vor Ihnen (zu den Soz.) nicht. Wir werden alles tun, was wir im Interesse des Staates, im Interesse des Volkes, das wir lieben, im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes für richtig halten, und wir werden danach auch unsere Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie einrichten. (Stürmischer Beifall rechts, Zwischen bei den Sozialdemokraten.)

Minister des Inneren v. Nolffe:

Der Abg. Hirsch hat am Sonnabend gesagt, die Sozialdemokratie wolle ihr Ziel nur mit geistigen Waffen erkämpfen. Das klingt ja außerordentlich harmlos. Aber sind die Strahlendemonstrationen geistige Waffen? (Sehr gut! rechts.) Auf dem Münchener Parteitag hat der Abg. Webel gesagt, in Preußen werde es eines Tages um Kopf und Kragen gehen. (Stürmisches Hört! hört! bei den bürgerl. Parteien. — Juruf v. d. Soz.: Das liegt an Ihnen!) Nein, das liegt an Ihnen. (Große Weiterkeit.) In der „Neuen Zeit“ hat der Sozialdemokrat Varbus geschrieben, er wolle 100 000 Arbeiter auf der Straße versammeln und sie lehren die Straße zu beherrschen.“ (Stürmisches Hört! hört! bei den bürgerlichen Parteien.) Wenn solche Kundgebungen vorliegen, dann ist es unsere Pflicht, das Treiben der Sozialdemokraten unter die Lupe zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Sache der Polizei ist es, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. (Lebhafte Weisung.)

Wenn sich die Polizei dabei der Geheimpolizisten bedient, so steht sie dabei nicht vor der Frage: Ist das schön oder nicht?, sondern vor der Frage: Ist das notwendig oder nicht?

(Lebh. Zustimmung v. d. bürgerl. Parteien.) Die Sozialdemokratie braucht nur aufzuwachen mit ihren Umläufen, und die unangenehmen Geheimpolizisten werden verschwinden. Solange die Sozialdemokratie ostentativ und demonstrativ auf der Straße erscheint, sind Geheimpolizisten nicht überflüssig. (Lebh. Zustimmung v. d. bürgerl. Parteien. — Juruf v. d. Soz.: Es macht uns Spaß!)

Wenn die Geheimpolizisten Ihnen Spaß machen, brauchen Sie sich nicht zu beschweren. (Große Weiterkeit.) Daß die Geheimpolizisten zu Ausschreitungen provozieren, bestreite ich auf das Bestimmteste. Dann damit würden sie gegen die Instruktion handeln. Wenn mir der Beweis dafür erbracht werden sollte, daß das geschehen ist, so würde ich mit aller Entschiedenheit dagegen einschreiten und die betreffenden Beamten zur Rechenschaft ziehen.

*) Ann. der Redaktion: Um die Sorgfalt des wahrheitsliebenden und blutdürstigen Herrn Ministers zu illustrieren, sehen wir aus Nr. 12 der „Neuen Zeit“ vom 18. Dezember 1908 den betreffenden Absatz aus dem Sarduschen Artikel wörtlich hierher:

„Auch dürfen wir nicht außer acht lassen, daß es Rechte gibt, die man sich dadurch erwirbt, daß man sie gebraucht. Dahin gehören die Strafen und Geldgebungen der Massen. Sie stehen jetzt in Deutschland auf der Tagesordnung. Denn die bisher üblichen Agitationsmittel der Partei reichen nicht mehr aus. Die Presse wendet sich wohl an die Massen, aber sie nimmt sich den einzelnen vor. Ueber die Versammlungen ist die Partei hinausgeschritten. Wenn man in Berlin an einem Abend dreißig Versammlungen abhält, so hat man doch die Massen nicht beisammen, sondern sie sind in dreißig Teile geteilt. Es ist etwas anderes, wenn hunderte von Personen die Straßen füllen. Die Arbeiter müssen lernen, sich als Masse zu fassen, sie müssen lernen, die Straße zu beherrschen.“

Wenn der Abg. Hirsch sich darüber beschwerte, daß von meinen 80 000 Exekutivbeamten sich eine Reihe noch nicht in die neuen Bestimmungen des Vereinsgesetzes hineingearbeitet haben, so sollten die Sozialdemokraten doch erst einmal selber sich nach den gesetzlichen Bestimmungen richten. Statt dessen verkündigen sie das Recht auf die Strafe ohne behördliche Erlaubnis. (Lebhafter Zustimmung bei den bürgerl. Parteien.) Das ist eine bewußte Auflehnung gegen den § 7 des Vereinsgesetzes. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten haben sich angeblich, selber Ordnung zu halten. Ich danke bestens für dieses Anerkennen. (Weiterkeit und sehr gut rechts.) Wir haben am 9. Februar gesehen, wohin Ihre (zu der. Soz.) Verordnungen führen, wenn die Polizei einmal ein bißchen spät zur Stelle ist.

Sechs Anlagen wegen Landfriedensbruchs
waren die Folge. (Sehr gut! rechts.) Das ist die Ordnung der Sozialdemokratie! Für die Aufrechterhaltung der Ordnung ist die Polizei da. Die Polizei ist

da zu

mit Waffen ausgestattet und muß von den Waffen gegebenenfalls Gebrauch machen. Brutal ist es, wenn die Sozialdemokratie die Waffen diesen Waffen aussetzt. (Stürmischer Beifall b. d. bürgerl. Parteien.) Das ist ganz unvorurteillich, es ist feindl. (Erneuter stürmischer Beifall b. d. Mehrheit.) Aber darin liegt Ihre (s. d. Soz.) Politik: Erst beschreiben und dann hinterher über Gewalt schreiben! (Stürmischer Beifall b. d. bürgerl. Parteien. Lauter Rufen und Hurra's b. d. Soz. Rufe rechts: Ruhe da drüben!)

Abg. Hübner (fr. Pp.): Trotzdem die preussische Regierung bestritt ist, das neue Vereinsgesetz so zu handhaben, wie es sich die Mehrheit des Reichstages gedacht hat, wird von einzelnen Landräuten das Publikum noch immer in unverantwortlicher Weise schikaniert. Für die Versammlungsanordnungen wird das Einräden in festerbetonte Plätter vorgeschrieben, während man weitverbreitete liberale Plätter übergeht. (Hört! hört! links.) Dieses Verfahren der Landräte bedeutet ein Desavouieren der Autorität des Ministers. (Sehr richtig! links.) Auch über die Anwendung des Sprechaparagraphen gegen die Gewerkschaften muß Besondere erhoben werden. Im Fall Schädigung ist die Autorität des Reichslandrats und des Ministers des Innern schwer erschüttert worden, die in den Parlamenten die Erklärung abgegeben hatten, kein Beamter würde wegen seiner Besinnung zur Rechenschaft gezogen werden. (Hört! hört! links.) Die Selbstverwaltung steht in Preußen nur auf dem Papier, denn fortgesetzt lassen sich Landräte und Regierungspräsidenten Eingriffe in kommunale Rechte zuschulden kommen. Anstatt gegen diese Beamten wegen Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse vorzugehen, werden die Bürgermeister zur Rechenschaft gezogen. (Hört! hört! links.) — Mit Freuden begrüßen würden wir die baldige Erfüllung der Forderung des Ministers, ein Feuerbestattungsgesetz einzubringen. (Beifall links.) Die Wasserordnung sollte man nicht so rigoros anwenden, daß die Existenz des Bäckers und des Hausbesizers in Frage gestellt wird. — Von der Forderung der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen lassen wir nicht ab. Wäge sich auch die Regierung durch das Schreiben der Agrarier nicht irre machen lassen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. v. Jagzjewski (Pole) beschwert sich über die Handhabung des Sprechaparagraphen und begründet einen Antrag seiner Fraktion auf Wiedereinführung des uneingeschränkten Gebrauchs nichtdeutscher Sprachen in öffentlichen Versammlungen. Ferner beschwert er einen politischen Antrag wegen Aufhebung der Verordnung über die Legitimationsarten ausländischer Arbeiter.

Abg. Dr. Wahnke (fr. Pp.): Wir wenden uns dagegen, daß man ernste politische Versammlungen mit der Polizeikontrolle schikaniert. Die Straßendemonstrationen sind ein gefährliches Spiel. Sie stärken die Position der Gegner aller freibürgerlichen Entwicklung. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) An der Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen halten wir fest und freuen uns, daß die Krone sich in der Thronrede für eine Wahlreform engagiert hat. (Sehr gut! links.)

Präsident v. Brähler: Die Wahlrechtsfrage steht nicht zur Debatte.

Abg. Dr. Wahnke (fr. Pp.): Gerade die Rechte, die immer für die Autorität der Krone eintritt, müßte doch fordern, daß dieses freierliche Versprechen des Königs eingelöst wird! Im Falle Schädigung liegt eine Bestrafung wegen politischer Besinnung vor, denn die politische Ueberzeugung Schädigung ist im Öffnungsbeschluss als Grund für das Disziplinarverfahren angegeben. Von einer freisinnigen Nebenregierung dieser Artäre kann nicht die Rede sein. Wir haben unter dem Bloß niemals eine andere Politik getrieben als vorher. Wir können deshalb ruhig abwarten, was aus dem Bloß wird. — Den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter von einem Alter von 20 Jahren an und auf Beschränkung des Ausbürgerrechts des Staates lehnen wir in dieser Allgemeinheit ab. Die Leitung der Gemeinden muß in den Händen der schaffenden Bürgerschaft liegen. Soweit die Arbeiter zu dieser schaffenden Bürgerschaft gehören, sollen auch sie mitreden. Aber man darf nicht den fluktuierenden Massen die Verwaltung der Kommunen ausliefern. Auch wir wünschen, daß das Feuerbestattungsgesetz vorgelegt wird. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Minister des Innern v. Woltke: Beschränkungen in der Gewährung der Abschriften von Wählerlisten habe ich nicht verweigert. Im Gegenteil, ich habe auf erhobene Beschwerden hin Remedur eintreten lassen. Die Wortwände des Abgeordneten v. Jagzjewski weise ich zurück. Gegen die politischen Berufsvereinigungen ist der Sprechaparagraph angewendet worden, weil sie nationalpolitische Ziele verfolgen.

Inzwischen ist ein Antrag Vörgmann (Soz.) u. Gen. eingegangen, die 800 000 M. für geheime Ausgaben im Interesse der Polizei zu streichen.

Abg. Stroffer (L.) Gegen Straßendemonstrationen hat sich vor mehreren Jahren auch der Abgeordnete Ströbel gewandt, als die Auseinandersetzungen über den Massenstreik in seiner Partei tobten. Außerdem ist ein Unterschied zwischen der spontanen patriotischen Demonstration am Abend nach den Reichstagswahlen und den planmäßig vorbereiteten Demonstrationen der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Ruhig und friedlich sollen die Demonstrationen verlaufen sein! Nun, in Dresden sind allein sechs Schulpöle verwundet worden, in Breslau ebenso. Und in Berlin hat man die deutschen Fahnen heruntergerissen. (Wutruf rechts.) Abg. Vörgmann: Das waren wir nicht! Wer denn sonst? (Sehr richtig! rechts.) Wir haben das Epitheton auch nicht. Aber was hat die Sozialdemokratie alles schon auf diesem Gebiete geleistet! (Sehr richtig! rechts.) Der Reichsverband wird systematisch beschickt. Die Prügelstrafe will ich nur für die gemeinsten Roboterbrecher, die mit Messern unschuldige Mädchen überfallen. (Sehr richtig! rechts.) Will Herr Hirsch weiter gehen als ich, es soll mich freuen. Die Sozialdemokraten gebrauchen Gewaltmaterial, das sie nur durch den größten Vertrauensbruch bekommen haben können. Da dürfen Sie das Epitheton doch nicht ein schmutziges Gewerbe nennen. (Sehr gut! rechts.) Herr Hirsch hat gesagt, ich hätte aus dem Wobener Protokoll falsch zitiert. Ich gebe zu, daß mein Zitat nicht wörtlich genau war, aber dem Sinne nach hatte ich recht. Auch der Abgeordnete Wöbel hat sich in dem Buche „Unsere Ziele“ für die gewalttätige Expropriation ausgesprochen. Und der Abgeordnete Diehlrecht hat gesagt: Keinen Frieden mit dem preussischen Staat, die Entschädigung wird auf der Strafe gefällt werden. (Hört! hört! rechts.) Schließlich hat sich in Jena Wöbel als der Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet. (Hört! hört! rechts.) Ist das alles so friedlich! Außerhalb dieses Hauses ist die Sprache der Herren Sozialdemokraten überhaupt eine andere als hier im Saal. Was haben Wöbel, Wöbel, Frau Bieh, Herr Wagners und vor allem Wöbel, Wöbel, Wöbel auf dem Preussentag für Heben gehalten? Am Sonnabend blies Herr Hirsch hier die Friedensschalmei, und am Sonntag drohte Herr Wöbel im Vergessener, daß ein Brand losbrechen werde, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat, falls den Arbeiterforderungen nicht nach-

gelommen würde. (Lebhafter Beifall! Hört! rechts.) Wir können den Minister nur bitten, an der Politik gegen die Sozialdemokratie festzuhalten, die er vorher entwickelt hat. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Haarmann (nass.) fordert Vorsichtsmaßregeln zum Schutze der in der Nähe von Roboterfabriken wohnenden Personen, damit künftig Explosionen, wie die Roboterexplosion bei Witten, vermieden werden.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen. Das Ministergehalt wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Alle vorliegenden Anträge werden an die zuständigen Kommissionen überwiesen bis auf den sozialdemokratischen Antrag, der für die Wahlen zu den kommunalen Körperlichkeiten die Einführung des gleichen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Personen fordert. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr. Fortsetzung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage am Eisenmarkt.

Es kann wohl kaum noch bezweifelt werden, daß die starken Rückgänge am amerikanischen Eisenmarkt nicht auf Witterungsänderungen, sondern auf die trostlose Lage der Eisenwerke zurückzuführen sind. Nach einer vergleichenden Uebersicht des Fachblattes „Zentrum“ stellt sich der Beschäftigungsgrad der großen Eisen- und Stahlwerke auf 40 bis 60 Prozent der Leistungsfähigkeit. Nur einige Industriegesellschaften, die aber für den Markt keine ausschlaggebende Bedeutung haben, erfreuen sich einer etwas besseren Beschäftigung. Unter diesen Verhältnissen hat der Stahltrust sich gezwungen gesehen, seine bisherige Preispolitik aufzugeben. Die mit anderen Korporationen getroffenen Vereinbarungen gelten als aufgelöst, die Preise werden im freien Verkehr bestimmt. Das ist das charakteristische Merkmal der Situation. Der amerikanische Stahltrust hat den Vogen überspannt; er glaubte, allen Verhältnissen trotzen, die Preise hochhalten zu können und muß nun doch den wirtschaftlichen Gesetzen sich fügen, die er gedachte aufzuheben. Die tatsächlichen Verhältnisse geben den Vorgängen aber auch eine größere Bedeutung für den Weltmarkt. Dieser wird nun wohl in größerer Umlänge mit amerikanischen Erzeugnissen versorgt werden. Das bedeutet für die übrigen Eisen produzierenden Länder eine Verschlechterung der Lage. Die deutschen Halbzeug produzierenden Werke haben z. B. zu einem erheblichen Teile ihre Betriebe nur dadurch in der bisherigen Weise beschleunigen können, daß sie den Export forcierten. So ist die deutsche Ausfuhr an Rohluppen usw. im Januar dieses Jahres auf 358 820 Doppelzentner hinaufgegangen, von nur 191 000 Doppelzentner für den Parallelmonat 1908. Wird den deutschen Werken nun durch Amerika dieser Absatzkanal verstopft, dann müssen sie die Produktion natürlich weiter einschränken, und da der Stahlwerkverband durch seine Preispolitik die deutschen Weiterverarbeiter vom Auslandsmarkt teilweise verdrängt hat, werden diese von dem billigen amerikanischen Material auch keinen Vorteil haben. So rächt sich für uns die Preispolitik der gemischten Werke. Hinzukommt noch, daß die vor einiger Zeit sich zeigende stärkere Kaufkraft aus spekulativen Motiven entpuppt. Die Händler können nun keine Spezifikationen machen, die Werke aber drängen auf Abnahme, da sie selbst die Lager gefüllt haben und nicht noch mehr stapeln wollen. Es ist eben sehr viel auf Vorrat bestellt und gelagert worden, weil man große Hoffnungen auf eine lebhaftere Bau-tätigkeit in diesem Jahre gesetzt hat. Die nach dieser Richtung gehegten Erwartungen hat man wieder sehr eingeschränkt. Die Folge ist weitere Verschlechterung am Eisenmarkt. Und legt keine lebhaftere Bautätigkeit ein, dann werden sich wahrscheinlich die Verhältnisse im Eisengewerbe teilweise noch ungünstiger gestalten.

Ein Reichspetroleummonopol.

Die Finanzklemme der Regierung hat allerhand Leute auf den Plan gerufen, um der Bedrängnis aus der Tasche zu helfen. Einer der eifrigsten ist der Herausgeber der Berliner Fachzeitschrift „Petroleum“, welcher für die Einführung eines Reichspetroleummonopols Propaganda macht. Ein solches würde nicht nur dem Staate eine sichere und ergiebige Einnahmequelle sein, sondern auch eine — Befreiung des deutschen Petroleumhandels herbeiführen, der wieder ganz unter die Herrschaft der Standard Oil Comp. zu geraten drohe. Durch die Vereinigung der deutschen und russischen Petroleumunternehmungen hätte die Konkurrenz einen letzten Vorstoß gegen den Rockefeller-Krust verlohrt; vergebens. Der Siegeslauf des letzteren ist nicht aufzuhalten. Deshalb die Tränen: weil das heimische Petroleumkapital sich den Amerikanern nicht gewachsen fühlt, darum soll der Kaufmann in die fiskalische Zwangsjacke gesteckt werden. Die Gelegenheit zur Monopolisierung des Petroleumgeschäfts durch den Staat sei günstig und die fiskalische Zweckmäßigkeit außer Frage. Um der Standard Oil Company wirksam entgegenzutreten, wäre die planmäßige Forcierung des galizischen, rumänischen und russischen Deles notwendig. Die Lagerungs- und Stapelmöglichkeiten hätte der Staat zu beschaffen. Die Ausfuhr der galizischen Petroleum-einfuhr würden sich in den nächsten Jahren auf 150—200 000 Tonnen, die der russischen auf 100—150 000 Tonnen stellen. Das Staatsmonopol könnte 60 Millionen abwerfen. Ebensoviele würden aber die Ausgaben, die die Einführung eines Handelsmonopols erfordern, betragen. Daneben könnte auch noch ein Produktionsmonopol in Betracht kommen. Endlich dürfte der Staat nicht als kleinerer Querschnitt vorgehen, sondern müßte er die Rolle eines großzügigen Kaufmanns spielen. Man merkt: die Oligarchie entspricht sehr eigennützigen Motiven. So sind die Patrioten. Aus der Tasche der anderen bringen sie gern Opfer.

Soziales.

Entschädigung wegen nicht rechtzeitiger Aushändigung der Invalidentarte.

Auch die Kammer I des Oberlandesgerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo hat sich gestern in einer Klagesache des Schneiders D. gegen den Schneidermeister Karl Waggisch auf den Standpunkt gestellt, daß ein Arbeiter, ohne im Besitz seiner Invalidentarte zu sein, Arbeit nicht erhalten könne und daß ihm die Zeit solcher Arbeitslosigkeit von dem, der sie verschuldet, entschädigt werden muß. D. war seit dem 18. August 1908 als Wägler im Auftragsbetrieb im Betriebe des Beklagten beschäftigt. Kündigungsausschluß war schriftlich vereinbart worden. Am 2. Dezember 1908 stellte der Beklagte für einen zweiten im Betriebe tätig gewesenem Wägler, der weggeblieben war, eine Ersatzkraft ein. Am 7. Dezember 1908 kam aber der Wägler wieder. Da für drei Wägler nicht genügend Arbeit vorhanden war, wurde der Kläger als Einziger beschäftigt. Nach Weihnachtens mühte er längere Zeit auszuhalten. Am 17. Januar erhielt er endlich wieder Arbeit, aber am Abend desselben Tages wurde er entlassen. Er forderte nun für vierzehn Tage 48 M. Lohnentschädigung und weitere 6 M. für ihm gemachte Abzüge bezw. rückständigen Lohn. Für seinen Kündigungsausschluß macht er geltend, daß er als Wägler nur Kündigungsausschluß vereinbart habe, wie er als Einziger zu arbeiten begann, sei über Kündigungsfrist nichts vereinbart worden. Das Gericht befehlet ihm dahin, daß sein Anspruch ein unbegrenzter sei. Es würde, wie der Vorsitzende sagte, ein wahnsinniger Formalismus sein, wenn hier, wo in dem Arbeitsverhältnis keinerlei Unterbrechung noch wesentliche Veränderungen in den Arbeitsbedingungen ein-

getreten seien, die schriftlich erfolgte Vereinbarung des Kündigungsausschlusses keine Geltung mehr haben sollte. Dem Beklagten empfahl das Gericht, an den Kläger 24 M. zu zahlen. Seinen Einwand, daß er dem Kläger gefogt habe, er solle sich nach anderer Arbeit umsehen, ließ es gelten; doch habe dann der Beklagte auch die Verpflichtung gehabt, dem Kläger die Invalidentarte auszu-händigen. Darauf, daß Kläger diese sich beim Beklagten abholen werde, kann dieser keinen Anspruch machen. Denn das Abholen der Karte wäre lediglich eine Gefälligkeit des Klägers. Die Parteien nahmen daraufhin den Vergleichsvorschlag an.

Folgen einer telefonischen Vertragsabrede.

Der Konditorgehilfe J. klagte am Montag vor dem Innungs-schiedsgericht gegen den Konditor Kaumann auf 8 M. Entschädigung wegen Vertragsbruchs. J. behauptet, daß er zur Arbeit bestellt, aber nicht beschäftigt wurde.

Der Beklagte führt aus, daß der Kläger bereits von ihm beschäftigt worden war. Da ihn die Arbeit der Klägers nicht befriedigte, entließ er denselben. Den wahren Entlassungsgrund gab er nicht an, sondern schützte Arbeitsmangel vor, und jagte dem Kläger, daß er schreiben werde, wenn er ihn wieder benötige. Inzwischen hatte ein anderer Gehilfe um Arbeit vorgesprochen gehabt, dem der Bescheid gegeben worden war, daß er an einem der nächsten Tage wieder einmal vorzusprechen solle. Da der Beklagte sich nicht ständig im Geschäft befindet, machte er seiner Ehefrau davon Mitteilung und gab ihr den Auftrag, daß sie den Gehilfen engagieren solle. Eines Tages frag nun der Kläger bei dem Beklagten telefonisch um Arbeit an, darauf bestellte ihn die Ehefrau des Beklagten — in der Meinung, daß es der für das Engagement in Aussicht genommene Gehilfe sei — zur Arbeit. Das Gericht empfahl dem Beklagten dem Kläger die geforderte Summe zu zahlen, da dieser an dem Mißverständnis nicht schuld sei. Der Beklagte befolgte den Rat.

Bedeutliche Wege der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat unabweisbar große Verdienste durch Aufklärung, insbesondere durch Herausgabe der Merkblätter sich erworben. Sie ist aber jetzt, wie ihre am Sonntag hier abgehaltene Generalversammlung zeigt, leider auf dem Wege, von dem ersten Vize-Präsidenten im Jahre 1901 vorgeschlagene verfehlte Mittel zu empfinden, welche weder Geschlechtskrankheiten bekämpfen noch die Ursachen oder die Wirkungen der Prostitution beseitigen können. Ueber die Versammlung geht uns folgender Bericht zu:

Unter zahlreicher Beteiligung von Mitgliedern aus allen Kreisen Deutschlands fand am Sonntagmittag in dem am Luisenplatz belegenen Kaiserin Friedrichs-Haus die Generalversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten statt. Das Kultusministerium, das Ministerium des Innern, das Polizeipräsidium, das Reichsgesundheitsamt hatte Delegierte entsendet. Außerdem war der Leiter der gleichnamigen österreichischen Gesellschaft, Professor Dr. Ehrenmann-Wien, der Leiter der gleichnamigen dänischen Gesellschaft, Professor Dr. Pontoppidan-Kopenhagen und der Vorsitzende des Internationalen Komitees zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Dr. Dubois-Havenith-Brüssel, erschienen.

Der Generalsekretär der Gesellschaft, Professor Dr. Waschko-Berlin, erstattete den Tätigkeitsbericht. Danach sei der Kostenablauf ein sehr günstiger gewesen. Auch die Zahl der Ortsgruppen habe eine wesentliche Vermehrung erfahren. Die Merkblätter seien in vielen Millionen Exemplaren verbreitet worden. Es sei ein spezielles Merkblatt für Eltern herausgegeben worden, da es ein dringendes Erfordernis sei, Eltern in der Sexualpädagogik zu unterweisen. Außerdem solle ein Leitfaden für Vorträge über sexuelle Aufklärung der Studenten, Abiturienten, Schüler der höheren Bildungsanstalten und Fortbildungsschülern geschaffen werden. Außerdem sollen Merkblätter für Soldaten und Matrosen herausgegeben werden. Von der Gründung einer Volksbibliothek habe man aus Mangel an Mitteln vorläufig Abstand nehmen müssen. Die schlimmsten Feinde der Gesellschaft seien die Kurpfuscher, die noch das Land mit Vorträgen unerschwiegen und dadurch einen unendlichen Schaden anrichten. In Bayern habe die Regierung diesem Unfug insofern gesteuert, als sie Vorträge über Geschlechtskrankheiten nur gestatte, wenn sie von einer Krankenkasse, einem Arztverein oder der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet werden. Mit Rücksicht auf den großen Schaden, den die wilden Vorträge anrichten, wäre es zu empfehlen, daß in Preußen und anderen Staaten das Vorgehen Bayerns Nachahmung fände. (Lebhafter Beifall.) — Professor Dr. Jünker-Böln: Es dürfte sich empfehlen, die preussische Staatsregierung zu ersuchen, gegen die wilden Vorträge ebenso vorzugehen, wie die bayerische Regierung. — Der Vorsitzende wandte ein: Ein ausdrücklicher Beschluß erübrige sich, da die preussische Staatsregierung durch mehrere Mitglieder vertreten sei. Die Herren werden es zweifellos an der erforderlichen Anregung nicht fehlen lassen.

Hierauf wurde der Tätigkeitsbericht genehmigt, und der Vorstand, bestehend aus Geh. Medizinalrat Professor Dr. Reisser-Breslau, Geh. Medizinalrat Professor Dr. Lefzer-Berlin und Professor Dr. Waschko-Berlin wiedergewählt.

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit dem Erlaß der beiden preussischen Ministerien zur Reform der Prostituiertenüberwachung.

Professor Dr. Jünker-Böln bezeichnete den Erlaß als einen großen Fortschritt. Die ambulante Behandlung der Prostituierten sei ja im Interesse der Humanität zu empfehlen, es sei aber sehr fraglich, ob sich nicht die Prostituierten der Behandlung entziehen werden. In erster Reihe sei die unentgeltliche ambulante Behandlung zu fordern, außerdem müsse die Entziehung hart bestraft werden. Die ambulante Behandlung würde zweifellos als Wohlthat empfunden werden, da das Krankenhauseinweisungsvordere sei. Erforderlich sei es, die §§ 801, 6 und 180 des Strafgesetzbuches aufzuheben oder zum mindesten zu ändern, da sie dem Geiste des Erlasses direkt widersprechen, im übrigen kaum ausführbar seien. Laut § 180 könne jeder bestraft werden, der einer Prostituierten Aufnahme gewähre. Schließlich müssen doch aber die Prostituierten irgendwo wohnen. Er halte es für erforderlich, nicht bloß die Prostituierten, sondern auch Männer, ganz besonders Inhaber, von Zeit zu Zeit ärztlich untersuchen zu lassen und diejenigen hart zu bestrafen, die, obwohl ihnen ihre Krankheit bekannt sei, es nicht unterlassen, durch fortgesetzten Verkehr weiter zu verbreiten. Der Redner bezeichnet es im weiteren als bedauerlich, daß die Polizeibehörden, und zwar selbst die oberen, den Geist des Erlasses noch nicht erfaßt haben. — In der sehr langen Besprechung, an der sich Geh. Medizinalrat Professor Dr. Lefzer-Berlin, Oberlandesgerichts-Senatspräsident Geh. Justizrat Schmöder (Hann. i. W.), Professor Dr. Waschko-Berlin, Dr. med. Stein-Wölfling, Reichstagsabgeordneter Wölfling-Rundchen und Dr. med. Hausdörfer (Essen M.) beteiligten, wurde von allen Rednern dem Professor Dr. Jünker beigestimmt. Es wurde der Vorschlag gemacht, den Prostituierten, ähnlich wie es in Essen und anderen großen Industrieorten sei, bestimmte Straßen als Wohnung anzuweisen, und zu verhindern, daß Minderjährige diese Straßen passieren. Ganz besonders notwendig sei es, dafür zu wirken, daß die Prostitution aus den Familien und aus der Nähe der Schulen verbannt werde. — Von Professor Dr. Waschko wurde vorgeschlagen, die Sprechstunden für Prostituierte von den anderen Patienten zu trennen. Selbstverständlich müßten die Kräfte der Staats- oder Stadt wegen Honorar erhalten. Das Hauptaugenmerk müsse auf die Affianierung des Prostitutionswesens gelegt werden. — Dr. med. Wöbel-Hannover teilte mit: In Hannover habe sich die ambulante Behandlung, die dort unentgeltlich vorgenommen werde, ganz vortrefflich bewährt. In Hannover werden auch Männer, ganz

Besonders Jücker, ferner Kellnerinnen, Portiänen, in öffentlichen Tanzlokalen verkehrende Damen, in den ärztlichen Sprechstunden untersucht. Der Polizeipräsident habe die Inhaber der öffentlichen Lokale aufgefordert, ihre weiblichen Angestellten zur Untersuchung zu schicken, widrigenfalls sie eine Verklärung der Polizeistunde zu gewärtigen haben. Professor Dr. Reisser-Berlin bezeichnet es als notwendig, die Polizeiorgane dahin zu belehren, daß das Prostitutionswesen im Geiste des Seuchengesetzes beaufsichtigt werden müsse. — Sanitätsrat Dr. O. Rosenthal-Berlin: Er sei der Meinung, daß der § 180 vollständig unhalbar sei. Die Aenderung des Strafgesetzbuches werde viel größeren Schwierigkeiten begegnen, als das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches, da alle politischen Parteien spezielle Wünsche haben werden. — Geh. Obermedizinalrat Dr. Kirchner: Nach den Berichten der Oberpräsidenten haben die oberen Polizeiorgane den Ministerialerlass ganz vortrefflich erfaßt, und es sei zu hoffen, daß auch die unteren Polizeiorgane sehr bald den neuen Bestimmungen entsprechen werden. — Es gelangte schließlich der Antrag des Senatspräsidenten, Geh. Justizrat Schmidt-Ramann zur Annahme: „Die Reichsregierung, den Bundesrat und den Reichstag um möglichst baldige Aenderung der § 181, 8 und 180 des Strafgesetzbuches zu bitten.“

Für die Aufhebung des § 360 Ziffer 8 haben wir seit Jahrzehnten gekämpft, ebenso für eine ambulante Behandlung Prostituirter. Für verfehlt halten wir aber das Losdonnern gegen die Kurpfuscherei und vor allem den Versuch, die Prostituirten in bestimmte Straßen zu zwingen. Gewiß sind wir keine Freunde von Quacksalbereien und halten diese insbesondere allen ansteckenden Krankheiten gegenüber für eine Gefahr, die über die Gefährdung der Gesundheit des Einzelnen weit hinausgeht. Aber es wäre eine gesehene Quacksalberei ersten Ranges — der Kurpfuschereigeschichtsbuch macht sich dieser schuldig — jemand zu verhindern, sich zwecks Heilung an eine Person zu wenden, die nicht zu den Ärzten gehört, welche sich nicht als Kurpfuscher betrauten. Ein solches Verbot ist nutzlos und zieht die Winkelpolitik erst recht groß. Ueberdies hätte ein Staat doch nur dann zu einem solchen Verbot ein Recht, wenn er dafür eintrifft, daß die Krankheiten von Staats wegen, also durch vom Staat angestellte und zur Behandlung verpflichtete Ärzte geheilt (nicht nur behandelt) werden. Davon läßt man aber in den Jornergrüssen gegen Kurpfuscherei nichts. Im Gegenteil gibt es staatliche Organe, die es für berechtigt erachten, daß auf Kosten des Staates ausgebildete Ärzte es ablehnen, Hilfsbedürftigen zur Seite zu stehen. Ein Verbot der Kurpfuscherei könnte — ganz abgesehen von sonstigen Bedenken — also dazu führen, daß der einer Hälfte Bedürftige völlig hilflos wäre. Wenn die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten für einen solchen Zustand als einen möglichen eintritt, so handelt sie gegen den Zweck, den ihr Namen ankündigt und wirkt für Verbreitung der von ihr bekämpften Krankheiten.

Für noch rücksichtiger erachten wir den Wunsch einer Lokalisierung der Prostituirten. Das Mittel hatte die Regierung im Jahre 1891 vorgeschlagen. Es wurde damals mit Erfolg lebhaft bekämpft. Dafür sprach sich in der Kommission ein konservativer Abgeordneter aus. Seine Begründung verblühte auch seine Parteifreunde. Sie ging dahin: es wäre bei einer Lokalisierung der Prostituirten der Besuch der Prostituirten für Männer ja weit leichter. Die Prostitution kann nach durch Verhinderung der Möglichkeit ihrer Ausbeutung, sondern nur durch Heilung oder Winderung der sozialen Ursachen bekämpft, auf denen sie zum mindesten zu neuem Scheitern beruht. Doch dem oberflächlichen, lediglich vom Standpunkt des männlichen Gemüths aus erklärende Vorschlag einer Lokalisierung der Prostituirten nicht mit Entschiedenheit entgegengetreten ist, zeigt, daß leider der Verein sich auf den Weg befindet, die Schäden, welche die Gesellschaft hervorbringt, nicht heilen, sondern verhalten zu wollen und die Opfer der Schäden der Gesellschaft für das tiefe Unrecht zu bestrafen, das diese ihnen zugefügt hat. Eine Wehr von diesem Wege tut der Gesellschaft dringend not, wenn sie nicht das bislang in sie gesetzte Vertrauen ungeschädigt sich verhalten und ihrem Zweck entgegenarbeiten will.

Ein Verbrechen an Arbeiterleben.

Beim Donauhafenbau in Regensburg ist vor einigen Tagen der Arbeiter Stuber durch einstürzende Erdmassen todtgedrückt worden. Kurze Zeit vor dem Unglücksfall sind Arbeiter entlassen worden, weil sie sich hartnäckig geweigert hatten, an der unterhöhlten Stelle ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Die Befestigung des gefährlichen, vorchriftswidrigen Zustandes hatte der Unternehmer direkt verbunden mit der Veremlerung, eine solche Unglücksfälle sei nicht am Platze.

Selbstredend ist der Unternehmer gegen Anstellung von Arbeiterkontrolluren.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Arbeiterfest.

Daß der „Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ sich in weiten Kreisen der Parteigenossenschaft Sympathien erworben hat, dafür liegt in seinem Festtag am Sonntag ein schöner Beweis vor. Der Verein hatte zur Feier der 10. Wiederkehr seiner Gründung eingeladen. Und Tausende Männer und Frauen, waren dem Aulse gefolgt. Die geräumigen Lokaltitäten von Freyer (Stoppensstraße) genügt nicht, um allen Anstömenden ein gemüthliches Plätzchen bieten zu können. Trotzdem waren alle Erschienenen vollauf befriedigt; es wurde ihnen mehr geboten als sie erwartet hatten. Nur die Männlein und Weiblein, die allzusehr darauf verpicht waren das Langweile zu schwingen, mußten sich eine wohl nicht dringend erwünschte Diät auferlegen. Darüber wird man sich leicht trösten. Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, das Allgemeinwissen zu fördern, das gesamte Bildungsniveau seiner Mitglieder und Gäste zu heben, Verständnis für Kunst anzuknüpfen, für edlere Gemüths und Freuden empfänglich zu machen. Und die rührige Leitung des Vereins hat auf diesem Gebiete manchen schönen Erfolg zu verzeichnen. Auch das 10. Stiftungsfest gehört dazu. Das Programm war selbstverständlich auf die erwähnten Bestrebungen abgestimmt. Der Berliner Volkschor unter der trefflichen Leitung des Herrn Dr. Zander, und unterstützt von der Konzertsängerin Frä. Marx, trug die Hauptkosten des unterhaltenden Theiles und er fand warme Anerkennung. Dasselbe gilt von dem prächtigen Damen - Konzerte am Parren, womit der Turnverein nicht überall Ehre einlegen kann. An Stelle der erkrankten Gemoffin Frä. Jassin hatte Genoffe Robert Schmidt die Feste übernommen, die ebenfalls dankbare Anerkennung fand. Gegen 11 Uhr konnte der Tanz beginnen, der einen hübschen Kreis Teilnehmer noch manche Stunde beisammen hielt. — Zum Schluß doch noch eine Klage! Nicht über den veranstaltenden Verein, sondern über den Zustand des Lokals. Man braucht gerade kein Sauberkeitsgesetz zu sein, um hier Klatschungen zu machen. Von der Anwesenheit des Lokals selbst wollen wir dabei gar nicht reden. Neben der Unreinlichkeit geben aber auch noch andere Unordnungen zu Klagen Anlaß. So haben mehrere der mitwirkenden Damen sich an vorstehenden Drähten usw. die Kleider gerissen. Das trägt natürlich nicht zur Feststunde bei und es ist eine schlechte Empfehlung für das Lokal. Diese Klatschungen können natürlich das Verdienst des Vereins für das Gebotene nicht vermindern. Er hat ein Arbeiterfest veranstaltet, wie wir es gern öfter sehen möchten. Jedenfalls dürfte es als Muster dienen.

Verantwortl. Redakteur: Carl Vermuth, Berlin-Niedrigdorf. Für den

Das Jölibat der Lehrerinnen.

Kürzlich wurde an dieser Stelle beiläufig das Eheverbot der Lehrerinnen gewirkt, das unter den mancherlei Ungerechtigkeiten, die den Volksschülerinnen vom Staate zugefügt werden, wahrlich nicht an letzter Stelle steht. So absonderlich und unnatürlich es dem Rechtsempfinden erscheinen müßte, daß die Anstellung der Lehrerinnen nur so lange gilt, als sie unverheiratet ist, so wird diese Maßregel merkwürdigerweise doch als etwas Selbstverständliches betrachtet. Staat und Gemeinde hatten bisher ihren Vorteil davon. Wenn sie den Lehrerinnen niedrige Gehälter zahlten, so konnten sie als Motivierung immer anführen, daß es sich ja um Unverheiratete handelte, die im allgemeinen nur für sich selbst zu sorgen hätten. Den Forderungen nach Erhöhung der Gehälter konnte man sogar mit der Begründung entgegenreten, daß die „Neigung zur Ehelosigkeit“ dadurch gefördert würde.

Tatsächlich aber liegen die Dinge umgekehrt. Die „Neigung zur Ehelosigkeit“ wird nicht durch etwaige hohe Gehälter gefördert, sondern durch das Eheverbot in seiner heutigen Gestalt, das die Lehrerin in jedem Falle zur bitteren Resignation zwingt: entweder zum Verzicht auf volles Frauengeld oder aber zum Aufgeben eines lieb gewordenen Berufes, dem sie ein jahrelanges kostspieliges, oft unter härtesten Entbehrungen erworbenes Hochstudium gewidmet. Bestände das Eheverbot nicht, so könnten Lehrerinnen auch dann zur Heirat schreiten, wenn die Geldmittel des Mannes zur Erhaltung einer Familie nicht ganz ausreichen.

Natürlich haben auch andere Erwägungen den Staat mit beeinflusst. Eine schwangere Lehrerin vor der Klasse: entsetzlicher Gedanke! Bei anderen Berufen findet man es freilich ganz in der Ordnung, daß schwangere Frauen schwere und schädlichen Arbeiten obliegen müssen, ohne daß sie eine Möglichkeit haben, ihren Zustand vor Kindern und Jugendlichen zu verbergen. Man scheut auch die Störungen, die Geburten und Krankheiten der Kinder in der Schulküchlichkeit verursachen würden. Indes sind dies durchaus keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Etwas guter Wille und organisatorische Einsicht würde den größten Teil derselben aus dem Wege räumen. Es entstehen auch unter den heutigen Verhältnissen unter der Herrschaft des Eheverbots erhebliche Störungen im Unterricht, wenn junge Lehrerinnen heiraten und andere an ihre Stelle treten, die sich erst einzuarbeiten haben. Wie viele tüchtige Lehrkräfte könnten andererseits der Schule erhalten bleiben, wenn der Staat mit dem Prinzip der unterverheirateten Lehrerin bräche. Zweifelloß bedeutete die Ehe und Mutterschaft unter normalen Verhältnissen eine außerordentliche Bereicherung des Familienlebens der Frau, die mittelbar und unmittelbar ihrer erzieherischen und unterrichtlichen Tätigkeit zu gute kommen würde. Es sei hier nur hingewiesen auf die Frage der geschlechtlichen Aufklärung der Jugend, die den unverheirateten Lehrerinnen kaum zu überwindende Schwierigkeiten bereitet. Hier könnte die verheiratete Lehrerin geradezu bahnbrechend wirken.

Leider sind die Lehrerinnen in ihrer großen Mehrzahl noch weit entfernt davon, sich gegen die durch nichts zu rechtfertigende Bevormundung des Staates aufzulehnen. Die katholischen Lehrerinnen sind unter dem suggestiven Einfluß der katholischen Weltanschauung einmütig dafür eingetreten, daß sie das Jölibat, die Ehelosigkeit, für ihren Stand fordern. Auch ein erheblicher Teil der protestantischen Lehrerinnen ist noch so verblendet, von ähnlichen Erwägungen ausgehend, die ehelose Lehrerin gegenüber der verheirateten als ein Wesen höherer Ordnung anzusehen und dementsprechend völlige Aufgeben in die Berufsinteressen zu verlangen. Die Lehrer sind mit der Institution der ehelosen Lehrerinnen natürlich sehr einverstanden, da ihr Verhalten den Kolleginnen gegenüber immer nur von der Konkurrenzsucht beeinflusst wird. Sie mühen sich gegen eine winzige Milde rung des Eheverbots in einem neuerlichen Ministerialerlass, der die widerwärtige Einstellung der verheirateten Lehrerinnen, wo es deren häusliche Verhältnisse wünschenswert erscheinen lassen, unter den denkbar ungünstigsten Arbeitsbedingungen ausnahmsweise gestatte, sofern die Lehrberechtigten keinen Einspruch erheben. Also ein widerwärtig hingeworfenes Almosen, eine kleine und kleinliche Konzession an die Bedürftigkeit einiger weniger, anstatt der Erfüllung eines Rechtsanspruches, wie er von dem fortschrittlich gesinnten Teil der Lehrerinnen erhoben wird.

Kaum in anderer Beruf verlangt so den allseitig harmonisch entwickelten Menschen, wie der mühe- und verantwortungsvolle Lehrberuf. Wie aber kann man eine harmonische Entwicklung von jemand verlangen, der — wie die unverheiratete Lehrerin — zu lebenslanger Entzogenheit verurteilt ist? Andere Länder wie Amerika, Frankreich, die Schweiz, Ungarn und Dänemark kennen kein Eheverbot der Lehrerinnen und die Schule und Lehrerinnen befinden sich dabei sehr wohl. Den Müttern des Volkes ist der Einfluß der verheirateten Frau im Schulleben zweifellos sehr sympathisch.

Die radikale Aufhebung des einen Teils der preussisch-deutschen Schulmiserere bildenden Eheverbots der Lehrerinnen würde zur Hebung der Volksschule mit beitragen, an der niemand ein höheres Interesse hat als die Arbeiterklasse.

Lesende.

Charlottenburg, Donnerstag, den 4. März, 10 Uhr, für die 1. und 2. Gruppe bei Vogel, Rehringstr. 2, für die 4. bis 8. Gruppe bei Thunod, Wielandstr. 4. Der Lesende für die 3. Gruppe kann umständlicher erst am 18. März bei Kirchow, Beusselstr. 9, stattfinden.

Lankwitz, Donnerstag, den 4. März, bei Ebel, Marienfelder Str. 9.

Gerichts-Zeitung.

Beschränkung der Rechte des Verteidigers.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Was sich Verteidiger zuweilen in den Gerichtssälen bieten lassen müssen, dafür ist folgender Fall typisch: Der Rechtsanwalt Kronsohn hatte in einem Mißhandlungsfall vor dem Schöffengericht gebeten, einen Zeugen mehr im Zusammenhang zu vernehmen. Der Amtsrichter Hoffmann ließ sich auf den Wunsch des Verteidigers nicht ein, lehnte Anträge, sich mit den Schöffen zur Beratung zurückzuziehen, Bemerkte in das Protokoll aufzunehmen usw. kurzweg ab und entgegnete dem Verteidiger, der sich in seinen Rechten beschränkt fühlte, weitere Proteste würde er als Angehöriger vor Gericht ansehen. Der Verteidiger entgegnete darauf: „Das ist mir gleichgültig.“ Amtsrichter Hoffmann zog sich darauf mit den Schöffen zur Beratung zurück und verkündete, das Gericht sei sich einig, daß sich der Verteidiger einer Ungebühr schuldig gemacht habe. Eine Strafe sei nur deshalb nicht verhängt worden, weil sich der Verteidiger in die Erregung „hineingeredet“ habe.

Das Vorgehen des Amtsrichters widersprach durchaus dem Gesetz. Nicht der Vorsitzende, sondern das Gericht hat über die Anträge des Verteidigers sachlich zu entscheiden. Wenn die Schöffen das ungeschickliche Vorgehen ihres Vorsitzenden gutfinden, so beweist das nur, wie notwendig die Zuziehung von Schöffen aus allen Kreisen der Bevölkerung ist.

Darlehenswindfischeien.

Nicht weniger als 70 Zeugen waren zur Verhandlung einer Strafsache geladen, die gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Warnatzsch verhandelte. Wegen Betruges in zahlreichen Fällen hatten sich der Fahrradhändler Wilhelm Schütte und der Agent Wilhelm Gerkmann zu verantworten. Es handelte sich um die geschäftlichen Geschäften eines Darlehensgeschäftes, welches die beiden Angeklagten betrieben haben. Die Strafsache war schon einmal vor dem Schöffengericht Charlottenburg zur Verhandlung angelegt

gewesen, das Schöffengericht erklärte sich aber für unzuständig und verwies die Sache an die Strafkammer. Die Anlage beschuldigte die beiden Angeklagten Darlehenswindfischeien in großem Umfange ausgeführt zu haben. Der Angeklagte Schütte betrieb früher ein Fuhrtaggeschäft in der Klausstraße, Gerkmann war früher Inhaber eines Tapetengeschäftes. Im August 1907 vereinigten sich beide zum Betriebe eines Darlehensgeschäftes, welches in der Kaiser Friedrichstraße 67 in Charlottenburg installiert wurde. Wenn Darlehensfischer Inserate in bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten, auf Grund deren sie Geld suchten, dann meldeten sich die Angeklagten und erklärten, daß sie in der Lage seien, die gewünschte Summe zu beschaffen. Wenn dann die betreffenden Personen — es kommen etwa 70 bis 80 in Frage — in dem Bureau der Angeklagten erschienen, dann führte Gerkmann, der sich als „Rentier“ Schütte gerierte, die erforderlichen mündlichen Verhandlungen, bei denen die Darlehensfischer in dem Glauben erholten wurden, daß sie nicht einem Vermittler, sondern einem Selbstgeber gegenüber ständen. Dann verließ die Sache so: Zunächst verlangte Gerkmann einen Vorbehalt von 3 bis 15 M., die angeblich zur Anstellung der notwendigen Auskünfte verwendet werden sollten. Wenn dann nach einiger Zeit die Geldsucher wieder erschienen, dann erlaubten sie, daß die Auskünfte ganz auszufallen sei, aber doch noch ein Bürge gestellt werden müsse. Obgleich auch dieses Verlangen erfüllt wurde, kam es doch nie zur Vermittlung des Darlehens. Die Geldsuchenden wurden mit dem Bemerkten abgefeilt, daß Herr Rentier Schütte nach der eingezogenen Auskunft von der Sicherheit des Bürgen doch nicht genügend überzeugt sei. Diese Auskunft, für die der Vorbehalt gezahlt werden mußte, bestand darin, daß der Angeklagte Schütte, den die Geldsuchenden als solchen, nie kennen gelernt hatten, eines Tages in den Geschäftslökalen bezw. Wohnungen der letzteren erschien, sich als „Vertrauensmann des Rentiers Schütte“ vorstellte und einige Fragen an die Betreffenden richtete, die sich auf deren Bonität bezogen. Die Anlage war der Ansicht, daß die Angeklagten gar nicht wußten und auch gar nicht in der Vermögenslage gewesen seien, höhere Geldbeträge als Darlehen zu gewähren, daß es ihnen vielmehr lediglich darauf angekommen sei, die angeblichen Auskunftsstellen in die Tasche zu stecken. Auf Grund einer eingegangenen Strafanzeige wurde bei den Angeklagten Hausdurchsuchung abgehalten und dabei ein Buch mit Verzeichnis der Personen enthalten waren. Diese befanden in überwiegender Zahl, daß es nach ihrer Heberzeugung den Angeklagten nur um die Auskunftsgebühren zu tun war; ein Teil von ihnen folgerte dies auch daraus, daß sie sowohl selbst, als auch der von ihnen angegebene Bürge durchaus kreditwürdig waren und trotzdem in keinem einzigen der vielen Fälle ein Geschäft zustande gekommen sei. — Die Angeklagten bestritten dagegen jede Schuld und behaupteten, daß sie die eheliche Pflicht gehabt hätten, die Darlehen zu beschaffen, daß sie auch Geldgeber hinter sich hätten, die Sachen aber alle zu unsicher gewesen seien. Sie wollten bei dem ganzen Geschäft, das sie noch kurzer Zeit wieder aufgegeben, Geld zugesetzt haben. — Der Staatsanwalt hielt beide Angeklagte des fortgesetzten vollendeten und des versuchten Betruges für überführt und beantragte je 6 Monate Gefängnis und je 300 M. Geldstrafe. Das Gericht verurteilte Schütte zu nur 2 Monaten, Gerkmann zu 3 Monaten Gefängnis und je 1000 M. Geldstrafe eventuell noch je 100 Tage Gefängnis.

Ein dreister Raubanfall.

führte gestern den Kellner Gustav Handke vor das Schwurgericht des Landgerichts II. Der Angeklagte hatte in Erfahrung gebracht, daß eine Angestellte der Suttergroßhandlung von Gebrüder Grob an einem bestimmten Tage in der Woche die Tageslohnungen aus den verschiedenen Filialen der Firma abholte und nach der Zentrale in der Blumenstraße abliefern. Hierauf baute der Angeklagte, der sich schon längere Zeit beschäftigungslos in Berlin herumtrieb, seinen Plan. Am 13. Dezember vorigen Jahres hatte die Buchhalterin Heinrich den Auftrag, die Bodenlohnung aus der Filiale Potsdamer Straße abzuholen und nach der Zentrale zu bringen. Kaum hatte sie die Straße wieder betreten, als der Angeklagte auf sie zusprang, ihr mehrere Faustschläge versetzte und ihr nach einem kurzen Handgemenge ein kleines Handtäschchen entriß. Die Heberläure stürzte zu Boden, hielt aber dabei ein unscheinbares, in Zeitungspapier eingewickeltes Paketchen besonders fest. Der dreiste Räuber wurde sofort verhaftet und nach einer aufregenden Hejragd von einem Arbeiter Stief gesteckt. Erst jetzt stellte es sich heraus, daß der Angeklagte sich ganz umsonst bemüht hatte, denn das Handtäschchen enthielt nur einen geringen Betrag, während das unscheinbare Paketchen den Betrag von 1500 M. enthielt. Die junge Dame hatte diesen Trid in der Voraussehung angewandt, daß bei einem Raubanfall der Täter das Geld in der Handtasche vermuten würde. — Der Staatsanwalt beantragte dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß nur eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Das Gericht ging jedoch über diesen Antrag hinaus und erkannte auf 1 Jahr Gefängnis.

Ein neuartiger Schwindeltrick.

Herr Adolf Kunze in Friedenau, Ledeborstraße 22, Sohn des Tischlers Wilhelm Kunze, ersucht um Mitteilung, daß er mit dem Handlungsgehilfen Adolf Kunze nicht identisch ist, der am Freitag wegen einiger Tücher Betrügereien zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt ist. Wir kommen diesem Wunsche gern nach. Der Verurteilte befindet sich in Haft.

Ein patriarchalischer Guttsbesitzer.

Gegen zwei Frauen, die Guttsbesitzerin Berta Rosalie König und deren Dienstmagd Emma Schmidt, war Anklage wegen versuchten Mordes erhoben worden. Die Guttsbesitzerin lebte seit langen Jahren mit ihrem Manne in Infriden. Grund zu diesem gab der Mann. Er unterließ Verbindungen mit seinen übrigen beiden Diensthofen und benutzte seine Frau lediglich als Arbeitspferd. Sie erhielt auch Prügel, wenn sie nicht genug gearbeitet hatte. 30 Jahre hindurch hat die Frau sich die rohe Behandlung gefallen lassen, und jetzt, nachdem sie bereits am Rande des Grabes stand, sah sie den Entschluß, sich des Tyrannen auf mörderische Weise zu entledigen. „Ich halt es nicht mehr aus“, sagte sie ihrer Magd, der Emma Schmidt, und diese erteilte ihr den Rat: „Schaff doch den Mann aus dem Wege, dann haben wir wenigstens Ruhe!“ Am 21. Dezember 1908, früh in der siebenten Stunde, brachte der Guttsbesitzer seinen Pferde Hof. Die beiden Frauen hatten in der Nacht zuvor ihren Vorhaben beraten und unaufrichtig folgten sie ihm in den Pferdestall. Hier gab die Guttsbesitzerin ihrem Manne einen kräftigen Stoß, daß er unter die Pferde fiel. Er versuchte sich zu erheben, aber in diesem Augenblicke sprang die Dienstmagd auf Geheiß der Herrin mit einer eisernen Gade hinzu und versetzte dem Guttsbesitzer mehrere heftige Schläge über den Kopf. Dann gab sie ihm noch einen Fußtritt in den Leib und ließ mit ihrer Herrin in den Garten. Die Verletzungen, die die beiden Frauen dem Guttsbesitzer beigebracht hatten, waren jedoch nicht lebensgefährlicher Natur. Er konnte sich noch erheben und begab sich, während die Täterinnen in Garten lauerten, ins Freie, um sich zum benachbarten Gute des Gemeindevorstandes zu begeben. Als die Guttsbesitzerin ihres totesglaubten Mannes ansichtig wurde, rief sie entsetzt der Magd zu: „Er ist nicht tot, sondern läuft im Hof mit einer Gabel herum!“ Dann ergriffen sie die Flucht, wurden aber alsbald von der Ortspolizei festgenommen. Vor dem Schwurgericht in Friedenau in Sachen gegen sie ihre Tat unumwunden zu bestritten auch nicht, bereits am Abend vor der Tat sich überlegt zu haben, wie sie den Mord ausüben wollten. Die Guttsbesitzerin wurde trotz der widrigen Umstände zu fünf Jahren, die Dienstmagd zu drei Jahren Zuchthaus, außerdem beide zu sechs Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Eingegangene Druckschriften.

Der Blumenhieb, Roman von H. Koller. 250 M., geb. 450 M. — Ganshal, Eine Geschichte der Sehnacht von R. Jaques. 2 M., geb. 3 M. — S. Müller, Berlin, Bölowstr. 99.

Verantwortl. Redakteur: Carl Vermuth, Berlin-Niedrigdorf. Für den

Generalversammlung des Kreiswahlvereins Niederbarnim.

Der Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Niederbarnim hielt seine Generalversammlung am Sonntag im „Kronprinzengarten“ zu Lichtenberg ab. Der Kreisvorstand hatte einen gedruckten

Jahresbericht

vorgelegt. Dieser erinnert zunächst an die politischen Ereignisse des Jahres und die Parteitätigkeit, welche aus Anlaß derselben entfaltet wurde. Ueber die Angelegenheiten des Kreises selbst entnehmen wir dem Bericht folgende Angaben: In den meisten Orten des Kreises hatten wir Gemeindevahlen. Im großen und ganzen haben wir unsere Position behauptet. Die Zahl der Mandate ist dieselbe geblieben. Im ganzen hat der Kreis 93 sozialdemokratische Vertreter in den Gemeinden. — An den Gewerbegerichtswahlen beteiligten sich außer den größeren Orten wie Lichtenberg, Weiskensee, Rummelsburg, Pankow und Zegel noch die Genossen in Stralau, Friedrichsfelde, Nieder-Schönhausen, Wilhelmshagen, Reinickendorf-Ost und West. — Ferner sagt der Bericht: Auch in der Zwischenzeit zwischen den Wahlen waren wir nicht müßig. Durch die Verbreitung unserer Ideen und Ziele durch die Presse und durch Flugblätter haben wir die Agitation betrieben. Die Kleinarbeit der Genossen wurde sehr in Anspruch genommen. Der Erfolg zeigt sich in dem Mitgliederstand und der Zahl der Abonnenten unserer Presse. Gewiß könnte der Erfolg noch größer sein, jedoch die seit Jahren anhaltende wirtschaftliche Krise äußert sich auch bei uns in dem ungunstigen Stande der Finanzen. Erfreulicherweise haben wir nicht über einen Rückgang zu klagen, vielmehr haben wir noch einen kleinen Fortschritt zu verzeichnen. Mitgliederzahl und Klassenbestände haben sich gehoben. Durch den Uebertritt des Frauen in unseren Wahlverein im August 1908 hat sich auch die Zahl der organisierten Frauen vermehrt. Ueber die Zahl der Mitglieder, der „Vorwärts“-Leser sowie der aus der Landesliste Ausgetretenen gibt folgende Tabelle Auskunft:

Bezirk	Zahl der Mitglieder nach Angabe der Bezirke	„Vorwärts“-Leser	Aus der Landesliste ausgeschieden
Barnim	248	800	85
Erkner	120	120	17
Französisch-Buchholz	181	109	—
Friedrichsfelde	182	209	18
Friedrichshagen	450	400	55
Herzfelde	40	18	—
Karlshorst	189	161	55
Lichtenberg	2 510	2 554	521
Mahlsdorf	181	184	49
Neuenhagen	100	118	28
Nieder-Schönhausen	280	208	85
Ober-Schöneweide	638	970	177
Oranienburg	72	38	7
Pankow	700	980	—
Reinickendorf-Ost	497	690	76
West	297	402	—
Rummelsburg	1 542	2 300	951
Stralau	309	260	44
Zegel	598	720	111
Waldmannslust	440	532	65
Weiskensee	1 165	1 247	222
Wilhelmshagen	171	125	9
Wilhelmsruh	200	233	—
Summa	11 115	12 668	1 869

Diese Tabelle bezieht sich nur auf die männlichen Mitglieder. Von den bereits früher organisierten Genossinnen sind noch Inhabiterinnen des Reichsvereinsgesetzes dem Verein 689 weibliche Mitglieder beigetreten.

Im Berichtsjahre wurden abgehalten 200 Mitgliederversammlungen, 155 öffentliche Versammlungen, 14 Vormittags- und 23 Nachmittagsversammlungen am 1. Mai. 110 Agitationstouren wurden veranstaltet; den Genossen stehen im Kreise 115 Versammlungsorte zur Verfügung.

Der

Rassenbericht

gelgte eine Einnahme von 29 463,99 M., eine Ausgabe von 25 307,19 M. und einen Bestand von 4156,13 M. — An den Kassierer von Groß-Berlin sind 10 286,60 M. Weirtragsanteile abgeführt und außerdem noch 7051,35 M.

Nachdem die Generalversammlung eröffnet war, erstattete der Vorsitzende Denker den Geschäftsbericht des Vorstandes. Er beschränkte sich im wesentlichen auf einige Erläuterungen des gedruckten Berichtes. Ferner bemerkte er, die Tätigkeit des Vorstandes sei eine sehr rege gewesen. Es fanden 18 Sitzungen des engeren und 14 Sitzungen des erweiterten Vorstandes statt. Schließlich gab der Redner eine kurze Darstellung der bekannten Vorgänge im Pankow. Er führte aus, daß die Maßnahmen, welche der Kreisvorstand in dieser Angelegenheit traf, angesichts der Situation notwendig und durchaus berechtigt seien. Er glaube, die Generalversammlung werde mit der Haltung des Vorstandes einverstanden sein.

Der Kassierer Seikel gab einige Erläuterungen zum Rassenbericht.

Rubig erstattete den

Bericht der Prek-Kommission.

Er gab eine Uebersicht über die Finanzlage und den Abonnentenstand des „Vorwärts“, und meinte, es könne mit Befriedigung konstatiert werden, daß trotz der gegenwärtigen Krise die Abonnentenzahl immer noch um 8315 über dem Durchschnitt des Vorjahres stehe. Ferner besprach der Redner die Tätigkeit der Prek-Kommission und ihre Stellungnahme zu verschiedenen Beschwerden und Anträgen im einzelnen. Was er in dieser Hinsicht ausführte, ist aus den in den Berliner Wahlkreisen gegebenen Berichten bereits bekannt.

Nach dem von Sonnenburg gegebenen Bericht der Mandatprüfungskommission sind auf der Generalversammlung anwesend 15 Kreisvorstandsmitglieder und Funktionäre, 18 Bezirksvorstandsmitglieder und 78 Delegierte. — Im Anschluß an den Bericht wurde beschlossen, daß die neu festgesetzte Delegiertenzahl immer vom Beginn des Geschäftsjahres an gelten soll.

Glas erstattete den

Bericht der Lokalkommission.

Diese habe eine rege Tätigkeit entfaltet. 216 Briefe seien aus- und 230 eingegangen. Der Redner zeigte an verschiedenen Beispielen, wie schwierig es in vielen Orten sei, Lokale für uns zu bekommen. In 18 Orten seien alle Lokale gesperrt, in 77 Orten sind freie Lokale vorhanden, in 9 Orten sind alle Lokale frei. Zwei Konferenzen fanden im Laufe des Jahres statt. Leider hätten einzelne Bezirksvorstände nicht in enger Fühlung mit den Mitgliedern der Lokalkommission gestanden und auch zum Teil keine Entscheidung für Agitation in der Lokalfrage bewilligt. In den ländlichen Orten hätten die Wirte fast immer dem Druck der Polizei nachgegeben.

Jakobsen erstattete den

Bericht der Agitationskommission.

An der Hand zahlreicher Einzelvorgänge gab er ein Bild vom Stande der Organisation und Agitation in der Provinz, wie es durch die Berichterstattung in Berlin bereits bekannt geworden ist. Der Redner konstatierte, daß die Partei in steter Fühlung mit den gewerkschaftlichen Organisationen in der Provinz gearbeitet habe und daß der Arbeiter-Modfahrerbund bei den Agitationsarbeiten wertvolle Hilfe leiste.

Frau Kienast gab eine Uebersicht über die Klassenverhältnisse der Frauenbewegung des Kreises vor dem Anschluß an den Wahlverein.

Hierauf wurde die

Diskussion über den Vorstandsbericht

eröffnet. Sie erstreckte sich zunächst in ausführlicher Weise auf die Pankower Affäre.

Krendsee erklärte, er könne nicht einverstanden sein mit dem Vorgehen des Kreisvorstandes gegen die Pankower Genossen. Der Kreisvorstand habe schon durch sein feierliches Verhalten Wasser auf die Mühle Möbers geführt und die Erbitterung der Pankower Genossen auf die Spitze getrieben. Die Auflösung des Vereins sei nach dem Statut nicht gerechtfertigt. Aber abgesehen davon, habe der Kreisvorstand mit der Auflösung eine Dummheit gemacht, die nicht so leicht wieder gut gemacht werden könne. An demselben Tage, wo die Pankower Genossen schon beschlossen hatten, einen anderen Vorstand zu wählen und an demselben Tage, wo Möber durch die Kontrollkommission ausgeschlossen wurde, habe der Kreisvorstand die Auflösung des Pankower Vereins beschlossen. Das sei eine verkehrte taktische Maßregel. Eine Organisation habe der Kreisvorstand zerstört, die nicht so bald wieder aufgebaut werden könne.

Rixus sagte, was in der Pankower Angelegenheit geschehen sei, könne ja nicht mehr in andere Bahnen gelenkt werden. Es sei kein Zweifel, daß der Vorstand mit seinen Maßnahmen in der Pankower Angelegenheit geglaubt habe, den Interessen der Partei zu dienen. Aber der Vorstand habe nicht richtig gehandelt. Die Schuld an den Verhältnissen in Pankow liege auf beiden Seiten, die größte Schuld hätten jedoch die Pankower Genossen. Wenn man die Angelegenheit richtig beurteilen wolle, dann dürfe man nicht erst bei der Affäre Möber anfangen. So lange Freiwald das Jopier in Pankow führte, seien Dinge vorgekommen, mit denen man nicht einverstanden sein könne. Es habe sich eine Strömung gegen Freiwald und seine Freunde gebildet. Dem Verlangen der Genossen in den Bezirken müsse mehr Rechnung getragen werden, als es der Kreisvorstand bisher getan habe. So hätte der Vorstand nicht denjenigen Genossen in die Expedition einsehen dürfen, gegen den sich der ganze Jopier der Mehrheit der Pankower Genossen richtete. Damit habe der Vorstand Öl ins Feuer gegossen. Zu billigen sei es allerdings nicht, daß die Pankower Genossen dann auch den Spediteur aus der Kauerstraße nicht haben wollten. Es wäre besser gewesen, wenn der Kreisvorstand nicht Berufung eingeleitet hätte gegen das Schiedsgerichts-urteil über den engeren Vorstand von Pankow. Durch die Auflösung habe der Kreisvorstand eine Parteiorganisation zerrüttet, die nun nicht sobald wieder auf die frühere Höhe kommen werde.

Rassa vertat den Standpunkt, daß die Berufung gegen das Urteil des Schiedsgerichts nur auf Beschluß der Generalversammlung hätte erfolgen dürfen. Ein Recht zur Auflösung des Pankower Vereins habe der Vorstand nicht. Er hätte abwarten müssen, bis die Generalversammlung gesprochen hätte. Durch die Maßnahmen des Vorstandes würden die Pankower Genossen nicht befriedigt werden. Die Unzufriedenen würden sich umschreiben lassen und dann ihr Treiben fortsetzen. Auf das Statut könne sich der Vorstand hinsichtlich der Auflösung nicht stützen. Von einem solchen Recht des Vorstandes stehe nichts im Statut.

John-Rummelsburg: Das Verhalten der Pankower Genossen könne gar nicht scharf genug verurteilt werden. Aber auch der Kreisvorstand trage in taktischer Hinsicht einen Teil der Schuld an diesen Vorgängen. Möber sei nicht der Mann, der an der Spitze eines Wahlvereins stehen könne. Aber man hätte doch berücksichtigen müssen, daß hinter ihm der ganze Pankower Vorstand stand und daß man deshalb nicht so scharf gegen die Pankower Genossen hätte vorgehen dürfen. Rubig sei als Freund Freiwalds mehr als dieser in Pankow verhaftet. Deshalb hätte der Kreisvorstand nicht den Genossen Rubig als Speditur einsehen dürfen. Wenn es der Vorstand dennoch tat, so habe er nicht klug gehandelt. Nach der Verbreitung des Pankower Flugblattes habe die Kreisversammlung allerdings beschlossen, daß es so nicht weiter gehen dürfe, aber sie habe dem Vorstand nicht das Recht gegeben, den Pankower Verein aufzulösen. Das hätte nur durch Beschluß der Generalversammlung geschehen können. Mit der Auflösung habe der Vorstand einen großen Fehler gemacht. Es müsse auch jetzt noch alles getan werden, was geeignet sei, friedliche Verhältnisse in Pankow herzustellen.

Düweli führte aus: Der Vordredner habe gesagt, die Pankower Genossen hätten sachlich Unrecht, aber der Vorstand habe taktisch falsch gehandelt und müsse deshalb Prügel haben. Aber weder der Vordredner, noch einer der anderen Kritiker, habe gesagt, wie es der Vorstand hätte machen sollen, um eine Lösung des Pankower Konfliktes herbeizuführen. Es sei behauptet worden, der Vorstand habe kein formales Recht zur Auflösung eines Ortsvereins. Der Redner vertritt den Standpunkt, daß der Vorstand nach dem Statut das Recht zur Auflösung habe. Hätte der Vorstand nicht so gehandelt, wie er gehandelt habe, so würde man ihn ebenfalls scharf kritisiert haben. Nach dem Organisationsstatut der Partei sei der Kreiswahlverein die Grundlage der Parteiorganisation. Hiernach seien die örtlichen Vereine in solchen Wahlkreisen, die sich über mehrere Orte erstrecken, keine selbständigen Parteiorganisationen, sie könnten also nicht unabhängig von der Kreisorganisation Beschlüsse fassen. Nach dem Statut des Kreiswahlvereins habe der Vorstand die Aufgabe, nach Bedürfnis Mitglieder mit der Agitation in den Bezirken zu beauftragen. Von diesem Recht habe der Vorstand jetzt Gebrauch gemacht. Eine Selbstbestimmung der örtlichen Vereine gebe es wohl nach alter Tradition, aber nicht nach dem Statut. Als der Vorstand den Pankower Verein aufzulösen beschloß, habe er nicht wissen können, daß Möber am Tage der Auflösung von der Kontrollkommission aus der Partei ausgeschlossen werden würde. Daß die Pankower Genossen ihren alten Vorstand nicht wiedewählen würden, das habe der Kreisvorstand nach früheren Erfahrungen mit derartigen Erklärungen nicht glauben können. Hätte sich der Kreisvorstand mit der Annahme, der Pankower Vorstand würde nicht wiedergewählt, beruhigt und nichts getan, so würde das nicht gebilligt worden sein. Wenn man die Pankower Angelegenheit richtig beurteilen wolle, dann müsse man die Personen betrachten, welche im Vordergrund der Treiberei stehen. Es sei kein Zweifel, daß das Vorgehen der Pankower nicht in ihrem engeren Interesse, sondern von einzelnen Angestellten einer bestimmten Anstaltsklasse bestimmt werde. Das sei ja allgemein bekannt. Warum werde denn auf dem vom Pankower Vorstande verbreiteten Flugblatt nicht der Drucker genannt? — In der vom Kreisvorstande einberufenen Versammlung in Pankow sollte den Genossen, die durch Möber über die Angelegenheit falsch informiert waren, die Sache richtig dargestellt werden. Zu einer derartigen Versammlung habe jedes Mitglied des Kreiswahlvereins Zutritt. Die Pankower Genossen aber hätten den Mitgliedern des Kreisvorstandes den Zutritt verweigert. Das sei ein Verstoß, durch den sich die Betreffenden außerhalb der Parteiorganisation gestellt hätten. Die meisten der Pankower Parteigenossen kennen die sachlichen Gründe ihres Konfliktes mit dem Kreisvorstande gar nicht. Sie seien durch Möber irreführt. Die Pankower Genossen seien in ihrer großen Mehrheit zu entschuldigen, ihre Erregung sei ihnen zugute zu halten, aber das alles dürfe nicht bestimmend sein, wenn Gesetze im Vergange sei. Wenn der Kreisvorstand nicht mehr in die

Versammlung gelassen werde, dann sei doch eine Verständigung mit den Pankower Genossen nicht möglich. Bei außergewöhnlichen Verhältnissen, wie sie in Pankow vorlägen, habe der Kreisvorstand zu besonderen Maßnahmen schreiten müssen. Wenn der Vorstand in solchen Fällen nicht das Recht der Initiative hätte, dann brauchte der Kreis überhaupt keinen Vorstand. Wenn man anerkenne, daß der Kreisvorstand sachlich im Recht sei, dann müsse man auch zugeben, daß er richtig gehandelt habe, indem er das getan habe, wozu er im Interesse der Partei und der Gewerkschaften verpflichtet gewesen sei.

Die folgenden Diskussionsredner Gütig, Liesegang, Kienast, Brühl, Weder, Neumann, gingen zum Teil sehr eingehend auf die Pankower Angelegenheit ein und rechtfertigten die Handlungsweise des Kreisvorstandes.

Kämring vertat in längeren Ausführungen den Standpunkt: Es sei klar, daß der Pankower Angelegenheit ein Ende gemacht werden mußte; aber es sei nicht zu billigen, daß der Kreisvorstand die Generalversammlung vor vollendete Tatsachen gestellt habe. In der Sache selbst habe der Kreisvorstand taktisch nicht richtig gehandelt. Die Auslegung, welche Düweli dem Statut gegeben habe, sei unsahbar. Der § 4 schreibe wohl vor, wo und unter welchen Umständen örtliche Organisationen errichtet werden können, aber er gebe dem Vorstande kein Recht, eine bestehende Organisation aufzulösen. — Mit Bezug auf die Mitteilung des „Vorwärts“, daß Kater die Vorgänge in Pankow für seine die Arbeiterbewegung zersplitternde Agitation auszunutzen versuche, sagte der Redner: Früher seien Kater, Zuppelach, Gehl usw. beim „Vorwärts“ sehr gern gesehen gewesen, wenn sie gegen die Gewerkschaften vorgingen. Jetzt, wo sie den Parteigenossen in die Parade fahren, sei es anders geworden. Wenn man diesen Leuten früher das Handwerk gelegt hätte, dann wäre es in Pankow wohl nicht so weit gekommen.

Dianz-Pankow billigte die Maßnahmen des Kreisvorstandes und wünschte, daß man den Pankower Genossen jetzt die Regelung der Angelegenheit allein überlasse, sie würden den Weg zum Frieden finden, ja sie seien schon auf dem Wege zum Frieden. Sie hätten eine Kommission eingeseht, um, vielleicht unter Mitwirkung des Parteivorstandes, eine Verständigung herbeizuführen.

Seikel stellte durch Verlesung der Kreiskonferenz fest, daß der Kreisvorstand im Sinne dieser Beschlüsse gehandelt habe.

Wessel-Stralau sagte, dem Kreisvorstand seien Mittel und Wege zur Verständigung mit den Pankower Genossen angegeben worden, er habe aber nicht davon Gebrauch gemacht. Der Pankower Verein hätte nicht aufgelöst werden brauchen. — Fensler-Pankow billigte die Maßnahmen des Kreisvorstandes. — John-Oberschöneweide führte aus: Die Beschlüsse der Kreisversammlung hätten den Vorstand nicht zu seinem Vorgehen ermächtigt, es hätte vielmehr nochmals die Angelegenheit in der Kreisversammlung behandelt werden müssen, ehe der Vorstand gegen die Pankower Genossen hätte vorgehen dürfen.

Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen. Es folgten eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Unter anderem bemerkte Düweli gegen die Ausführung Kämring über das angelegliche Verhältnis des „Vorwärts“ zu Kater, Zuppelach usw.: Der „Vorwärts“ habe nie mit einzelnen Personen gegen die Gewerkschaften konspiriert. Ebe der Parteitag nicht gesprochen hatte, habe der „Vorwärts“ nicht gegen die Lokalfisten vorgehen können. Nachdem der Parteitag gesprochen hatte, habe der „Vorwärts“ diesem Beschluß entsprechend gehandelt.

Ueber die Geschäftsführung des Vorstandes und den Inhalt des Jahresberichts wurden in der Debatte nur vereinzelte unwesentliche Ausstellungen gemacht. Unter anderem wurde bemerkt, im Jahresbericht werde nur die Zahl der übergetretenen, aber nicht die der später beigetretenen weiblichen Mitglieder angegeben. Die wirkliche Zahl der weiblichen Mitglieder sei deshalb erheblich größer als die im Bericht enthaltene. So habe Lichtenberg 178 weibliche Mitglieder, während der Bericht nur 87 angebe.

Denker ging in seinem Schlußwort insbesondere auf die Pankower Angelegenheit ein und rechtfertigte im einzelnen die Maßnahmen des Vorstandes.

Hierauf wurde die nachstehende Resolution mit allen gegen 15 Stimmen angenommen:

„Angesichts der parteischädigenden Vorgänge in Pankow, welche eine gedeihliche Parteitätigkeit zur Unmöglichkeit machten, erklärt sich die Generalversammlung mit den getroffenen Maßnahmen des Kreisvorstandes in dieser Sache einverstanden und erwartet von ihm, daß er in Pankow Zustände herbeiführt, wie sie im Parteinteresse notwendig sind.“

Die Diskussion über die Berichte der Kommissionsmitglieder erstreckte sich lediglich auf einige Beschwerden lokaler Natur.

Neuwahl des Vorstandes

hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Brühl-Lichtenberg, 2. Vorsitzender Denker-Waldmannslust, Kassierer Seikel-Lichtenberg, Schriftführer Lorenz-Reinickendorf-Ost, Weisker Berger-Rummelsburg und Frau Kienast-Vorflügge. In die Prek-Kommission wurde Hellrich-Nieder-Schönhausen mit 50 Stimmen gewählt. (Der bisherige Vertreter Rubig blieb mit 40 Stimmen in der Minorität.) Ferner wurden gewählt: als Aspirant Liesegang-Oberschöneweide, in die Agitationskommission Jakobsen-Oberschöneweide, Lokalkommission Glas-Rummelsburg, Revisoren: Sonnenburg-Friedrichshagen, Krendsee-Zegel, Feuder-Weiskensee. Revisor für Groß-Berlin Breitkreuz-Weiskensee.

Hierauf folgte die

Statutenberatung.

Dazu lag eine neue Fassung vor, welche von der Statutenberatementkommission ausgearbeitet ist. Die neue Fassung unterscheidet sich von dem alten Statut hauptsächlich dadurch, daß sie den Gedanken des Organisationsstatuts der Partei, wonach der Wahlverein des Kreises die Grundlage der Parteiorganisation bildet, klar zum Ausdruck bringt. Demgemäß sagt der § 1 der vorgeschlagenen neuen Fassung: Der Wahlverein erstreckt sich über das ganze Gebiet des Niederbarnimer Reichstagswahlkreises und setzt sich aus den in der Anlage genannten Bezirken zusammen. Jeder Bezirk wählt eine seiner Größe entsprechende Leitung. — In Konsequenz dieses Grundgedahes, daß der Kreiswahlverein ein einheitliches Organisationsgebilde ist, spricht die neue Fassung nur von Bezirken des Kreiswahlvereins, während im alten Statut von Bezirkswahlvereinen die Rede ist. Die Änderungen, welche die neue Fassung sonst noch vorsieht, sind unwesentlich und rein formaler Art. Der Vorstand wird gegen früher um zwei Personen vermehrt.

Gegen die wesentliche Bestimmung der neuen Fassung wenden sich Krendsee und John, während andere Redner die neue Fassung im Interesse einer einheitlichen Tätigkeit des ganzen Kreises empfehlen. — Die Vorlage der Kommission wurde paragrafenweise und schließlich auch im ganzen unverändert angenommen.

Der Bezirk Oranienburg beantragte die Anstellung eines besoldeten Beamten des Kreiswahlvereins. Auch der erweiterte Vorstand beauftragte den Antrag. Nach langer Debatte wurde die Anstellung eines besoldeten Sekretärs mit 63 gegen 36 Stimmen beschlossen. Die Stelle soll ausgeschrieben werden. Das Ansehngeld soll 2400 M. betragen. Eine Kommission, welche die Bewerbungen zu prüfen hat, wurde eingeseht. Die anzustellende Person soll schließlich von der Generalversammlung gewählt werden.

Einige Anträge, welche aus den Bezirken noch zu anderen Punkten vorlagen, wurden von der Tagesordnung abgeseht und die Generalversammlung nach einer ununterbrochenen neunstündigen Sitzung geschlossen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 2. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus, Metra. (Anfang 8 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus, Kolberg. Deutsches. Revolution in Köthlen.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheideweg. (Anf. 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil.
Anfang 8 Uhr.
Festung. Der König.
Berliner. Eine von unsere Leut'.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Römische Oper. Jaga.
Neues. Die fremde Frau.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Kunstspielhaus. Im Klubsessel.
Residenz. Nimmere dich um Amelle.
Schiller O. (Wagner + Louise.)
Das Erbe.
Schiller Charlottenburg. Rechts herum.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Kom.
Weissen. Der tapfere Soldat.
Kaisers. Bis früh um fünf.
Trianon. Der Saliz.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Weis. Einjährig-Freiwillig.
Gastspiel-Theater. Sherlock Holmes.
Bürgerl. Schauspielhaus. Uriel Acosta.
Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Bindelbands.
Hypocrite. Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadello!
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Wagner. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Ein lediger Herrmann.
Kaisers. Schauspiel d. Dr. Latouré. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.
Parodie. Siegel segelt alles.
Alice Norton. Alles für's Kind. Ober: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Laubentruhe (Anf. 8 Uhr.)
Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.
Göstaal 8 Uhr: Dr. Wein: Unsere Genußmittel.
Steinwarte. Fußballabend. 8/82.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. Wein: Unsere Genußmittel.

Luisen-Theater.

Benefiz G. Ullig:
Bis früh um fünf.
Mittwoch: Dorf und Stadt.
Donnerstag, Freitag: Bis früh um fünf.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Händel und Greil. Abends: Bis früh um fünf.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Mädchen auf dem Wege. 8 Uhr: Bis früh um fünf.
Montag: Der Störenfried und: Die Dienstboten.

Bernhard Rose Theater

St. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Einjährig-Freiwillig.
Schwan in 3 Akt. v. Victor Laverrens. Wochenendpreise.
Mittwoch: Wohlthäter der Menschheit.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147.
Mittwoch, den 3. März 1909:
Benefiz für Hl. Eise Dorst u. Frau Fredi-Lindner:
Der Leiermann u. sein Pflegetoch. Volkstisch mit Gesang in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadello!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Massary - Perry
Holden - Bender
Glampietro - Kettner
Pflanz - Thiescher.

Apollo Theater

10 Uhr: 10 Uhr:
Alice Norton.
Dazu: Die neuen Spezialitäten u. a.: Nompoti-Sumati - ? Stuart?
Donnerstag, den 4. März 1909:
Premiere:
Der junge Papa.
Operette. Musik von Edmund Cosler.

Wintergarten

Stellung v. Kressl, kom. Rockturner. La Syphe, Tänzerin. (Akt. Charleneu Charleneu, Musik u. Jongl. Lillian Heerle, amerik. Sängerin. Cerradina, gemischt. Dressur-Akt: Zebra, Elefant, Pferd u. Hunde. The Banrad, Luftakt.
Colonel Sordoverry, Kunstschütze. Belloni dressierte Papageien etc. George Benhair-Truppe, ihar. Spiele. Der Biograph, neueste Aufnahmen.

Passage-Theater.

Berlin beharbergt die sechs schönsten Mädchen der Erde!
The 6 Sisters Lorrison
die englischen Schönheiten.
Das großartige März-Programm!
Piloty von Kaulbach
Taciano
Franz Amon
10 erstklassige Variété-Attraktionen.

Passage-Panoptikum.

Prinzeß Fassie
die Amazonen-Königin mit ihrer wilden Leibgarde
Das blaue Weib,
das Opfer unarmherz. Tilowation.
Alles ohne Extra-Entree.

Reichshallen-Theater

Steffiner Sänger.
Zum Schluß:
Der Kompanieball.
Künstlerische Nummern
von Meyzel.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonnt. 7 U.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Schauspiel in 4 Akten von Felix Philipp.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.

Wäsche-, Krawattenbranche

Mitgliedschaft Berlin III
des Schneider- und Wäschearbeiter-Verbandes Deutschlands.
Sonabend, den 13. März 1909
veranstalten wir ein Rosen-Fest bei den Mugdanesen in den neu dekorierten Räumen der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee.
Auf dem Festplatz: humoristische Veranstaltungen aller Art, großes Ringelringtreiben, Rutschbahn, Rosenhallen, musikalische Mitzele.
Von 9 Uhr an: Großer Ball, Doppelmusikgruppen, Guldigungsregeln, angeführt von sechzehn Kolleginnen usw.
Wir bitten recht zahlreich und möglichst in Sommerkleidung, orientalischen Trachten oder fremdländischen Kostümen erscheinen zu wollen.
Anfang des Festes 8 1/2 Uhr. Einlasskarten 50 Pf. Einloßkarten sind zu haben in allen Rathhäusern des Verbandes von Berlin. Die Ortsverwaltung Berlin III.
NB. An Pflückerinnen, Stürkerinnen, Näherinnen vermittelt der Verbandsschweizer, Neus Königstr. 6, unentgeltlich Arbeit, Meldungen dort erwünscht.

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!

Berliner Voigts Krampenburg, Alpen,
ist das passende Ausflugslokal! Ausflüge Prospekte und Führer gratis!
Bereitigung von Dampf- und Motorbooten!
Preis-Telephon: Amt Köpenick 227. - Hochachtungsvoll! Rob. Voigt.

Arnold Scholz Neue Welt

Hasenheide 108-114
Im Riesen-Festsaal:
„Das“ Bockbier-Fest
Jeden Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag: Gr. Tanz-Reunion.
Heute Dienstag, den 2. März: Eiltotag:
„Großer Schönheits-Kongreß“
„Prämierung der 3 schönsten Damen“
3 Barprose: 50 M., 30 M., 20 M.
Preisrichter ist das Publikum.
Alles Näheres siehe Anschlagtafel.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Entree 50 Pf., Sonntags 50 Pf.

Ein Triumph! CARUSO

Zigaretten nur 3 Pfg. per Stück!

Gastspiel-Theater.

8. Köpenickerstr. 68. 8.
Zum 519. Male:
Sherlock Holmes

Gebrüder Herrnsfeld-

Theater. VerVerk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan
Allabendlich:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Ost.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Gailer
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12 Seine Geliebte.
Schwan in 1 Akt.
Familienfester, wochent. halbe Preise, überall gratis zu haben.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Schauspiel in 4 Akten von Felix Philipp.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.

Wäsche-, Krawattenbranche

Mitgliedschaft Berlin III
des Schneider- und Wäschearbeiter-Verbandes Deutschlands.
Sonabend, den 13. März 1909
veranstalten wir ein Rosen-Fest bei den Mugdanesen in den neu dekorierten Räumen der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee.
Auf dem Festplatz: humoristische Veranstaltungen aller Art, großes Ringelringtreiben, Rutschbahn, Rosenhallen, musikalische Mitzele.
Von 9 Uhr an: Großer Ball, Doppelmusikgruppen, Guldigungsregeln, angeführt von sechzehn Kolleginnen usw.
Wir bitten recht zahlreich und möglichst in Sommerkleidung, orientalischen Trachten oder fremdländischen Kostümen erscheinen zu wollen.
Anfang des Festes 8 1/2 Uhr. Einlasskarten 50 Pf. Einloßkarten sind zu haben in allen Rathhäusern des Verbandes von Berlin. Die Ortsverwaltung Berlin III.
NB. An Pflückerinnen, Stürkerinnen, Näherinnen vermittelt der Verbandsschweizer, Neus Königstr. 6, unentgeltlich Arbeit, Meldungen dort erwünscht.

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!

Berliner Voigts Krampenburg, Alpen,
ist das passende Ausflugslokal! Ausflüge Prospekte und Führer gratis!
Bereitigung von Dampf- und Motorbooten!
Preis-Telephon: Amt Köpenick 227. - Hochachtungsvoll! Rob. Voigt.

Arnold Scholz Neue Welt

Hasenheide 108-114
Im Riesen-Festsaal:
„Das“ Bockbier-Fest
Jeden Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag: Gr. Tanz-Reunion.
Heute Dienstag, den 2. März: Eiltotag:
„Großer Schönheits-Kongreß“
„Prämierung der 3 schönsten Damen“
3 Barprose: 50 M., 30 M., 20 M.
Preisrichter ist das Publikum.
Alles Näheres siehe Anschlagtafel.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Entree 50 Pf., Sonntags 50 Pf.

Ein Triumph! CARUSO

Zigaretten nur 3 Pfg. per Stück!

Gastspiel-Theater.

8. Köpenickerstr. 68. 8.
Zum 519. Male:
Sherlock Holmes

Gebrüder Herrnsfeld-

Theater. VerVerk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan
Allabendlich:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Ost.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Gailer
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12 Seine Geliebte.
Schwan in 1 Akt.
Familienfester, wochent. halbe Preise, überall gratis zu haben.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Schauspiel in 4 Akten von Felix Philipp.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.

Wäsche-, Krawattenbranche

Mitgliedschaft Berlin III
des Schneider- und Wäschearbeiter-Verbandes Deutschlands.
Sonabend, den 13. März 1909
veranstalten wir ein Rosen-Fest bei den Mugdanesen in den neu dekorierten Räumen der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee.
Auf dem Festplatz: humoristische Veranstaltungen aller Art, großes Ringelringtreiben, Rutschbahn, Rosenhallen, musikalische Mitzele.
Von 9 Uhr an: Großer Ball, Doppelmusikgruppen, Guldigungsregeln, angeführt von sechzehn Kolleginnen usw.
Wir bitten recht zahlreich und möglichst in Sommerkleidung, orientalischen Trachten oder fremdländischen Kostümen erscheinen zu wollen.
Anfang des Festes 8 1/2 Uhr. Einlasskarten 50 Pf. Einloßkarten sind zu haben in allen Rathhäusern des Verbandes von Berlin. Die Ortsverwaltung Berlin III.
NB. An Pflückerinnen, Stürkerinnen, Näherinnen vermittelt der Verbandsschweizer, Neus Königstr. 6, unentgeltlich Arbeit, Meldungen dort erwünscht.

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!

Berliner Voigts Krampenburg, Alpen,
ist das passende Ausflugslokal! Ausflüge Prospekte und Führer gratis!
Bereitigung von Dampf- und Motorbooten!
Preis-Telephon: Amt Köpenick 227. - Hochachtungsvoll! Rob. Voigt.

Arnold Scholz Neue Welt

Hasenheide 108-114
Im Riesen-Festsaal:
„Das“ Bockbier-Fest
Jeden Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag: Gr. Tanz-Reunion.
Heute Dienstag, den 2. März: Eiltotag:
„Großer Schönheits-Kongreß“
„Prämierung der 3 schönsten Damen“
3 Barprose: 50 M., 30 M., 20 M.
Preisrichter ist das Publikum.
Alles Näheres siehe Anschlagtafel.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Entree 50 Pf., Sonntags 50 Pf.

Ein Triumph! CARUSO

Zigaretten nur 3 Pfg. per Stück!

Gastspiel-Theater.

8. Köpenickerstr. 68. 8.
Zum 519. Male:
Sherlock Holmes

Gebrüder Herrnsfeld-

Theater. VerVerk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan
Allabendlich:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Ost.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das großartige Märzprogr.
Etelke Stoll
Georg Gailer
Marguerite u. Adriel
12 Attraktionen 12 Seine Geliebte.
Schwan in 1 Akt.
Familienfester, wochent. halbe Preise, überall gratis zu haben.

Donnerstag, den 4. März, abends 9 Uhr,
Große öffentliche Versammlung
aller Produzentenhändler und -Händlerinnen
in den „Voruffinallen“, Alsterstr. 6-7, nahe Rosenthal Tor.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Adolf Ritter.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Beschäftigung.
Jur. Dedung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
Der Vorstand.

Zentral-Franken- u. Sterbekasse

der Zimmerer
(E. O. Nr. 2, Hamburg.) Certeche Vertretung Berlin.
Dienstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal. Wahl der Revisoren. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. 3. Wahl der Delegierten.
Der Vorstand.
A. A.: Richard Schröder, Alsterstr. 7 b. IV.

Zirkus Schumann

Dienstag, 2. März, abds. 7 1/2 Uhr:
Brillante Vorstellung.
Neu! Neu!
Amerikanische Lynchjustiz!!
Mr. Fred Athlow wird wie Sitte unter den Cowboys gefesselt u. vom Pferde geschleift.
Fred Athlow wird sich während des Schleichens entsetzen und verteidigen.
Nur noch einige Tage:
Tiberio, brecher, hebt einen Giganten!
Paet, der Schimpfse.
Golo, der Seeräuber.
Außerdem das neue Programm.

Zirkus Busch.

Dienstag, 2. März 7 1/2 Uhr abds.:
Gala-Vorstellung.
Debüt! Debüt! Debüt!
Mr. Fox
Die Entloosung eines ungesatt. Pferde u. die neuen glanz. Spezialitäten!
Die Briatore.
Schwekern Trull.
Die Erics.
Bepino Clout. - Herr Otto Schumann, Schulkreiter, als Gast!
Um ca. 9 Uhr: Konsul Peter. Um ca. 9 1/2 Uhr: Auswanderer. Orig. Brachianski. Pant. d. J. Busch Vorber das große Gala-Programm.

Bürgerliches Schauspielhaus

Kassanien-Allee 7-9.
Abends 8 1/2 Uhr:
Uriel Acosta.
Mittwoch:
Der Salontivoler.
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Oranienstr. 16.
Mit d. größten Beifall aufgenommen!
Epreathener.
Berliner Volksstück mit Gesang.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.
Donnerstag Benefiz Udo Hurst.
Sonabend zum erstenmal: Der Vampyr von London.
Parodie-Theater.
Dresdener Straße 97. Anf. 8 1/2 Uhr.
Siegel segelt alles!
oder: Der Nachsch in Räten.
Hörber: Alles für's Kind; oder: Die Folgen eines Rendezvous.
Preise d. Schilde: 20, 40, 75 Pf. 1. u. 2.

Theater Variété Brillant

(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Ansoest. 42/3
Täglich: Auftritte von nur erstklassigen Spezialitäten bei günstigem freiem Zutritt, auch Sonntag, Sonabend und Sonntag nach der Nacht: Gr. Freitanz-Kinematograph.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Günstlich neues Programm mit Franz Sobanski
Lily Jettie, Ernst Graf, Dr. Koster, Ella Wächter, Bernhard Marx, Lola Graf, The Johnstons Quilt-trichter Reiter-Kongleu-akt.
Siegel segelt alles.
Schwan mit Gesang von D. Richter.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72.
Günstlich neues Programm mit Franz Sobanski
Lily Jettie, Ernst Graf, Dr. Koster, Ella Wächter, Bernhard Marx, Lola Graf, The Johnstons Quilt-trichter Reiter-Kongleu-akt.
Siegel segelt alles.
Schwan mit Gesang von D. Richter.

Parodie-Theater.

Dresdener Straße 97. Anf. 8 1/2 Uhr.
Siegel segelt alles!
oder: Der Nachsch in Räten.
Hörber: Alles für's Kind; oder: Die Folgen eines Rendezvous.
Preise d. Schilde: 20, 40, 75 Pf. 1. u. 2.

Gustav Behrens-Theater.

Goltzstr. 9.
Gastspiel des Mr. Latouré mit seinem weltberühmten Zwergetheater: und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr.

Folies Caprice

Sum 82. Male:
Ein lediger Herrmann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Eis-Palast

Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

Volkslieder-Abend

Sonntag, den 7. März 1909, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Herr Robert Kothke (Lieder zur Laute) - Margarete Walkotte (Kostationen aus des Knaben Wunderhorn).
Entree 50 Pf. [188b*] Abendkasse 60 Pf.
Vorverkauf bei Herrn Hensch, Zigarrenhandlung, Engel-Ufer 15.

Zur Einsegnung

Schwarz, weiß u. farbige Kleider
kleidende moderne Formen aus besten, weichen Stoffen, elegant garniert 15, 20, 24, 30 Mark.
Paletots aus gediegenen englischen Stoffen 6, 8, 11, 15 Mark.
Jackett- und Paletotkleider 10, 12, 15 Mark.
3000 Röcke Faltenrock mit Taffet oder Sammetbinden, prima Batistoch schwarze Länge 5 1/2 M. garniert 7, 9, 12, 15 M. fasselt, dauerhaft, englische Stoffe 3, 6, 8, 10 M. - Elegante Niederrocks mit reicher Hand-ornate 12, 20 M.
1000 Blusen weiss-woll, Blaus, geblaus, rosa-woll-englische Planelblusen, wunderbar garniert 7, 50 M. - Novellette a. Taffet, elegant garniert, schwarz, weiss und farbige 6, 50 M. - Spitzens aus Tüll 5 M.
Auch Ihr stärkste Damen stets vorrätig.
Stielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße
12 Schaufenster. 2 Häuser vom Odenplatz. Sonntags geöffnet.

Vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 2. März 1909, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche Frauen-Versammlungen

in den Lokalen: „Irania“, Brangelstraße 11 und „Königsbank“, Große Frankfurter Straße 117.

1. „Die Frau im politischen Kampfe“. 2. Diskussion. Referentinnen sind die Genossinnen Frau Warm und Frau Luise Zietz.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille, Amt III, 4835.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren

Kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}—1 Uhr mittags.

Kopieren vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand. NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal 1909 und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Gelegenheitskauf

für die Leser des „Vorwärts“:
Illustriertes Handbuch
der Geographie

von
Dr. Herm. Adalbert Daniel.
Dritte verbesserte Auflage, bearbeitet
von Dr. W. Wolkowhauer, Bremen.
Zwei starke Bände mit circa
1800 Illustrationen, gut gebunden.
Preis statt 21,00 M.
nur 9,— M.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68.,
Lindenstraße 69, Laden.

Abendkurse

zur Ausbildung von Technikern
und Werkmeistern in Elektro-
technik u. Maschinenbau
Technische Akademie, Berlin 45
Markgrafstraße 100.
Prospekte frei!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstattvertrauensleute über die Neuregelung der Arbeitszeit.
2. Die Hausagitation. (Die Vertrauensleute sind verpflichtet, die noch ausstehenden Adressen der Unorganisierten sowie der Helfer zur Hausagitation in dieser Versammlung abzugeben.)
3. Bericht der Kontrollkommission und Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirksvertrauensmännerversammlung.

Die Versammlungslokale sind folgende:

Tischler.

- Süd-Westen bei Habel, Bergmannstr. 5/6.
- Süden bei Gilling, Wassertorstr. 68.
- Südosten I u. II in den Naunyn-Festhallen, Naunynstr. 6.
- Osten I (zwischen Zentrum und Fruchtstraße) bei Borgmann, Andreasstr. 21.
- Osten II (zwischen Fruchtstraße und Friedrichsberg) bei Pirnan, Frankfurter Allee 106.
- Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Str. 11.
- Nordosten bei Boeker, Weberstr. 17.
- Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglio, Schwedter Str. 23.
- Wedding u. Moabit: bei Farrow, Ravenstr. 6.

Bautischler.

- Süden, Westen, Südosten, Bez. 1: bei Möring, Admiralsstraße 18c.
- Osten, Bez. 2: bei Zietz, Warschauer Straße 61.
- Norden, Bez. 3: bei Schade, Köpenicker Str. 74.
- Wedding u. Moabit, Bez. 4: bei Sachse, Lindower Str. 26, Bahnh. Wedding.

Möbelpolierer und Beizer.

- Osten bei Boeker, Weberstr. 17.
- Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18c.
- Norden bei Günther, Brunnenstr. 96.

Magazinarbeiter

- bei Wilhelm Kutzner, Schützenstr. 18/19.

Drehsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche

- Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
- Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
- Südosten u. Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.

Modell- und Fabriktschler

- um 8 Uhr im Verbandshaus der Goldwirtschafften, Große Hamburger Straße 18/19.

Musikinstrumenten- Arbeiter

um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15, Saal 8.

Maschinenarbeiter

in den Mariannen-Festhallen, Mariannenufer 2
(nicht im Gewerkschaftshause).

Einsetzer

um 8 Uhr im „Gewerkschaftshause“, Engelsufer 15 (Saal 10).
In dieser Versammlung sind die Kollegen der Firma Gebrüder
Weldner öffentlich eingeladen.

Kammacher

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

Bodenleger

im Gewerkschaftshause, Engelsufer 15.

Stellmacher

bei Hahn, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Straße 57.

Kistenmacher

bei Baudach, Bredeburger Straße 28.

Korbmacher

bei Eichhorn, Köpenickerstraße 47.

Bürstenmacher

bei Preuß (Hilfsverein-Ausschuss), Holzmarktstraße 65.

Vergolder

bei Merkowski, Andreasstr. 26.

Jalousie-Arbeiter

bei Walter, Waldenstr. 62.

Perlmutter-, Horn- u. Steinußerarbeiter

um 7 Uhr bei Ernst Thomas, Metzgerstr. 5.

Bilderrahmenmacher

um 6 1/2 Uhr bei Natteroth, Ritterstr. 32.

Stockarbeiter

um 5 1/2 Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.



(gesetzlich geschützt)

das Pfund 2.85 Mark.

Die erste

Bettfedern-Fabrik

mit elektrischem Betriebe

Gustav Lustig

Berlin S., Prinzenstr. 46 u. 47,

führt nur

Bettfedern	Daunen
zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 5,00 Mk. per Pfund.	zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,50, 6,50 bis 8,00 Mk.

Fertige Betten,

bestehend aus Oberbett, Unterbett, 2 Kissen
zu 12, 15, 19, 20, 23,50, 28, 38, 45, 54, 61, 75,
90 bis 105 Mark.

Bettinlette und andere Bettartikel.

Grösstes Spezial-Geschäft
Deutschlands.

Es kann niemand Betten und Bettfedern
billiger oder besser liefern als die Firma

Gustav Lustig

1. weil die Firma sich nur mit dem Artikel Betten und Bettfedern befasst,
2. weil kein zweites Geschäft, das Betten und Bettfedern führt, jährlich über 2000 Zentner Bettfedern und Daunen umsetzt,
3. weil die Firma Gustav Lustig von ersten Importeuren, von ersten russischen, österreichischen und inländischen Sammlern und von Gefügelmästern kauft und
4. Rohwaren in

eigener Bettfedernfabrik verarbeitet

Besonders empfehlenswerte Bettenfüllungen sind:

Echt chinesische (gesetzlich geschützt)

Monopoldaunen

Pfund M. 2.85.

Echt russische (gesetzlich geschützt)

Matadordaunen

Pfund M. 3.50.

Von diesen beiden Sorten genügen 3 bis 4 Pfund zum grossen Oberbett.

Tausende von Nachbestellungen sind der beste Beweis für die Güte der Waren.

Jährlicher Umsatz über
2000 Zentner
Bettfedern u. Daunen

Von keinem anderen Betten- und Bettfedern-Geschäft auch nur annähernd erreicht.



A. JANDORF & Co

Spittelmarkt

Belle Alliancestrasse

Grosse Frankfurterstrasse

Brunnenstrasse

Kottbuser Damm

Dienstag, Mittwoch

Wirtschafts-Artikel

Zinkwannen mit Holzboden, starke Qualität	7.25, 8.75, 10.75
Zinkwannen mit Holzboden und Wulst	9.25, 10.75, 12.75
Waschzuber	8.00, 9.75, 11.00
Waschbretter	48, 55, 65 Pf.
Klammern	Schock 10, 23 Pf.
Waschtöpfe verzinkt, m. Ring	1.95, 2.25, 2.50, 2.95
Plättbretter	95 Pf.
Plättbretter bezogen	1.95, 2.45
Aermelplättbretter bezogen	38 Pf.
Leitern	Stufe 32 Pf.

Esslöffel Alpaka	32, 45, 55 Pf.
Teelöffel Alpaka	18, 25, 28 Pf.
Bestecke Stahl, ff. vernickelt	Paar 42 Pf.
Küchenmesser	10, 15, 20 Pf.
Teeglashalter vernickelt, mit Glas	45, 75, 95 Pf.
Tee-Eier vernickelt, mit Kette	20 Pf.
Waschstände	75, 95, 1.10
Waschtische lackiert, viereckig	1.95, 2.45, 2.75
Briefkasten	25 Pf.
Vorratsdosen	8, 20, 25 Pf.

Haarbesen	48, 75, 90 Pf.
Handfeger	30, 38, 48 Pf.
Rosshaarbesen	95, 1.35, 1.65
Rosshaarhandfeger	55, 65, 85 Pf.
Schrubber	18, 25, 30 Pf.
Staubwedel	20, 30, 42 Pf.
Putz- oder Wichskasten	42 Pf.
Gewürz-Etagere mit 6 Tonnen	1.25
Fussbänke	42, 75 Pf.
Tablets mit Einlage	95 Pf.

Wringmaschinen 1a Gummiwalze ca. 39 cm 9.00 ca. 42 cm 10.25

2 Gasplätten mit Klappe und Erhitzer Garnitur 3.90

Emaille

Schmortöpfe	38, 48, 60, 70, 85 Pf.
Kasserollen ohne Ring	28, 35, 40, 48 Pf.
Kasserollen mit Ring	48, 55, 65, 75 Pf.
Topfdeckelhalter 6 teilig	65, 8 teilig 85 Pf.
Topfdeckel	10, 14, 16, 20 Pf.
Durchschläge	45, 55, 75 Pf.
Tassen mit Untertassen	8, 10, 12, 15 Pf.

Wasserkrüge Kugelfasson	75, Porzellanform 85 Pf.
Waschschüsseln mit Seifnapf	55, 65 Pf.
Waschschüsseln Porzellanform	1.25, ff. dekoriert 1.95
Seifenhalter für die Leitung	12 Pf.
Kummen	6, 8, 10 Pf.
Garnitur Sand, Seife, Soda	90, dekoriert 1.95
Marktkörbe mit Emaill-Einsatz	1.45

Füll- oder Schaumlöffel	12, 18 Pf.
Esslöffel	5 Pf.
Eimer ca. 28 cm	68 Pf.
Eimer dekoriert, mit Deckel	1.95, 2.45
Eimer dekoriert, mit Deckel, Messingbügel und Knopf	2.45, 2.95
Mülleimer mit Deckel und Aufschrift	1.95, Delftmuster 2.45
Müllschaufeln	35, 45 Pf.

1 Waggon Diamantglas

beste Steinschliff-Imitation
Kompottschalen, Zuckerschalen, Dessertteller, Käse- und Butterglocken etc. aussergewöhnlich billig.

Porzellan weiss

Speiseteller	flach 12, tief 15 Pf.
Dessertteller	5, 8, 10 Pf.
Suppenterrinen	85 Pf.
Kartoffelschüsseln mit Deckel	65 Pf.
Bratenschüsseln oval	28, 38, 65, 85 Pf.
Gemüseschüsseln rund	25 Pf.
Salatschüsseln viereckig	28, 38 Pf.
Saucieren verschiedene Formen	38, 45 Pf.
Fruchtschalen auf Fuss	38, 48 Pf.
Kaffekannen	45 Pf.
Teekannen	38 Pf.
Tassen mit Untertassen	8, 10 Pf.

Steingut

Speiseteller gerippt, flach oder tief	9 Pf.
Dessertteller gerippt	8 Pf.
Kaffeebecher	8, 10, 12 Pf.
Salatieren gerippt, 6 teilig	98, mit Fond 1.65
Salz- oder Mehlresten mit Holzurückwand	58 Pf.
Satztöpfe blau Zwiebelmuster	Satz 6 Stück 1.95

Küchenservaturen

Vorratsstollen	55 Pf. 58 Pf.
Essig- oder Oelflaschen	55 Pf. 58 Pf.
Salz- oder Mehlresten	1.45 1.65
Gewürztonnen	23 Pf. 33 Pf.
Satztöpfe	Satz 6 Stück 2.55 2.75

Porzellan dekoriert

Tassen mit Untertassen	18, 25, 28 Pf.
Dessertteller	20, 25, mit Goldstern 23 Pf.
Speiseteller mit Goldrand, flach oder tief	33 Pf.
Butterglocken	68 Pf.
Salatschüsseln	25 Pf.
Satztöpfe	Satz 6 Stück 98, 1.85
Kaffeeservice mit Goldband	5 Teile 1.25
Kaffeeservice elegant dekoriert	2.25, 2.95, 3.75
Tafelservice	11.75, 13.85, 17.50

ff. Blumendekor, 23 Teile

Waschgarnituren 3 teilig.. 98, 5 teilig... 2.75, 3.25, 4.25

3500 Waschbecken od. Krüge grosse Form, elegant dekoriert ... 1.25, 1.45

Blusenflanelle „Reine Wolle“, in neuen Dessins, Meter 95 Pf.

Seidenstoffe Chevronstreifen in mod. Farbenstellungen, Streifen oder Karos, in vielen neuen Dessins Meter 1.45

Beim Einkauf von MAGGI'S Bouillon-Würfeln



5 Pfg.

achte man darauf, daß jeder Würfel auf der Umhüllung den Namen MAGGI und die Schutzmarke (Kreuzstern) trägt. Andere Würfel sind nicht von MAGGI.



5 Pfg.

Partei-Angelegenheiten.

Ein Wort zum Pankower Parteikonflikt.

Aus Pankow wird uns geschrieben:

In dem Glauben befangen, daß es sich lediglich um die Bekämpfung wirklich vorhandener Mißstände im Parteileben des Niederbarnimer Kreises handele, befand sich der Unterzeichnete bis vor kurzem auf Seiten derjenigen der Pankower Parteigenossen — und das war die Übergroße Mehrheit derselben — die im Parteiinteresse diesen Uebeln gegenüberzutreten zu müssen.

Fast schien es schon, als sollte mit Beendigung der Gemeindefestlichkeiten der so notwendige Friede am Orte wieder eintreten, um geordneten Zuständen im Pankower Parteileben wieder Geltung zu verschaffen. Da erschien ganz unerwartet das Flugblatt der „Neuen christlichen“ Vorstandsmitglieder des Wahlvereins Pankow. Dieses Flugblatt brachte mir die Gewißheit eines schon länger gehegten Verdachtes gegen Röber und seine Absichten.

Ohne Wissen und Willen der Parteigenossen, in aller Heimlichkeit, über die Köpfe des erweiterten Vorstandes des Wahlvereins hinweg wurde nicht nur erneut dem Kreisvorstand von Niederbarnim, sondern allen Parteinstanzen, bis zum Parteivorstand hinauf, der Krieg erklärt in einer Form, die eine helle Freude bei unseren Gegnern auslösen mußte und die ein ehrlicher Parteigenosse unmöglich billigen konnte.

Dem Einfältigsten mußte von vornherein klar sein, welche Wirkung dieses Flugblatt hervorzurufen würde. Es folgten auf dem Fuße die Maßnahmen des Kreisvorstandes: zunächst die Amtsentsetzung des engeren Vorstandes, dann im weiteren Verlauf die Auflösung des Wahlvereins. Die erstere Maßnahme mag geboten sein, die letztere war entschieden unberechtigt, umso mehr, als der Verein in seiner Allgemeinheit hier für ein lediglich privates Vorgehen des engeren Vorstandes verantwortlich gemacht wurde, auf welches auch nicht ein einziges Mitglied Einfluß gehabt und im letzteren Fall auch wohl nur von wenigen Genossen gebilligt worden wäre. Allein ob berechtigt oder nicht, die Maßnahme war vollzogen und es mußte dazu Stellung genommen werden.

Dies geschah in einer zum 26. Februar einberufenen Generalversammlung, in welcher der seit heriger Vorstand den Jahres- und Rechenschaftsbericht gab und — da unterdessen Röber aus der Partei ausgeschlossen und die übrigen Mitglieder des engeren Vorstandes, bis auf eins, beim Parteivorstand ihren Austritt aus der Partei erklärt hatten — Erfolg für ihn in irgend einer Form geschaffen werden mußte. Bei Beratung der zu unternehmenden Schritte sprach ich mich, um die Rücknahme der Maßnahme der Auflösung des Vereins seitens des Kreisvorstandes möglich zu machen, dahin aus, daß, soweit die Mitglieder noch als Parteimitglieder gelten wollten, sie von dem Flugblatt und dessen Herausgebern entschieden abzurücken hätten, daß ein nach erfolgter Auflösung neugewählter Vorstand als solcher für keine Parteinstanz als verhandlungsfähig anerkannt werden würde und es deshalb ratsam sei, eine Kommission mit der Aufgabe zu betrauen, Verhandlungen mit dem Vorstandsvorstand von Groß-Berlin einzuleiten. Ich empfahl schließlich folgende Resolution zur Annahme:

Die am 26. Februar 1909 bei Koczka tagende Generalversammlung des Wahlvereins Pankow erklärt:

- 1. daß sie es entschieden mißbilligt, daß der seit heriger engerer Vorstand des Wahlvereins ohne Wissen und Willen der Mitglieder das mit der Unterschrift „die neuen christlichen“ Vorstandsmitglieder des Wahlvereins Pankow“ versehenen Flugblatt herausgegeben und verbreitet hat;
- 2. daß sie jede Verantwortung für Verbreitung und Inhalt dieses Flugblattes ablehnt und insoweit auch die Konsequenzen desselben den Unterzeichnern allein zu tragen überlassen muß.

Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß die Pankower Parteimitgliedschaft für das private Vorgehen einzelner ihrer Mitglieder nicht verantwortlich gemacht werden kann und hält daher die Maßnahmen des Kreisvorstandes von Niederbarnim dem Wahlverein gegenüber für nicht berechtigt.

Die Versammlung beauftragt deshalb eine aus ihrer Mitte gewählte Kommission von fünf Mitgliedern, beim Vorstandsvorstand von Groß-Berlin Schritte in die Wege zu leiten, die geeignet sind, die Maßnahmen des Kreisvorstandes von Niederbarnim gegen den Wahlverein Pankow rückgängig zu machen, um so den Weg für einen christlichen Frieden und damit wieder die Möglichkeit für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zum Wohle der Partei zu schaffen.

Nach langer und oft hitziger Diskussion für und gegen diese Resolution wurde dieselbe dann gegen 15 Stimmen abgelehnt. Es fand hierauf eine Resolution Annahme, welche besagt, daß die Genossen wie bisher fest und geschlossen hinter dem seit herigen Vorstand stehen und gegen den Ausschluß Röbers aus der Partei protestieren. Schließlich wurde, nachdem noch ein Antrag auf Gründung eines selbständigen Vereins abgelehnt worden war, eine Kommission gewählt, welche sich mit dem Parteivorstand zwecks Rücknahme der Kreisvorstandsmaßnahmen in Verbindung setzen soll.

Dies der Verlauf der Versammlung. Nach meiner Ueberzeugung hätte die Annahme meiner Resolution einen Weg geschaffen, der von den anzunehmenden Umständen hätte beschritten werden können, um den allen Wahlvereinen am Leben zu erhalten. Es wäre so denjenigen die weiter als organisierte Parteigenossen gelten und im Rahmen der Parteiorganisation wirksam bleiben wollen, der Uebertritt zu der Neugründung erspart geblieben.

Wären die Genossen, die jetzt verärgert beiseite stehen, Bedenken, daß alles das, was sie in jahrzehntelanger jährr Agitationsarbeit aufgebaut haben und jetzt zum Teil vernichtet worden ist, von ihnen selber wieder nach einiger Zeit mühsam wieder neu aufgebaut werden müssen, wenn die Stimmungen und Gefühle des Augenblicks verfliegen sind und die ehern Notwendigkeit des Klassenkampfes sie trotz alledem wieder zusammenführt?

Und warum stehen sie beiseite? Weil sie sich immer noch nicht klar darüber sind, wozu denn eigentlich die Fohet mit Röber gehen soll. Wer das jetzt noch nicht erkannt hat, dem ist leider nicht zu helfen. Von den einschüchternden Genossen, die nicht erkennen sind, der Partei den Rücken zu kehren und bei der Zersplitterung der Arbeiterbewegung mitzuwirken, ist zu erwarten, daß sie recht bald zu der Erkenntnis kommen, daß es gilt, so schnell und so energisch wie tunlich an dem Wiederaufbau der teilweise zerstörten Parteibezeugung am Ort mitzuwirken.

Otto Schmidt, Berliner Str. 24.

Der Maßnahme des Genossen Schmidt, mit allen Kräften wieder an die Parteiarbeit zu gehen, wird sich jeder verständige Genosse gern anschließen. Es hat auch keinen großen Wert, jetzt noch im Besonderen die Frage zu erörtern, ob der Kreisvorstand mit seiner Maßnahme betreffend die Auflösung des bisherigen Pankower Ortsvereins gerade das Richtige getroffen hat. Nachdem die Kreisgeneralversammlung diese Maßnahme gebilligt hat, gilt es jetzt, den Blick

nach vorwärts zu richten und eine Agitation zu entfalten, die der sozialdemokratischen Partei zum Nutzen gereicht. Jeder, der es hiermit ehrlich meint, ist in diesem Kampfe willkommen.

Lichtenberg. Heute abend findet im Saale von Arnhold, Frankfurter Allee 5, eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Adolf Hoffmann über „Pfarrerbesoldung und preussischer Landtag“ sprechen wird.

Treptow-Baumfahnenweg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, finden die Mitgliederversammlungen des Wahlvereins statt; für den Ortsteil Baumfahnenweg in Speers Festfalten, Baumfahnenweg 78; für den Ortsteil Treptow im Saale „Zur Madonnenbahn“, Eisenstraße. Tagesordnung für Baumfahnenweg: 1. Bericht von der Gemeindevertreterkonferenz. 2. Gemeindeangelegenheiten. 3. Geschäftliches. 4. Verschiedenes. Für Treptow: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Koste: „Früchte der Blutpolitik“. 2. Maisfeier. 3. Gemeindeangelegenheiten. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Wilmersdorf-Galenssee. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Luisenpark, Wilhelmstraße 112 statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag über: Darwinismus und Sozialismus. Referent: Genosse Dittmer. 2. Ergänzungswahlen zum Vorstand. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 4. Vereinsangelegenheiten.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhausen-West. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Barth, Viktorstraße. 7. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hugo Langhammer über: „Zweck und Ziel der Stenographenvereinschaft“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr, im Restaurant Glaser, Kaiser-Wilhelm-Straße, statt. Tagesordnung: Vereinsfachen, Bericht von der Kreisgeneralversammlung, Maisfeier.

Berliner Nachrichten.

Berlin im Schnee.

Der außerordentlich ergiebige Schneefall am Sonntage hat recht folgenschwere Einwirkungen auf den Berliner Verkehr ausgeübt. Die Schneedecke erreichte eine Höhe bis zu 20 Zentimeter, deren Ueberwindung für den Fußverkehr nur schwer ermöglicht wurde. Besonders machte sich dies am Montagmorgen bemerkbar, als der öffentliche Wagenverkehr einsetzte. Die Straßenbahnen hatten zwar durch Salzstreuen die Gleise beschneidbar gemacht, doch wurden umfangreiche Störungen durch den übrigen Fuhrbetrieb herbeigeführt, da Omnibusse, Last- und Geschäftswagen sich nur auf den Schienen vorwärts bewegten. Der Omnibusbetrieb mußte Einschränkungen erfahren, weil die Wagen durchweg Doppelbespannung erhielten. Mietsperde aber nicht zu erlangen waren, denn auch für den Lastenverkehr war Doppelbespannung erforderlich. Dennoch vermochten sich die Fuhrwerke nur mühsam vorwärts zu bewegen, weil seitens der Stadt am Sonntag fast gar nichts getan war, um die Schneemassen zu beseitigen, und die Einstellung einer genügenden Anzahl von Hilfsarbeitern am gestrigen Morgen nicht mit der nötigen Schnelligkeit vor sich ging. So kam es, daß im Laufe des Vormittags wohl die Hauptstraßen passierbar wurden, dagegen in den Nebenstraßen das Zusammenfinden der Schneemassen nur mangelhaft durch Schneepflüge bewirkt wurde. Die nach Berlin führenden Eisenbahnen waren gestern früh fast unpassierbar und die Mild- und Gemütswagen trafen infolgedessen mit Verspätungen von drei bis fünf Stunden in der Reichshauptstadt ein. Dies machte sich besonders in den Marktällen bemerkbar, für welche die Warenzufuhr in den Morgenstunden fast völlig stockte.

Die erste billige Post nach Amerika im März. Die erste billige Post nach den Vereinigten Staaten geht im März erst am 9. ab. Sie benutzt den an diesem Tage von Bremerhaven in See gehenden Schmelldampfer „Kronprinzessin Cecilie“. Der Dampfer ist am 16. März in New York fällig. Schlusszeit ist in der Nacht vorher beim Postamt 1 in Bremen 3⁰⁰ früh, bei der Bahnpost Osnabrück-Hamburg 3³⁰, Hannover-Seebrunn 3⁴⁷ und in Bremerhaven 7⁰⁰ morgens. Je nach der Entfernung von dem Einschiffungsort sind die Briefe entsprechend früher einzuliefern, in den entfernteren Teilen Deutschlands schon am 7. März abends. Ueberhaupt empfiehlt es sich, Briefe möglichst frühzeitig der Post zu übergeben und nicht die letzten Schlusszeiten abzuwarten. Trotz etwaiger Zwischenfälle kann der Brief dann immer noch das vorgesehene Schiff erreichen, während die Verzögerung sonst unter Umständen bei billigen Briefen nach Amerika bekanntlich bis zu elf Tagen betragen kann.

Rückgang der katholischen Gesellenvereine. Der „Märkischen Volks-Zeitung“ entnehmen wir die interessante Tatsache, daß im Berliner katholischen Gesellenverein die Zahl der Mitglieder von 689 im Januar 1907 auf 449 im Januar 1909 zurückgegangen ist. Das bedeutet also eine Verminderung um ungefähr ein Drittel gegen den Bestand vor noch zwei Jahren! Die „Märkische“ meint hierzu, daß der Verlust erklärlich sei durch die infolge Arbeitslosigkeit abgewanderten Mitglieder. Das trifft wohl nur zum kleinsten Teile zu. Vielmehr dürfte es richtiger sein, daß auch die katholische Arbeiterbevölkerung immer mehr zu der Erkenntnis kommt, wie die Leiter der katholischen Vereinsbewegung ganz andere Interessen verfolgen als solche wahrer Volksfreundschaft. Nirgends wird die Verdummungstheorie praktischer in die Tat umgesetzt, als gerade in den katholischen Vereinen. Diejenigen katholischen Arbeiter, welche genügend eigene Denkkraft besitzen, um diese von altersher jähre betriebene Vereinsmeierei der katholischen Kirche zu durchschauen, wenden der kirchlichen Sache bald wieder den Rücken.

Beschwerden über unberechtigte Veranlagung zur Kirchensteuer laufen in unserer Redaktion so häufig ein, daß wir von denselben nur noch summarisch Notiz nehmen können. Nicht genug damit, daß den auf diese Weise zu Unrecht Veranlagten noch Portokosten für einzuliegende Reklamationen erwachsen, wird auch lebhaft Klage geführt, daß diese Reklamationen vielfach gar nicht beantwortet werden, oder wenn, dann erst nach Monaten. Heute teilt uns ein Zimmerer L. Pappalack 14 mit, daß er im August vorigen Jahres von der katholischen Gemeinde zur Kirchensteuer veranlagt war, obwohl weder er noch seine Frau dieser Kirche angehört haben und er aus der evangelischen Kirche im Jahre 1905 ausgeschieden ist. Er habe acht Tage nach Empfang dieser Veranlagung rechtzeitig reklamiert, aber bis heute eine Antwort nicht erhalten. Vielmehr habe man ihm am Sonnabend, den 27. Februar, einen Mahngettel ins Haus geschickt mit der Androhung, wenn er nicht bald zahlte, werde er gepfändet. Man kann neugierig sein, ob der Berliner Magistrat seine Vollziehungsbeamten wirklich dazu hergibt, ungerechtfertigte Pfändungen vorzunehmen.

Die Kosmetik. Eine „nachahmendwert“ Einrichtung hat der Inhaber eines größeren Kaufhauses an der Schönhauser Allee für sein Personal getroffen. Es war ihm schon längst ein Dorn im Auge, daß die Angestellten nach seiner Meinung allzuoft jenen verschwiegenen Ort aufsuchen, nach dem sie keinen anderen schänden können. Um diese Bedürfnisse auf das richtige Maß einzuschränken, hat er mit dem besten Verständnis die sogenannte Kosmetik eingerichtet. Jeder, der den „guten Ort“ aufsuchen will, muß sich vorher bei einer bestimmten Angestellten melden. Name und Zeit werden in eine Liste eingetragen, welche dem Herrn Chef am anderen Morgen

zum zweiten Frühstück auf den Präsentierteller gelegt wird. Guten Appetit!

Wer seine Bedürfnisse nach Ausweis der Liste allzuoft äußert, wird entlassen.

In unserer Zeit der sozialen Gegensätze ist diese Einrichtung ein sicherer Beweis von Herzlichkeit zwischen Chef und Personal. Wo der Arbeitgeber sich so speziell um das leibliche Wohl seiner Untergebenen kümmert, muß es auszubalten sein. Ein Gerücht will sogar wissen, daß der lebenswürdige Schwereleiter für die Hausapotheke des Personals hundert Liter — Choleraer Tropfen beschafft hat.

Ein neuer Volkskindergarten in Berlin.

Der Verein für Volkskindergärten in Berlin, welcher bekanntlich bereits sechs Volkskindergärten unterhält, in denen unter Obhut geprüfter Kindergärtnerinnen täglich je 60 Kinder Aufsicht und Verpflegung genießen, hat sich entschlossen, infolge des erhöhten Andranges aufsuchtsbedürftiger Kinder einen neuen, siebenten Kindergarten zu errichten. Da die Volkskindergärten nur zur Veranlagung für Kinder aus den ärmsten Volksteilen dienen und infolgedessen die Aufnahme in allen Fällen völlig unentgeltlich geschieht, ist der Verein hierbei auf die Unterstützung sowohl der Stadt wie der privaten Wohltätigkeit in hohem Maße angewiesen. Erfreulicherweise hat die Stadt Berlin in richtiger Erkenntnis der sozialen Bedeutung dieser Institution für den neuen Kindergarten Raum in dem Schulgebäude Zwillingstr. 24 zur Verfügung gestellt.

Wegen echter Pocken wurde gestern gegen mittag ein Arbeiter in die königl. Charité eingeliefert. Es handelt sich um einen ungarischen Staatsangehörigen, der sich schon seit einigen Jahren in Berlin aufhält. Er wurde unter den üblichen Vorsichtsmaßnahmen in einer Einzelzelle untergebracht.

Hunger als Heilmittel. Großes Interesse bringen die Verzele der Charité der Frau Claire de Serval, der Tochter des Professors Dr. Zanner entgegen. Diese Dame befindet sich zu wissenschaftlichen Zwecken als Hunger- und Durstkünstlerin in einem besonders für sie gebauten Glashaute. Am Sonntag waren zehn Tage verstrichen, seit sie, ohne irgendwie zu essen oder zu trinken, unter ständiger ärztlicher Beobachtung steht. Ihre große Glaswohnung ist mit einem Motor versehen, der frische Luft zuführt und durch eine besondere Ableitung die Ansammlungen und Ausdünstungen entfernt. Diese Ausdünstungen der Luft werden gleichfalls wissenschaftlich untersucht. Wie de Serval litt in früherer Zeit an Migräne, die stets dann gehoben wurde, wenn sie weber ah noch trank, also Hunger und Durst hatte. Ihr Anerbieten, das mit den früheren Erfahrungen zusammenhängt, wurde ärztlicherseits gern angenommen, um einen Einblick zu erhalten in den Stoffwechsel und Abbau des Körpers. Dadurch werden für die normale Ernährung, als auch für die Heilung krankhafter Störungen des Stoffwechsels — beispielsweise bei Fettlich — Anhaltspunkte gewonnen. Wie de Serval ist nach ihrer zehntägigen Entbehrung noch völlig frisch und gesund zu nennen. Erhebliche Einbildungen des Blutes infolge der Wasserberührung des Körpers treten ein, und die Ausscheidungen sind auf ein ganz Geringses zurückgegangen. Die Haut hat ihre natürliche Schwere verloren, jedoch sie eingefallen ist. Gestern hat Frau Claire de Serval ihre Durstkur nach zehntägiger Dauer beendet. Sie ist aus ihrem Glashaute, das in einem Laboratorium stand, herausgelassen und in eine Barock übergestellt, wo sie die Hungerkur fortsetzt. Ihr Befinden nach der zehntägigen Durstzeit ist noch gut. Nur Stilling des Durstes wird ihr jetzt täglich ein bestimmtes Maß Mineralwasser verabreicht. Das Gewicht der Frau de Serval hat in den ersten Tagen ihres Hungerns und Durstens um je ein Pfund und darüber abgenommen, während in den letzten Tagen, nachdem das Wasser aus dem Körper verbraucht war, die Gewichtsberührung des Körpers nur etwa je 100 Gramm betrug. — Der Stoffwechsel wird auch während der Zeit des Hungerns genau untersucht.

Vorsicht vor Schlafstellenwindlern. Ein Schlafstellenliebhaber treibt gegenwärtig wieder in der Umgebung Berlins sein Unwesen. Der Windler arbeitet mit außerordentlichem Geschick und mietet an einzelnen Tagen zwei bis drei Schlafstellen, wobei er Gelegenheiten benutzt, um Diebstähle auszuführen. So erbeutete er vorgestern in Reinickendorf Gegenstände im Gesamtwerte von zirka 900 M. Der Ganner ist groß und schlank, hat blondes Haar und kleinen blonden Schnurrbart. Er ist bekleidet mit dunklem Winterüberzieher, grauer Hoje, Schwarzem, fleissem Filzhut und gelben Schürschuhen mit Ledersohlen.

Ein Automobil an einem Baum gerammt. Ein schwerer Automobilunfall, wobei vier Personen schwer verletzt wurden, hat sich in der vergangenen Nacht auf der Berlin-Potsdamer Chaussee ereignet. Der Chauffeur Henschel, der bei einem Arzt als Automobilfahrer engagiert war, hatte drei Bekannte, die Brüder Gustav und Hermann Bachmann, Pringentstraße 12, und Waldemar Neumann, zu einer Automobildfahrt nach Potsdam eingeladen. Gegen Mitternacht fuhren die vier Personen dann wieder nach Berlin zurück. Als das Automobil die Potsdamer Chaussee in der Nähe des Kilometerberges bei Wannsee passierte, versagte plötzlich die Steuerung, und mit voller Wucht raste der Kraftwagen gegen einen Baum. Das Auto wurde vollständig zertrümmert. Die Insassen wurden zum Teil herausgeschleudert und teilweise unter den Trümmern des Kraftwagens begraben. Sie wurden alle vier erheblich verletzt. Am übelsten war der Chauffeur selbst bedingekommen. Er mußte von den Freunden unter dem Auto hervorgeholt werden. Man sorgte für seine Ueberführung nach einem Potsdamer Krankenhaus. Sein Zustand ist hoffnungslos. Die drei anderen Verunglückten wurden mit der Bahn nach Berlin gebracht, wo sie in der Rettungswache in der Köthener Straße die erste ärztliche Hilfe erhielten. Besonders schwer waren die beiden Brüder Bachmann verletzt.

Von einer Automobilbrücke überfahren und gestötet wurde vorgestern der 40jährige Architekt Georg Weich aus der Warschauer Straße 8 vor dem Hause Kottbuser Damm 12. Der Unglückliche blieb mit einer stark blutenden Kopfverletzung liegen und wurde nach dem Krankenhaus am Urban geschafft. Kurze Zeit nach der Einlieferung verstarb aber der Mann an der erlittenen Kopfverletzung.

Der Drcolin-Schwindel. Einen großen Schlag hat die Berliner Kriminalpolizei zum Schutze des deutschen Publikums gegen ausländische Ausbeuter geführt. Seit Jahren erlitten in allen Teilen des Deutschen Reiches und im Auslande gerade Norderhemiteile erheblichen Schaden, daß sie auf Inzerats, die ein Mittel zur Erhöhung der Leuchtstärke des Petroleumlampen anpriesen, hineinfielen. Daß — abgesehen von dem vor kurzem zu längerer Zuchthausstrafe verurteilten Holz — dieser Schwindel von einem stets in holländischen und belgischen Grenzorten sich aufhaltenden Mann namens Lambert und dessen Angehörigen bald als Petroleumindustrie in Gärtenmacher, bald unter dem Namen Augenmacher, bald als Rhemania betrieben wurde, war längst bekannt. Seit einigen Monaten aber erhielten die Leute, welche sich auf ein verlockendes, reiches Nebenverdienst versprechendes Inzerat bei einer Annoncenexpedition in Köln meldeten, von der Drcolin-Compagny in Berlin die Mitteilung, daß es sich um ein Petroleum-Verbesserungsmittel Drcolin handele und unter Annahme von etwa 12 bis 18 M. Pakete dieses Mittels verandt würden. Die Drcolin-Tabletten erwiesen sich als Naphthalin, doch war die Drcolin-Compagny in Berlin nirgends zu finden. Der Kriminalkommissar Krüger ermittelte aber, daß die Drcolin-Tabletten in einer Fabrik in der Wittlicher Straße hergestellt und von einem Spediteur im Südwesten vertrieben würden. Als er vorgestern von einer großen Anzahl Beamter an beiden Stellen zugleich Durchsuchungen vornehmen ließ, wurde der Verdacht bestätigt und eine sehr große Menge von Korrespondenzen, Postanweisungsscheinen, Quittungen und deraichen,

die den Verkehr mit Lambert nachweisen, vorgefunden. Jedenfalls sind sehr viele Leute, die Anzeigen noch nicht erstattet haben, durch das Lambert-Unternehmen, dessen Zentrale sich jetzt in Antwerpen befindet, geschädigt. — Ob ein ebenfalls von Lambert und Genossen in den Verkehr gebrachtes Universal-Heilmittel „Cosa“ auf Schwindel beruht, untersucht noch sachverständiger Prüfung.

Eine von etwa 500 Anglern besuchte Versammlung Groß-Berlins, die am Sonntag in Friedrichshagen stattfand, protestierte gegen die von den Fischereierinnungen Köpenick und Mohndorf vorgenommene Verdoppelung des Preises der Anglerkarten. Es wurde darauf hingewiesen, daß die beiden Innungen nur 1700 M. Pacht zahlen, während sie aus dem Verkauf der Anglerkarten noch den neuen Preisen allein einen Ueberschuß von 11 000 M. erzielen würden. Hierzu käme ihre Einnahme aus der Fischerei. Durch die gewaltige Vermehrung des Fischbestandes seitens der Innungen würde eine Vernichtung der Fischerei herbeigeführt. Inzwischen aber verschaffen sich die Fischer ein genügendes Vermögen, das es ihnen gestattet, sorgenfrei als Rentiers zu leben. Was die Angler fangen, läme überhaupt nicht in Betracht, und der Preis decke bei weitem nicht die Kosten, die den Anglern aus dem Sport entstehen. Die Vereine sollen sich zu einem Verbandszusammenschließen. Es wurde beschlossen, eine Resolution an die beiden Fischereierinnungen zu schicken, in welcher die Herabsetzung der Preise für die Anglerkarten gefordert und hervorgehoben wird, daß im Falle einer Ablehnung dieser Forderung eine Kommission beauftragt wird, geeignete Schritte gegen die Innungen zu unternehmen. Es wird beabsichtigt, eventuell bei der Regierung dahin vorzusprechen zu werden, daß den Fischereierinnungen das Recht auf Vergebung der Anglerkarten entzogen wird. Gleichzeitig wurde es sämtlichen Anglern zur Pflicht gemacht, bis zur Erledigung dieser Angelegenheit Anglerkarten nicht zu erwerben.

Zeugengefährdung. Personen, welche gesehen haben, als am 4. Februar 1900, gegen 7 1/2 Uhr früh, am Bahnhof Wexhause ein Arbeiter von einem Schlächter- oder Grünframwagen überfahren wurde, insbesondere der junge Mann, der mit dem Verunglückten auf einem Arbeitswagen gefahren ist und gesehen hat, wie derselbe am Bahnhof Wexhause abgefahren ist, werden um ihre Adresse gebeten an G. Wittig, O. 84, Cadiner Straße 20.

Am 9. Dezember v. J., vormittags 10 Uhr, erlitt ein älterer Herr infolge Blüte des Würgelsteins durch Schmeißel vor dem Hause Jahnstraße 17/18, nahe Hallesche, eine Schulterverrenkung durch Sturz. Es halfen ihm ein Herr und eine Dame, welche letztere dabei einige Äpfel aus einer Handtasche entfielen, wieder auf die Beine. Diese hilflichen Personen und eventuelle Zeugen des Unfalls werden freundlichst gegen Erstattung der Unkosten gebeten, Herrn Herrn. Weder, Schönleinstr. 15, ihre werten Adressen anzugeben.

Personen, die Zeugen waren, als am Samstag, den 27. Februar, abends 9 Uhr, in der Kurmstraße ein Mann vom Straßenbahnwagen überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse an die „Vorwärts“-Expedition am Lützow-Platz gelangen zu lassen. Unkosten werden vergütet.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 9. v. M. hat sich die beschriebene Wilhelmine Marxmann geb. Stadelmann, 8. März 1842 in Berlin geboren, aus ihrer Wohnung, Luisenufer 5, entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt, und es ist auch ihr Verbleib nicht bekannt. Sie war hergebend. Es wird vermutet, daß ihr ein Unfall zugestoßen ist. Sie ist mittelgroß, schlank, hat rundes volles Gesicht, zahlos und war bekleidet mit grauem Kleid, graubraunem Taillenstück und Schürstücken. Personen, welche über den Verbleib der Vermissten nähere Angaben machen können, wollen sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium, Zimmer 249, melden oder zu 936 4. 83. 09 schriftliche Mitteilung machen.

Radrennen in der Ausstellungsstraße am Zoologischen Garten, 28. Februar. Endlich hat Berlin eine Winterbahn erhalten, so daß auch in der schlechten Jahreszeit Rennen abgehalten werden können; die Bahn ist aus Holz gebaut, sie ist zwar etwas klein, denn ihr Umfang beträgt nur 160 Meter (die Dreptower hat 312 und die Steglitzer 500 Meter), aber sie macht einen vorzüglichen Eindruck und gestattet, daß auf ihr regelrechte Kämpfe weitgehend in den Ritzergrenzen ausgefahren werden können. Ein von 15 Fahrern bestrittenes Rennen über 10 Kilometer verlief sehr spannend und ohne jede Störung. Die Dauerrennen mit Motorführung kamen am Eröffnungstage nicht zur Geltung; es fuhrten in den drei Läufen, die jedesmal über 7 1/2 Kilometer gingen, immer nur zwei Fahrer, die noch daran auf den gegenüberliegenden Seiten abgelassen wurden; ein Ueberholen fand nicht statt. Doch muß man bedenken, daß die Bahn erst am Tage zuvor den Fahrern zum Training überlassen werden konnte, und daß sie sehr vorsichtig fuhrten. Der Reiz der Bahn mit ihrem Holzbelag ist es auch zu wünschen, daß sich mehrere Stürze ereigneten, am schlimmsten wurden der Italiener Carozzi und Poite betroffen, die beide Knochenbrüche erlitten, während Alhoff, Dr. Hoffmann und der Franzose Jacquelin mit Hautverletzungen davonkamen. In dem Hitzergrennen taten sich die Berliner Stabe und Tschmer hervor, während in dem Dauerrennen der Berliner Theile vorstellend. Kohl wurde in seinem Vorlauf Zweiter und Jacquelin war durch Sturz ausgeschieden. Der Besuch war ein sehr guter.

Eröffnungrennen. 1500 Meter. 100, 50, 30, 20 M. 1. Stabe, 2. Kubela, 3. Trend, 4. Hoffmann. In neun Vorläufen 48 Fahrer, darunter auch der Däne Weggaard. — 1. Prämiensfahren. 1000 Meter. 30, 20, 10 M. 1. Stabe, 2. Hoffmann, 3. Stierba. Kundenprämien a 5 M. Motiv (5), Sawle (4). — 2. Prämiensfahren. 1500 Meter. 30, 20, 10 M. 1. Kubela, 2. Kubewald, 3. Conrad. Radel holt sich alle neun Prämien. — Tandemrennen. 1500 Meter. 150, 80, 40 M. 1. Kubela-Peter, 2. Conrad-Alhoff, 3. Kubewald-Tschmer. — 10 Kilometerrennen ohne Führung. 100, 50, 30, 20 M. 1. Tschmer, 2. Hoffmann, 3. Conrad, 4. Kubewald, 5. Geng. — Dauerfahren mit Motorführung 7 1/2 Kilometer. 1500, 1000 M. 1. Theile 9:37, 2. Stellbrink 10:42. Kohl im Vorlauf Zweiter, Jacquelin gestürzt.

Orgelkonzert. In der Marienkirche veranstaltet der Kapellmeister Bernhard Jergang am Mittwochabend 7 1/2 Uhr das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Marg. Weller (Soprano), Frau Anne Schimmelpleng (Alt), Herrn Alex. Altmann (Violine) und dem Knabenchor (40 Knaben) des St. Marienkirchenchors. Vokalkapelle von Frau. Variationen von Liszt über „Weinen, Klagen“. Der Eintritt ist frei! Programm mit Text 10 Pf.

Feuerwehrrachrichten. Am Sonntag wurde die Berliner Feuerwehr nach der Kaulstr. 20 alarmiert. Dort brannten auf dem Leichter Güterbahnhof in einem Güterschuppen früh um 5 Uhr Lösen, Balken und anderes. Um 8 Uhr kam in einer Wächerkammer in der Kalkbringer Str. 54 Feuer aus. Wäsche, ein Korb und anderes fanden dort in Flammen. Wegen Schornsteinbränden wurde die Wehr ein halbes Dutzend mal alarmiert. Unter andern nach der Gleimstr. 5, Altes 48, Kopenhagener Str. 77, Schiller Str. 131. Ein Kellerbrand rief den 8. Zug nach der Wieser Str. 74. Dort und Friedrichstr. 118/119 brannten Lumpen, Kleider usw. Michaelstr. 23a, Bromberger Str. 1 und Dieboldsener Str. 4 mußten Wohnungsbrände gelöscht werden. Der 17. Zug riefte nach der Ritterstr. 111 aus, wo nachmittags ein Heizkessel umstürzte und Dampf abgelaufen werden mußte. Mehrfach wurde die Feuerwehr abends in Anspruch genommen, um Verkehrshindernisse infolge des großen Schneefalles zu beseitigen, Pferde aufzurichten und dergleichen mehr.

Wegen eines gefährlichen Brandes wurde gestern die Feuerwehr nach dem Hohen Steinweg 1, an der Königsstraße gerufen. Dort brannten unter großer Qualmsentwicklung Ästen, Papier und anderes und war die Truppe schon total verqualmt. Die Feuerwehr sorgte sofort für den Abzug des Rauches und löschte die Flammen durch kräftiges Wassergeben. Grober Unfug lag einer Feuermeldung aus der Kalkbringerstraße, nahe den Heubergen zugrunde. Der Täter ist leider entkommen. Nicht weit davon, Prinz-Eugen-Straße 25, mußte

ein Brand gelöscht werden, der durch einen Ofen entstanden war und Fußböden, Kissen usw. ergriffen hatte. Auch in der Kaulstr. 38 brannten Fußböden und anderes. Ferner wurde die Wehr nach der Zimmerstr. 36/41 gerufen, wo in einer Automobilgarage Feuer ausgebrochen war. In der Friedrichstr. 108 brannten photographische Apparate und Jerusalemstr. 8 Müll und anderes.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ein Landgerichtsrat vom Jersinn befallen.

Aufregende Szenen spielten sich in den frühen Morgen- und Vormittagsstunden am Sonntag in der Mohstraße 78 zu Schöneberg ab. Seit einer Reihe von Jahren hat dort der Landgerichtsrat Edwin Niezitz im ersten Stock des Vorderhauses eine große Wohnung inne. Da sich vor einiger Zeit bei dem Mann Spuren von Krankheit zeigten, mußte er auf Anraten des Arztes nach dem Süden reisen. Erst am Freitag kehrte das Ehepaar nach Schöneberg zurück. Auch das Dienstmädchen wurde zu diesem Tage wieder nach der Wohnung bestellt. Niemand ahnte, daß der Landgerichtsrat kränker als zuvor war. Während am Sonnabend das Ehepaar noch ruhig zu Bett gegangen war, erlitt der Mann in den ersten Morgenstunden des Sonntags plötzlich einen Lohfuchsanfall. Frau und Dienstmädchen mußten notgedrungen flüchten und alarmierten durch Hilferufe die übrigen Hausbewohner. Da sich der Kranke aber nach einiger Zeit wieder etwas beruhigte, sah man vorläufig davon ab, die Polizei zu benachrichtigen, um erst den Tag abzuwarten. Bis gegen 10 Uhr vormittags blieb der Landgerichtsrat auch ruhig. Plötzlich bekam er aber einen neuen Anfall und nun war schleunige Flucht geboten. Als die Polizei auf der Bildfläche erschien, verriegelte der Lohfuchtsichtige alle sieben Zimmer seiner Wohnung und machte einen Höllelärm. Die Polizei drang mit Gewalt in den Korridor ein und ließ dann durch einen Schlosser eine Stützwürfel nach der anderen öffnen. Das Werk war um so gefährlicher, da bekannt war, daß der Kranke sich mit einem Revolver bewaffnet hatte. Endlich war man am letzten Zimmer angelangt. Im nun zu verhüten, daß der Mann etwa durch das Fenster auf die Straße springen könnte, alarmierte der Polizeioffizier die Nordwache der Schöneberger Feuerwehr. Diese war auch bald zur Stelle und machte sich sofort zum „Angriff“ bereit. Ein Teil der Mannschaften spannte unter dem Fenster auf der Straße ein Sprungnetz auf, während der Rest nach der Wohnung kommandiert wurde. Brandmeister Reher ließ zur Sicherheit zwei Schlauchleitungen legen. Einer der Rohrführer sahte auf der Straße Post, der andere mußte mit in die Wohnung vordringen. Als alles bereit war, gab der Brandoffizier Befehl zum Eingreifen. Im nächsten Augenblick hatte ein Feuerwehrmann die Türöffnung eingeschlagen und gleichzeitig gab der Rohrführer Wasser, durch dessen Druck der Geisteskranke zu Boden geworfen wurde. Die Ueberwältigung Niemitz durch die Feuerwehrmänner war dann leicht. Ruhig, als ob nichts geschehen wäre, ließ er sich nach einem herbeigeholten Automobil führen, das ihn nach der Maison de santé brachte.

Charlottenburg.

Die Notwendigkeit der Errichtung von Gemeinde-Friedhöfen illustriert ein eigenartiger Vorgang, der sich kürzlich in Charlottenburg abspielte. Einem Herrn E. in der Schillerstraße starb am Donnerstagnachmittag eine Tochter im Alter von 13 Jahren. Er wandte sich wegen der Beerdigung an die Trinitatisgemeinde und an die Luisengemeinde. Bei beiden Gemeinden konnte er jedoch kein Entgegenkommen erzielen, denn E. ist aus der Landesliste ausgeschlossen und gehört einer privaten Religionssekte an. Der Leichnam des Kindes befindet sich noch immer in der Wohnung und ist bis zur Stunde an eine Verlastung nicht zu denken. Bei den beschränkten Wohnverhältnissen des E. ist seine Frau und ein Kind gezwungen, in einer anderen Familie Unterkunft zu nehmen. Die fortschreitende Fäulnis des Leichnams bedeutet eine gesundheitliche Gefahr für die Familienangehörigen und die Nachbarschaft und ist ein Einschreiten der Behörde dringend erforderlich.

Vichtenberg.

Nicht als ob wir uns amnöhend getrauten, die Unschicklichkeit der „Vollzeitung“ besorgen zu können, sondern nur um zu zeigen, daß dieses Blättchen selbst die albernste Komödie nicht verschmäht, wenn es gilt, seine Schwindeleien als laute Wahrheit erscheinen zu lassen, beschästigen wir uns nochmals mit ihm. Es unternimmt den Versuch, unsere letzten Mitteilungen aus der Baukommission, für deren Richtigkeit wir uns auf zwei Stadträte bezogen, als Lüge erscheinen zu lassen. Parzellisch wie ein Handwurst läßt das Blättchen also sich vernehmen:

Wir fordern den „Vorwärts“ auch hierdurch auf, die Namen der beiden Herren Stadträte, hinter deren Rücken er sich zu verteidigen sucht, zu nennen. Wir verlangen eine kurze und klare Antwort. Es soll den Hintermännern des „Vorwärts“ nicht gelingen, sich dadurch aus der Schlinge zu ziehen, daß sie die Angelegenheit einfach totschweigen. Heraus mit der Sprache!

Hier die kurze Antwort! In der vorigen Baukommissions-Sitzung waren 8 Stadträte anwesend. Einer davon ist der Materiallieferant für die „Vollzeitung“, Schwindeler. Auf dessen Zeugnis verzichteten wir natürlich. Sollte der Stroh des „Vollzeitungs“-Dreies sich als geistig so minderwertig bezeichnen wollen — sehr hohe Meinung haben wir von ihm nicht — daß er nun immer noch erklärt, die Namen der beiden Stadträte nicht zu kennen, dann sollten sie ihm in öffentlicher Stadtorbenerkung genannt werden. Er darf dann auch auf die nötige Passage rechnen. Vielleicht besreitet ihn das von altem Schwundeloseit.

Aus den Kreisen städtischer Arbeiter wird uns geschrieben: Schon mehrmals haben wir an dieser Stelle aus Arbeiterentlastungen in der hiesigen Gasanstalt hingewiesen. So werden zurzeit allein im Innenbetriebe des Gaswerkes zirka 30 Arbeiter weniger beschäftigt als im Vorjahre, trotzdem keine Verringerung des Gaskonsums eingetreten ist. Im Gegenteil! Der Konsum und damit selbstverständlich auch die Produktion hat sich bedeutend erhöht. Diese Beschränkung der Arbeiterzahl hat aber Zustände geschaffen, die direkt zu Verorganissen Anlaß geben. Die Zahl der Arbeiter ist soweit herabgesetzt, daß eine ständige Gefahr für den Betrieb besteht. Bei den geringsten Betriebsstörungen macht sich der Arbeitermangel in empfindlichster Weise bemerkbar. Anlässlich einer Betriebsstörung Ende Dezember vorigen Jahres wurde den Arbeitern zugemutet, 36 Stunden ununterbrochen zu arbeiten. Die Arbeiter lehnten diese Zumutung, die angeht die liberal herrschenden Arbeiterpartei als ungenügend bezeichnet werden muß, ab. Doch mußte ein Teil der Arbeiter zwölf und 24 Stunden arbeiten. Am 20. Februar wurden erneut acht Arbeiter entlassen. Auf Vorstellungen des Arbeiterausschusses hin bequante sich die Verwaltung zur Wiedereinstellung von zwei Mann. Von der Entlassung sind diesmal Arbeiter betroffen worden, die schon viele Jahre ununterbrochen in städtischen Diensten standen. So befinden sich darunter Arbeiter mit vier- bis acht-jähriger Dienstzeit, während im Herbst neuzugestellte Arbeiter weiter beschäftigt werden. Die Entlassungen rufen den Eindruck hervor, als wolle sich die Verwaltung der Arbeiter mit langjähriger Dienstzeit entledigen. Durch derartige Maßnahmen wird der Wert der sogenannten Wohlfahrtsbeiträge illusorisch gemacht. Sommerurlaub, Alters- und Invalidenversorgung haben als Vorbedingung eine fünf- beziehungsweise zehnjährige Dienstzeit. Sie werden den Arbeitern als Requisition gegenüber

den unzulänglichen Löhnen vorgehalten. Wenn die Verwaltung aber die Arbeiter entläßt, wenn sie in den Genuss der Einrichtungen kommen können, so müssen die Arbeiter derartige Einrichtungen als im höchsten Grade schädlich für ihre Existenz betrachten. Wir können nicht annehmen, daß die städtischen Körperschaften bei Einführung dieser Einrichtungen an eine derartige Auslegung gedacht haben. Nicht genug mit den Entlassungen, müssen jetzt noch eine Anzahl Arbeiter ansetzen. Trotzdem liegen die Schladen überhoch im Hofe der Gasanstalt. Diese Schladen werden föhrenweise gratis abgegeben. Zwischen den Schladen befindet sich aber noch Stroh in Menge. Bis 18 Hektoliter Stroh im Werte von zirka 24 M. gehen dadurch täglich verloren. Würde der Stroh, wie in anderen Gewerken ausgelesen, so könnte bei dieser Arbeit eine Anzahl Arbeiter beschäftigt werden und auch für die Verwaltung würde noch ein finanzieller Effekt herausspringen. Es wäre vielleicht an der Zeit, daß sich die Berufsdeputation in eingehendster Weise mit dieser Art von Sparmaßnahme befaßt.

Treptow-Baumschulweg.

Der fortgesetzten Beratung des Stabs war der größte Teil der letzten Sitzung der Gemeindevorsteher gewidmet. Die Kanalisationsgebühren, die nach dem jährlichen Gebäudefeuernutzungswerte von 3 900 000 M. 3 Proz. betragen sollen, riefen eine längere Debatte hervor. Die Herren Grundbesitzer wollten durchaus weniger zahlen. Schließlich gelangten jedoch die 3 Proz. zur Annahme. Für den Bau einer Gemeindefeuer in der Kiehlstraße, Ortsteil Treptow, sind 150 000 M. und für den Neubau des Rathauses 250 000 M. als erste Baubate bereit gestellt. Genosse Karow kritisierte die langsame Erledigung der eingegangenen Petitionen und Anträge betreffend das Koalitionsrecht der Angestellten und Arbeiter. Er erwartet, daß sich die Kommissionen bald damit beschäftigen und auch darauf achten, daß bei Koalitionsarbeiten die Unternehmer angehalten werden können, hiesige Einwohner zu beschäftigen. Die Gemeindefeuernutzungsteuer in Höhe von 100 Proz. ergibt eine Einnahme von 835 000 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 57 000 M. Die Gewerbesteuer mit 150 Proz. Zuschlag ergibt 73 000 M., ein Mehr von 3000 M. Die Grundwertsteuer wird nach dem gemeinen Wert sämtlicher bebauten und unbebauten Grundstücke aufgebracht. Es wird erhoben vom bebauten Grundbesitz, der einen Wert von 78 Millionen Mark hat, 2,20 M. vom Laufend gleich 180 000 M. Vom unbebauten Grundbesitz, der einen Wert von 46 Millionen Mark repräsentiert, 4,40 M. vom Laufend gleich 202 400 M. Das ist insgesamt gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 177 400 M. Somit betragen die Gesamteinnahmen aus direkten Gemeindefeuern 770 000 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 237 400 M. An indirekten Steuern werden 119 000 M. erhoben. Die Hundesteuer mit 10 000 M. bringt ein Mehr von 2000 M., das auf die Erhöhung der Steuererträge von 15 auf 20 M. zurückzuführen ist. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, daß jeder weitere Hund 30 M. Steuern kosten soll. Die Luftbarkeitssteuer mit 18 000 M., die Umfahsteuer mit 70 000 M. und die Viersteuer mit 21 000 M. sind auf den bisherigen Sätzen geblieben. An Kreissteuern sind 210 891 M. zu entrichten. In dieser Summe befindet sich die Teltower Kanalsteuer in Höhe von 25 142 M. Die an den Kreis zu zahlenden Abgaben, besonders die Kanalsteuer wurden als viel zu hoch bezeichnet. Es wurde von einzelnen Rednern angeregt, dagegen Protest einzulegen. Gen. C r a m e r legte hierzu unseren Standpunkt klar. Er führte aus, daß gegen den Kanal nichts einzuwenden sei und man daher auch die notwendigen Abgaben zahlen müsse. Nur müßten dieselben ebenfalls von den anderen Orten des Kreises mitgetragen werden. Wünschenswert wäre es, wenn der Kreis sich eingehender mit der Hebung des Schiffverkehrs beschäftigte. Bei der Beratung des Dispositionsfonds, für den 23 000 M. in den Etat eingelegt sind, wies Genosse Karow auf den im Dezember gestellten Antrag betreffend Unterfertigung der längere Zeit Arbeitslosen hin. Er bemerkte, daß der Armenvorsteher in Baumschulweg, an den sich die Arbeitslosen zu wenden haben, des Abends erst um 9. manimal erst um 11 Uhr zu sprechen sei. Weiter führte der Redner einzelne Fälle bitterster Not an. Der Bürgermeister erklärte, daß in allen Fällen, wo eine Beschränkung der Unterfertigung erfolgte, auch gezahlt wurde. Von dem zur Verfügung gestellten Fonds seien noch 600 M. vorhanden. Ein Antrag unserer Genossen, bedürftigen Schulkindern warme Nahrung zu verabreichen, wurde der Schulkommission überwiesen. Der Gesamtetat in Höhe von 1 919 000 M. wurde angenommen. Sodann wurde noch eine Petition gegen die drohende Erhöhung der Telegraphengebühren beschlossen.

Friedrichshagen.

In der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung wurden durch die Beschaffung von Schulbänken für eine neuerrichtete Schulkasse, die Herstellung eines Volkswerts, die Anstellung eines Reparaturwärters, Reparaturen in den Kurparkanlagen, Druck- und Buchbinderkosten, erhöhte Heizmaterialien, Baumanpflanzungen, Straßenbeseitigungen und Ergänzung von Maschinenanlagen notwendig gemordene Ersatzübertragungen ohne Debatte genehmigt. — Der Gemeindevorsteher erstattete eingehend Bericht über die von dem Gemeindevorstand empfohlene Zusammenlegung der im östlichen Ortsteil (verlängerte Kutzstraße und Kaiserstraße bis zu den Wasserwerken) gelegenen Grundstücke. Es sei tief zu bedauern, daß fast die Hälfte der in Betracht kommenden Grundstücksbesitzer der Grundstückszusammenlegung gegenüber sich ablehnend verhält. Von 93 Besitzern haben nur 62 der Zusammenlegung bedingungslos zugestimmt. Das sei ein Mangel an Gemeinnut und gerade der Entwicklung des östlichen Ortsteils nicht zum Vorteil. Trotzdem werde aber der Gemeindevorstand noch einmal mit den Besitzern in Verhandlungen treten, viellecht werde dadurch ein günstigeres Resultat erzielt. — Die von dem Gemeindevorstand vorgelegten Pläne und Kostenanschläge zur Pflasterung des Pflanzgartens und der Kastanienallee werden genehmigt. Für den Pflanzgarten betragen die Kosten 22 800 M., wovon 16 725 M. (73 Proz.) auf die Anlieger und 6 075 M. (25 Proz.) auf die Gemeinde entfallen. Die Kosten für die Kastanienallee betragen 23 400 M., wovon tragen die Anlieger 17 750 M. (75 Proz.) und die Gemeinde 5 650 M. (25 Proz.). — Der von dem Haus- und Grundbesitzerverein gestellte Antrag, den Durchbruch des östlichen und südlichen Teils der Friedrichstraße nach der Schornsteinstreife in Erwägung zu ziehen, rief eine längere Debatte hervor. Der Durchbruch beider Straßen würde eine Ausgabe von zirka 200 000 M. erfordern, die durch eine Anleihe gedeckt werden müßten. Die Angelegenheit wurde dem Gemeindevorstand zur sorgfältigen Prüfung überwiesen mit dem Ersuchen, sie zur geeigneten Zeit der Vertretung wieder vorzulegen. — Außer der Tagesordnung teilte der Gemeindevorsteher mit, daß der jahrelang geforderten Errichtung von Bedürfnisanstalten nunmehr endlich näher getreten werden soll. Es ist beabsichtigt, eine Anstalt für Männer am Bahnhof und eine für Männer und Frauen auf dem Marktplatz zu errichten. In der nächsten Sitzung soll darüber Beschluß gefaßt werden.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die letzte Sitzung der Stadtvorordneten genehmigte den mit dem Bauat K o r n - Steglitz abgeschlossenen Vertrag, nach dem er für die Pauschalsumme von 7000 M. den neuen Schulbau leiten soll. Der Rammereislofferat schließt mit einer Ausgabe von 90 500 Mark ab, gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 5500 M. Die Erhöhung der Ausgaben beugt eine Erhöhung der Steuerzuschläge von 107 Proz. auf 181 Proz., die Betriebssteuer wird mit 100 Proz. erhoben. Bei der Beratung des Stabs wurden aus der Mitte der Versammlung verschiedene Wünsche ausgesprochen, unter anderem Herabsetzung des Marktsandgebots. Genosse Schöneke sprach sein Bedauern darüber aus, daß im neuen Etat für Straßenbeleuchtung nur 1800 gegen 2500 M. im vorigen Jahre eingestellt sind. Während in anderen Orten die Straßenbeleuchtung verbessert wird, soll an unserer an sich schon schlechten und teilweise noch gänzlich fehlenden Beleuchtung gespart werden. Weiter richtete Genosse Schöneke die Anfrage an den Magistrat, wie viel Arbeitsstunden am Tage der mit 900 Mark angestellte Arbeiter und Nachtwächter zu verrichten haben. Wie der

Fahr-Verbindungen:
 Auto-Omnibusse:
 4, 4a und A
 Omnibusse: 2, 5, 10,
 14, 15, 20, 44 u. 45
 Stadt- u. Vorortbahn:
 Bahnhof Friedrich-
 Strasse,
 Lehrter und Stet-
 tiner Bahnhof

Passage-Kaufhaus

Friedrich-Strasse 110-111-112 Oranienburgerstr. 54-55-56-56a

Fahr-Verbindungen:
 Strassenbahnen:
 1, 4, 12, 16, 18,
 19, 23, 26, 28, 29,
 32, 34, 43, 52, 56
 Städt. Strassenbahn:
 Pankow — Mittel-
 Strasse

Enorm billige Angebote

Soweit Vorrat **Nur für heute gültig** Soweit Vorrat

ca. **16 000** Paar

Damen-Handschuhe

- Damen-Glacé- u. Suède** 2 Druckknöpfe . Paar **75** Pf.
 Damen-Glacé und -Suède 2 Druckknöpfe . . Paar **1.25**
 Damen-Waschleder prima, 3 Knöpfe Paar **1.45**
 Damen-Ziegen- u. Lammleder Ia, 2 Druckkn. Paar **1.75**
 Damen-Lamm-Stepper das Beste, 2 Druckkn. Paar **2.90**

ca. **10 000** Paar

Herren-Handschuhe

- Herren-Glacé** farbig, 1 Druckknopf . . . Paar **85** Pf.
 Herren-Glacé farbig, 1 Druckknopf Paar **1.35**
 Herren-Nappa prima, 1 und 2 Druckknöpfe Paar **1.85**
 Herren-Waschleder prima, naturgelb, 2 Druckkn. Paar **2.90**
 Herren-Lamm-Stepper das Beste, 2 Druckkn. . Paar **2.90**

ca. **3000** Paar

Lange Damen-Glacés

- weiss und farbig, 8 Knopflänge Paar **1.45**
 weiss und farbig, 8 und 12 Knopflänge Paar **1.90**
 weiss und farbig, 8 und 12 Knopflänge Paar **2.50**
 weiss und farbig, Ziegenleder, 12 Knopflänge . . . Paar **3.90**
Mocha-Suède farbig, für Damen und Herren statt 3.90 Paar **2.50**

ca. **8000** Paar

Stoff-Handschuhe

- Aus Musterkollektionen und Lagerbeständen herrührend, für lange und kurze Aermel, glatt und durchbrochen, farbig, weiss, schwarz
- | | | | |
|---|------|----|-----|
| } | Paar | 18 | Pf. |
| } | | 28 | Pf. |
| } | | 45 | Pf. |
| } | | 65 | Pf. |
| } | | 95 | Pf. |
- Diese Preise repräsentieren teilweise nur ein Drittel des früheren Wertes*

- Ia Ia Hammel-Cotelettes . . 6 Stück **80** Pf.
 Ia Ia Schweine-Cotelettes . 6 Stück **1.10**
 Ia Ia Kalbs-Cotelettes 6 Stück **1.70**
 Pa. Citronen Dutzend **30** Pf.

- Ia Ia Pökelerinderbrust**
 Endstück Mittelstück
 Pfund **90** Pf. Pfund **1.00**
 Ia Rückenfett Pfund **65** Pf., bei 5 Pfund **62** Pf.
 Pa. Apfelsinen . . Dutzend **30** Pf.

- Gummischuhe, Original Amerik.** Paar
- | | | | |
|-------------|-------------|-------------|-------------|
| für Kinder | für Mädchen | für Damen | für Herren |
| 1.90 | 2.45 | 2.90 | 3.90 |

Der badische Parteitag.

Der Parteitag wurde am Sonnabend nachmittag zu Offen- burg im Hotel „Dreikönig“ durch den Vorsitzenden des Landes- vorstandes, Genossen Geiß, eröffnet.

Anwesend waren 144 Delegierte einschließlich der Kreis- vorstehenden. Der Parteivorstand ist durch Genossen Ebert- Berlin, die württembergische Landesorganisation durch Genossen Sperka-Stuttgart, die bayerische durch Genossen Auer-München und die pfälzische durch Genossen Körner-Ludwigshafen vertreten.

Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Dr. Frank-Mannheim, zum zweiten Vorsitzenden Genosse Müller-Schopfheim gewählt. Bei der Frage nach der Unterstützung der Anträge ergab sich, daß die meisten der auf die Oberländer Freizüge bezüglichen Anträge nicht die genügende Unterstützung fanden.

Am ersten Tag wurde in geschlossener Sitzung der geschäft- liche Teil erledigt. Die Angelegenheit des weiter projektierten Kopsblattes in Freiburg wurde einer zwölfköpfigen Kommission übergeben, welche Beschluß, dem Parteitag vorzuschlagen, das Projekt aus finanziellen Gründen zurückzustellen.

Am zweiten Tage begann das Referat des Genossen Kolb- Karlsruhe über die Tätigkeit der sozialdemokrati- schen Landtagsfraktion. Er schilderte zunächst die Situation bei Beginn des neuen Landtages im Jahre 1906, wie die Sozialdemokratie dort durch die Wahlen ausschlaggebend geworden war.

Beim Wiederauftreten des Landtages im Jahre 1907 hatte sich die Situation geändert, indem inzwischen an die Stelle des Ministers Schenkel, der den Angriffen des Zentrums gerade wegen des Wahlverlustes hatte weichen müssen, durch den Freiherrn v. Bohnmann ersetzt worden war.

Es zeigte sich das neue Regiment sofort in dem bekannten Fall Schaufele, den bekanntlich die Eisenbahnverwaltung verhinderte, sein Mandat als Erfahmann für den Bürgerausschuß Karlsruhe auszuüben. Auch die Verhinderung der Sozialdemokratie durch den Minister v. Bohnmann bewies den Wechsel in der Haltung der Regierung.

Der Referent ging sodann zur Finanzpolitik über und verteidigte die Haltung der Fraktion, bei dem Vermögenssteuergesetz, bei welcher Gelegenheit von ihr ein vollständiger Wandel in der Finanz- politik des Landes begehrt, insbesondere betont wurde, daß Bauen, die für Generationen von Bedeutung sind, wie z. B. die Rhein- forstleitung, nicht aus laufenden Mitteln, sondern im Wege von Anleihen gedeckt werden. Es sei nicht zu vergessen, daß außer einer Eisenbahnschuld, der ein entsprechendes Eisenbahn- vermögen gegenüberstehe, Baden keine eigentliche Staatsschuld, wohl aber ein großes Verbermögen habe, sogar eine Schuldenlasterung, die gar keine Schulden zu tilgen habe.

Durch diese Politik sei kein Geld für Kulturbedürfnisse aus laufenden Mitteln vorhanden. Um diese Mittel zu gewinnen, seien Anleihen für die anderen erwähnten Zwecke notwendig. Das Zentrum, das gegen die Anleihepolitik in dem erwähnten Sinne zu Werke gehe, be- schwinde dabei das Volk, wenn aber Mittel für die Schulen — es seien eigentlich 1000 neue Schulhäuser im Lande notwendig — flüssig gemacht werden sollen, so verjage das Zentrum. Der Redner schildert die Tätigkeit der Fraktion in den Schulfragen und stellt dabei fest, daß 6 Nationalliberale den sozialdemo- kratisch-demokratischen Antrag auf Schaffung von Simultan-Lehrer- seminaren zum Fall verschoben haben. Der Referent beurteilt die Aussichten günstig, da die Zersplittertheit der liberalen Partei immer größer werde.

In der Diskussion begründete Genosse O. Ged-Mannheim eine Resolution, in der die Regierung gelobt wird für den Bruch ihres Versprechens, zum Ausgleich der benachteiligten Karlsrufer- besoldung die Personenzüge verkleinern zu lassen.

Gen. Schwall-Karlsruhe verteidigte eine Resolution, in der dagegen protestiert wird, daß in Zeiten der wirtschaftlichen Krise die Staatsbahn so viele Arbeiter entlasse.

Gen. Ad. Ged-Offenburg erklärte sich mit den Ausführungen des Gen. Kolb einverstanden, nur macht er gewisse Vorbehalte in Bezug auf die Anleihenpolitik.

Gen. Meiser-Madolszell beantragte einen Zusatzantrag zu dem Antrag Schwall, wonach in erster Linie nur deutsche Arbeiter von der Bahn beschäftigt werden sollen. Gen. Faust-Pforzheim teilt die Kolbsche Auffassung bezüglich der Anleihenpolitik; Gen. Engler-Freiburg ist gegen den Schuldausgleich der Hausbesitzer für die Gemeindesteuer; Gen. Süßkind-Mannheim betont da- gegen, daß wir nicht Schulden, sondern Vermögen besteuern sollen. Gen. Frank-Mannheim stellt fest, die Debatte habe gezeigt, daß die betonten Gegenätze zwischen Revisionisten und Radika- len gar nicht existieren. Die Anleihenpolitik habe die Fraktion und auch Kolb nicht anders verstanden als Ged.

Nach einem Schlußwort Kolbs werden die angeführten Reso- lutionen, sowie eine weitere Resolution angenommen, wonach der Landtagsfraktion Billigung und Anerkennung für ihre Tätigkeit ausgesprochen wird.

In der Nachmittags-Sitzung referierte Gen. Frank-Mann- heim über die bevorstehenden Landtagswahlen. Die badische Regierung und die Parteien, die ihr Hoheitsdienst leisten, haben und die Stellung sehr erleichtert. Die Ausführungen des Gen. Kolb haben dargelegt, daß wir der Regierung nur mit dem schärfsten Mißtrauen begegnen können und daß der Kampf gegen jedes einzelne Mitglied derselben berechtigt und notwendig sei. Der Referent geht die Tätigkeit der einzelnen Minister durch, insbesondere auch ihr Verhalten in der Reichspolitik, das z. B. ein Verrat an der heimischen Elektrizitätsindustrie und der Tabalarbeiterchaft darstelle. Das Zentrum bleibe was es ist, ein Block der Reaktion, aber die Nationalliberalen kommen ihm entgegen. Die Geradenpolitik ihres neuen Chefs erweise sich als die Geradenpolitik des Krebses. Welche Haltung wir bei den Stichwahlen einnehmen werden, lasse sich heute nicht bestimmen, erklärt Referent; er empfiehlt daher eine Reso- lution, wonach in allen Kreisen bei der Hauptwahl von der Partei allein vorgegangen werde, der Landesvorstand als Zentralwahlkomitee erklärt, durch die Reichstagsabgeordneten des Landes, sowie 3 Pressevertreter und 3 Delegierte aus den in Betracht kommenden Kreisen ergänzt werde und zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang die verantwortliche Entscheidung für das Verhalten der Partei beim zweiten Wahlgang zu treffen habe. Nach einer kurzen Diskussion wird diese Resolution einstimmig angenommen. Die Kommission wurde sofort gewählt.

Nach Annahme einiger Anträge, die auf den Ausbau der Jugendorganisation im Sinne der Nürnberger Beschlüsse, auf die Beiträge für die Landesklasse, auf den Ausbau der Parteisekretariate, sich beziehen, sowie nach Ausführung der Genossen Blase-Mannheim zu Gunsten der Frauen- organisation, wird Offenburg wieder als Ort für den nächsten Parteitag, sowie Mannheim als Vorort und Eich des Landesvorstandes bestimmt, die Wahl des Letzteren den Genossen in Mannheim überlassen.

Genosse Frank als Vorsitzender betonte bei dem nunmehrigen Schluß des Parteitages, daß dieser eine gute Arbeit zur Einleitung des Wahlkampfes getan habe. Das Bild der Zerissenheit, das die Gegner auf diesem Parteitage zu sehen hofften, ist nicht hervor- getreten; die Partei stehe geschlossen vor dem Feind und auch unsere Freunde im Reich werden sich darüber freuen.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde der Parteitag geschlossen.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Stichwahlparole in Alzei-Bingen. Gegen die „Frankfurter Volksstimme“, die bekanntlich die Parole für Kroll angegriffen und Wahlenthaltung gefordert hatte, führt die Mainzer „Volkszeitung“ an, daß die Genossen in Alzei-Bingen umsonst Veranlassung hätten, sich gegen den liberal-ultramontanen Block auf die Seite der bürgerlichen Linken zu stellen, als sich Pfarrer Kroll dem sozialdemokratischen Wahlkomitee gegenüber schriftlich verpflichtet hatte, für den Fall seiner Wahl im Reichstago zu wirken für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstags- wahlrechts; für uneingeschränktes Koalitionsrecht; gegen Erhöhung der bestehenden Rölle auf Lebensmittel; gegen jede indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Klasse der Bevölkerung; gegen jede Ausnahmegebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes.

Nach diesen Erklärungen Krolls konnte das sozialdemokratische Wahlkomitee allerdings nicht gut anders, als zur Stimmabgabe für Kroll aufzufordern. So wenig zuverlässig der Herr auch nach seinem Verhalten im Wahlkampfe erscheint, so ist doch nicht anzunehmen, daß er diese schriftlichen Versprechen schlangensiefel gebrochen hätte.

Polizielles, Gerichtliches usw.

Die Justiz ohne Binde.

Mit welcher Antipathie manche Richter der Arbeiterbewegung gegenüberstehen, zeigt eine Schöffengerichtsverhandlung in Ober- Weichbach, wo sich Genosse Redakteur Korn vom Saalfelder „Volksblatt“ wegen angeblicher Beleidigung eines Porzellan- fabrikanten zu verantworten hatte. Der Ankläger beantragte — trotzdem die Notiz im allgemeinen nichts Beleidigendes erkennen läßt — einen Monat Gefängnis, und das Gericht erkannte auch auf diese Strafe. — Der Ankläger führte dabei aus: „Auf Geldstrafe wurde deshalb nicht erkannt, weil in solchen Fällen der Beurteilte die Strafe doch nicht zahlt, sondern die Arbeitergroßmächte erhalten müßten. Wir wollen den Arbeitern die Arbeiter- großmächte nicht abnehmen.“

Eine andere traurige Erfahrung, die so manche Redaktion eines Arbeiterblattes schon gemacht hat, bestand noch darin, daß die ge- ladenen Entlastungszeugen verblieben, als sie die im Artikel ent- haltenen Behauptungen bekräftigen sollten; sie besiedelten sogar teil- weise das Gegenteil. Wegen der Unzuverlässigkeit der Gewährs- männer gelang es deshalb nicht, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

In die preussische Freiheit ist Genosse Thielhorn von der „Niederrheinischen Arbeiterzeitung“ zu Duisburg zurückgekehrt. Er hatte sechs Wochen hinter schwedischen Gar- dinen zugebracht wegen einer Schilderung der Hamburger Polizei- schicht.

Strafkonte der Presse. Genosse R. Warth vom „Thüringer Volksfreund“ zu Sonneberg i. Th. wurde vom dortigen Schöffengericht wegen Beleidigung des freisinnigen Landtags- abgeordneten und früheren Reichstagsabgeordneten Philipp Sam- hammer zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die Be- leidigung wurde in einem Artikel gefunden, der in satirischer Weise die Tätigkeit Samhammers im liberalen Ortsverein und im Land- tage beleuchtete.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Rich Hufe, Manegstr. 89.
Zentrum II: Albert Schmitt, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hoch- parterre.
Eben und Südwesten: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Weinstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Rübendörferstr. 3, am Schürmerplatz. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufingerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Buchi, Immanuelstraße 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Noahit und Hansaviertel): Carl Kuderz, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Carl Weiche, Rajareitlichstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kahlke, Adelerstr. 36, Eingang Kullamerstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Steinfurterstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Carl Marx, Lohsestr. 123.
Adlershof: Erich Steuer, Badenbergr. 5, II.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dürre, Audomerstr. 83 II.
Baumschulenweg: E. Hornig, Rarienthalerstr. 13, I.
Bernau-Börsental: Heinrich Prose, Hohenstr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Ge- meinschaftshaus.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eichenbamerstraße 1, Ede- Goetheanlage, Laden.
Eichwalde, Ziechen, Miersdorf und Hankels Ablage: Fritz Oldenburg, Eichwalde, Kronprinzengr. 81.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedenau-Steglitz-Südende: E. Bernice, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: E. Mohr, Duppelstr. 82, und Fr. Schellhase, Ahornstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Berdmann, Friedrichstr. 67, Laden.
Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.
Hohen-Neuendorf: Wilhelm Teufel, Berlinerstr. 8.
Johannisthal: Bielde, Adler-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Rüter, Röhlestr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Amtsgarten 3.
Köpenick: Emil Böhler, Kieperstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Sattel, Kronprinzengr. 4, I.
Mahldorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Bahldorf, Waldbergr. 14.
Marlendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Nieder-Schöneweide: Sonatonsia, Dörfelmerderstr. 8.
Nowawes: Wilhelm Tappe, Bräuerstr. 48.
Ober-Schöneweide: August Deyes, Dörfelmerderstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Mühlstr. 73.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: E. Gursch, Sametstr. 12, I.
Rixdorf: E. Geinrich, Redorstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 68.
Schmargendorf: Gustav Kaminsky, Ganostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: R. Dppen, Rogowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Mühlstraße 10.
Teltow: Wilhelm Kehler, Hohenstr. 7.
Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 30.
Treptow: Rob. Gramenz, Kirchplatz 412, Laden.
Wilmerdorf-Halensee: L. Lillie, Sigmaringenstr. 5.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wirtschastlichen Werte werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden. 3457*

Einsegnungs-Anzüge

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden u. Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Foulés, Meltons u. s. w.

Nur eigene Erzeugnisse!

36.- 33.- 30.- 28.- 10 50
26.- 24.- 22.- 20.-
18.- 16.- 14.- 12.- Mark

Prüfungs-Anzüge

Moderne gemusterte Webarten. Tausende Exemplare neuester Geschmacksrichtungen

Nur eigene Erzeugnisse!

36.- 33.- 30.- 28.- 10 Mk.
26.- 24.- 22.- 20.-
18.- 16.- 14.- 12.-

Zur Einsegnung

Wäsche, Hüte, Handschuhe Cravatten, Hosenträger usw. zu besonders niedrigen Preisen

Jeder Kleider eines Einsegnungs-Anzuges erhält reichende Beigaben gütlich umsonst

Vorzüglichste Maßarbeit, sehr preiswert!

BaerLohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 35 u. der Livree-Katalog Nr. 36 auf Wunsch kostenlos u. portofrei.

Preiswürdig!

Spezial-Geschäft für feine Herren-Bekleidung Rosenthalerstr.40 vorn L.

nach Mass 38 u. 48 Mk.

Böhmisches Brauhaus advertisement with logo and text: Unsere echten Bier sind überall zu haben. In Flaschen à 10 Pf. In Kannen u. Syphons Lit. 35 Pf. We abet, dann direkt durch uns NO. 18. Tel. VII, 1670, 2008, 3128.

Dr. Schünemann advertisement: empfiehlt sein Lager in Bruch- bandagen, Leibbinden, Gar- radehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Kranken- pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Ord- und Hilfs-Krankenheime. Berlin N., jetzt Lothringer Straße 60. Alle Bruchbänder mit elastischen Be- leuten, angenehm u. weich am Körper. Dr. Schünemann Spezial-Verg für 50232* Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedländerstr. 70/3, Ede Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

